

Titelthema

Alterssicherung



**Betriebliche Rente
Was das neue Gesetz bringt**

- 389 HANS NAKIELSKI
Neues zur Betriebsrente und zur Rechtsprechung zum Betriebsrentenrecht
- 389 JUDITH KERSCHBAUMER/NORBERT REUTER
Das neue Betriebsrentenstärkungsgesetz aus sozial- und tarifpolitischer Sicht
- 395 ROLF WINKEL
Krankenversicherungsbeiträge: Ungleichbehandlung von privaten und betrieblichen Riester-Renten beendet
- 396 KERSTIN SCHMINKE
Betriebsrentenstärkungsgesetz: Neue Handlungsmöglichkeiten für die Tarifvertragsparteien
- 403 INGO SCHÄFER
Betriebsrentenstärkungsgesetz: Was bringen Zielrente und reine Beitragszusage für die Alterssicherung?
- Recht 407 GERHARD REINECKE
Streit um Unverfallbarkeit von Anwartschaften, Höhe und Anpassung von Betriebsrenten: Aktuelle Rechtsprechung zum Betriebsrentenrecht



Zum 1. Januar 2018 tritt das Betriebsrentenstärkungsgesetz in seinen wesentlichen Teilen in Kraft. Es soll insbesondere dazu beitragen, die Betriebsrente auch in kleinen und mittleren Unternehmen weiter zu verbreiten. Auch für Beschäftigte mit geringem Einkommen soll ein Anreiz zur zusätzlichen Altersvorsorge geschaffen werden. Im Mittelpunkt des Betriebsrentenstärkungsgesetzes stehen zwei Maßnahmenpakete:

- neue steuer- und sozialrechtliche Fördermöglichkeiten für die betriebliche Altersvorsorge (bAV) und
- das neue »Sozialpartnermodell« mit neuen Handlungsmöglichkeiten für die Tarifvertragsparteien.

Dabei geht es auch um die neue Zielrente, also eine Rente ohne garantierte Leistungen. Diese neue Form der bAV ist umstritten, wie hier deutlich wird. Das Titelthema schließt mit einer Übersicht über die aktuelle Rechtsprechung zum Betriebsrentenrecht.

Position 384 ANNELIE BUNTENBACH
Beitrag zur Arbeitslosenversicherung nicht senken

- Magazin**
- 385 Bei Bezug von Grundsicherung im Alter:
Nur noch vier Wochen Auslandsaufenthalt erlaubt
 - 386 **Personalia**
 - 387 **Neue Vorsitzende der Träger der Rentenversicherung**
 - 388 **Termine**
 - 388 **Kosten für Pflege im Heim: 1.700 Euro Eigenanteil im Monat**

Recht
Alterssicherung

415 ALEXANDER GRASER/CHRISTIAN HELMRICH/CHRISTOPH LINDNER
Rente ab 63: Ist die Ausnahmeregelung für die Anerkennung der letzten zwei Jahre des Arbeitslosengeldbezugs verfassungskonform?
Untersuchung zur Vereinbarkeit des § 51 Abs. 3 a Nr. 3 SGB VI mit Art. 3 Abs. 1 GG

434 ROLF WINKEL
Neuregelungen für Frührenter/innen: 6.300 Euro Hinzuverdienst erlaubt – aber nun sind oft Abgaben fällig

434 **Impressum**

Bei der »Rente ab 63« zählen für die notwendigen 45 Jahre Wartezeit auch Zeiten des Bezugs von Arbeitslosengeld. Allerdings gilt dies in der Regel nicht für solche Zeiten, die zwei Jahre vor dem Beginn der Rente liegen. Doch auch hier gibt es wieder eine Ausnahme: Wenn die Arbeitslosigkeit durch Insolvenz oder vollständige Geschäftsaufgabe des Arbeitgebers verursacht wurde, wird der Bezug von Arbeitslosengeld doch auf die Wartezeit angerechnet. Ist diese Ungleichbehandlung verfassungskonform? Mit dieser Frage beschäftigt sich ein Gutachten, das hier veröffentlicht wird.

Schriftleitung: Prof. Dr. Achim Schunder, Dr. Jochen Wallisch und Martin Wildschütz,
Beethovenstr. 7b, 60325 Frankfurt a. M.

NZA Editorial

Georg Annuß

Entgelttransparenzgesetz: Der halbe Auskunftsanspruch

III

NZA aktuell

Wichtige neue Entscheidungen

VI

Informationen

VIII

Impressum

XXII

Aufsätze und Berichte

Wolf-Dietrich Walker

Die nachträgliche Altersbefristung auf einen Zeitpunkt vor Erreichen der Regelaltersgrenze

1417

Manfred Löwisch

Reparatur der Tarifeinheit als Sache des Gesetzgebers

1423

Daniel Klösel/Thilo Mahnhold

Die Zukunft der datenschutzrechtlichen Betriebsvereinbarung

1428

Michael Fuhlrott

Probezeitverlängerung bei Nicht-Bewährung von Mitarbeitern

1433

Kommentar

Felipe Temming

Internationales Arbeitsprozessrecht: Wo darf das Flugpersonal der Zivilluftfahrt klagen?

1437

Buchbesprechungen

M. Kittner/B. Zwanziger/O. Deinert/J. Heuschmid, *Arbeitsrecht (W. Koberski)*

1441

F. J. Düwell/G.-A. Lipke, *Arbeitsgerichtsgesetz (T. Beck)*

1441

Blick ins Sozialrecht

Oliver Ricken

Wirkung einer Befreiung von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Krankenversicherung wegen Erhöhung der Jahresarbeitsentgeltgrenze

1442

Beitragsrechtliche Bewertung von Equal-Pay-Ansprüchen als Einmalzahlungen

1442

Veranlagung zum Gefahrtarif der Unfallversicherung bei Verschiebung von Produktionsprozessen in sog Billiglohnländer

1442

Rechtsprechung

Arbeitsvertragsrecht

| | | | |
|------|------------------------------|---|------|
| EGMR | 05. 09. 2017 – 61496/08 | Überwachung des elektronischen Schriftverkehrs am Arbeitsplatz | 1443 |
| EuGH | 19. 10. 2017 – C-531/15 | Stillende Arbeitnehmerin – Risikobeurteilung des Arbeitsplatzes und Beweislast | 1448 |
| BAG | 14. 09. 2017 – 5 AS 7/17 | Verbindlichkeit einer Weisung – Versetzung | 1452 |
| BAG | 18. 10. 2017 – 10 AZR 330/16 | Unbillige Weisung des Arbeitgebers – Keine Verbindlichkeit für den Arbeitnehmer | 1452 |
| BAG | 06. 09. 2017 – 5 AZR 317/16 | Gesetzlicher Mindestlohn – Leistungszulage | 1463 |

Tarifvertrags- und Betriebsverfassungsrecht

| | | | |
|-----|-----------------------------|---|------|
| BAG | 27. 06. 2017 – 9 AZR 851/16 | Beschäftigung einer Musikschullehrerin als Arbeitnehmerin und freie Mitarbeiterin | 1463 |
| BAG | 25. 04. 2017 – 1 AZR 714/15 | Sozialplanabfindung – Abgeltungsklausel in einem gerichtlichen Vergleich | 1467 |
| BAG | 11. 07. 2017 – 3 AZR 513/16 | Betriebliche Altersversorgung – Änderung einer Anpassungsregelung | 1471 |

Verfahrensrecht

| | | | |
|------|-------------------------|--|------|
| EuGH | 14. 09. 2017 – C-168/16 | Zuständiges Arbeitsgericht bei Klagen von Flugpersonal | 1477 |
|------|-------------------------|--|------|





FACHZEITSCHRIFT DER ÖSTERREICHISCHEN SOZIALVERSICHERUNG

Liebe Leserinnen und Leser!

Verbandsvorsitzender Dr. Alexander Biach wurde vor rund einem halben Jahr in diese seine neue Funktion gewählt. Die Redaktion der *Sozialen Sicherheit* nahm dies zum Anlass, mit Dr. Biach eine Art Halbjahresbilanz zu ziehen und die Vorhaben für die Zukunft der Sozialversicherung in einem längeren Interview anzusprechen. Die thematischen



Schwerpunkte bildeten dabei die Ärzteschaft, e-Health, die Struktur der österreichischen Sozialversicherung sowie die Effizienzstudie der LSE.

Die November-Ausgabe der *Sozialen Sicherheit* informiert aber auch im fachlichen Teil des Heftes schwerpunktartig über die Effizienzstudie der LSE (London School of Economics), die in diesem Sommer der Öffentlichkeit präsentiert wurde. Einleitend beantwortet der Leiter dieser Studie und Direktor des

Forschungszentrums LSE-Health, Prof. Dr. Elias Mossialos, Fragen zum österreichischen Gesundheitssystem, zu den Primärversorgungseinrichtungen sowie zu den Zielen und Absichten dieser breitflächig angelegten Studie.

Daran anschließend stellt Dr. Thomas Czypionka (Gesundheitsökonom und Leiter des gesundheitspolitisch ausgerichteten „IHS HealthEcon“ am Institut für Höhere Studien) Überlegungen aus fachlicher und heimischer Sicht zur Erstellung sowie Rezeption der genannten Studie an. In einem umfangreichen Beitrag erläutert der in Salzburg lehrende Jurist, Univ.-Prof. Dr. Walter J. Pfeil (Institut für Arbeits- und Sozialrecht der Universität Salzburg) die sich aus der LSE-Studie ergebenden Rechtsfragen, wenn Eingriffe in die Struktur der Selbstverwaltung und bzw. oder der SV-Trägerstruktur vorgenommen werden. Die daraus möglicherweise folgenden Konsequenzen werden unter anderem anhand von VfGH-Entscheidungen kenntnisreich diskutiert und es wird vom Autor in die Richtung optiert, dass ein Risikostrukturausgleich – verstanden als Abgaben der KV-Träger im übertragenen Wirkungsbereich – intendiert wird.

Mag. Beate Glück, Dr. Josef Souhrada (beide HVB) und Mag. Martin Zach (BMASK) verfassten zum Themenkomplex der Strukturbegradigung – mit Effizienzfragen eng zusammenhängend – ebenfalls einen Fachbeitrag zum bestehenden Problem der Parallelgesetzgebung im Bereich der Sozialversicherungsgesetze. Ihr Vorschlag zur Lösung des Problems, um zu mehr Effizienz zu gelangen, führt in die Richtung einer Vereinheitlichung der Gesetzgebung, die schließlich auch zu mehr Rechtssicherheit bei den Bürgern führen würde.


Dr. Wilhelm Donner

Impressum

Soziale Sicherheit, 70. Jahrgang • Fachzeitschrift für die Sozialversicherung, hrsg. gem. § 31 Abs. 3 Z. 7 ASVG • ISSN 0038-8065 • Medieninhaber und Verleger: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger • Redaktion: Mag. Bernhard Wurzer, 1030 Wien, Kundmanngasse 21, Tel.: (01) 71 1 32-11 20 Dwl., E-Mail: presse@sozialversicherung.at • Fotos: Cover: Nik Frey - Fotolia.com, Innen: Archiv „Soziale Sicherheit“, Fotolia.com, istockphoto.com • Cover-Layout & Innenanwurf: Manfred Fürst (www.manfreduerst.at) Layout und Produktion: Atelier Meinhard Helm, 1020 Wien • Hersteller: Gutenberg-Werbung GmbH, Anastasius-Grün Straße 6, 4020 Linz • Abonnementpreis € 28,00 jährlich inkl. 10 % MwSt. und Inlandsporto; Ausland: zuzüglich Porto • Für namentlich gekennzeichnete Artikel trägt der Autor die Verantwortung, sie müssen nicht mit der Meinung des Hauptverbandes übereinstimmen.

Nr. 11, herausgegeben im November 2017



Aktuell

- 434 Interview mit dem Verbandsvorsitzenden Dr. Alexander Biach
- 439 11. Sozialstaatsenquete im Hauptverband
- 440 Dialog Gesunde Schule „Mobbing – alle gegen mich?“
- 441 Vernetzungstag zur Gesundheitskompetenz in Bad Schallerbach

Zur Effizienzstudie der LSE

- 443 Interview mit Prof. Dr. Elias Mossialos, dem Direktor von LSE Health
- 446 Überlegungen von Dr. Thomas Czypionka (IHS) zur Effizienzstudie der LSE
- 447 Rechtsprobleme bei Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz der österreichischen Sozialversicherung – im Rahmen der „Effizienzstudie“ behandelte Rechtsfragen
Univ.-Prof. Dr. Walter J. Pfeil
- 464 Mehr Effizienz durch weniger Parallelgesetzgebung in den Sozialversicherungsgesetzen
*Mag. Beate Glück, Dr. Josef Souhrada
Mag. Martin Zach LL.M.*

Information

- 473 Das Rauchfrei Ticket – die einfache Anmeldung zur Tabakentwöhnung beim Rauchfrei Telefon
MMag. Sophie Meingassner
- 476 e-Learning in der Sozialversicherung Vorteile und Einsatzpotentiale digitaler Lernangebote
Mag. Monika Hörler
- 478 Arznedialog – erfolgreiche Kooperation durch gemeinsames Vorgehen von OÖGKK und ÄKOÖ
Mag. Gabriela Wall

Soweit in diesem Heft personenbezogene Bezeichnungen nur in männlicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf Frauen und Männer in gleicher Weise. Bei der Bezeichnung bestimmter Personen oder Personengruppen wird die jeweils geschlechtsspezifische Form verwendet.



IN ALLER KÜRZE

2

THEMA

Wolfram Hitz: Die Auswirkung der EU-Datenschutz-Grundverordnung auf das österreichische Arbeitsrecht – eine Annäherung

3

Am 25. 5. 2018 tritt die neue EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) in Kraft. Derzeit herrscht bei vielen Arbeitgebern noch große Verunsicherung darüber, welche Maßnahmen zu treffen sind und was sich im Detail ändern wird. Der Beitrag gibt Antworten auf einige in der Praxis häufig gestellte grundsätzliche Fragen, wie zB zum generellen Verhältnis zwischen Datenschutz und Arbeitsrecht, zu den groben Eckpunkten der Neuregelung in der DSGVO oder zu den drohenden Strafen bei Verstößen gegen das Datenschutzrecht und/oder Arbeitsrecht.

RECHTSPRECHUNG

» ARBEITSRECHT

| | |
|---|----|
| Arbeitskräfteüberlassung: Erhöhter Referenzzuschlag durch BV über betriebliche Lohnhöhe | 7 |
| Entlohnung von „fliegenden Köchen“ – kein Anspruch auf Gehalt von Flugbegleitern | 9 |
| Satzung des KV des Österreichischen Roten Kreuzes 2013 nicht rechtswidrig | 10 |
| Einstufung nach dem KV-ausländische Luftverkehrsgesellschaften | 12 |

» SOZIALVERSICHERUNGSRECHT

| | |
|--|----|
| Zu Unrecht gewährtes Pflegegeld: Entziehung bei Besserung des Gesundheitszustandes | 13 |
| Versehrtenrente – nachträgliche Neueinschätzung der MdE durch Sachverständigen | 13 |

» STEUERRECHT

| | |
|--|----|
| Bauhilfsarbeiter – Vorliegen eines Dienstverhältnisses | 14 |
| BFG: Pauschale Nachversteuerung im Rahmen einer GPLA | 15 |

» RECHTSSPLITTER

| | |
|--|----|
| Verwertung von Betriebsgeheimnissen durch ehemaligen Arbeitnehmer | 17 |
| Lebensversicherung für Vorstandsmitglied – Vertragsübernahme bei Ausscheiden | 18 |
| Ausländische GmbH: Verwaltungsstrafe über ständigen Vertreter? | 19 |

ARTIKELRUNDSCHAU

20

IMPRESSUM

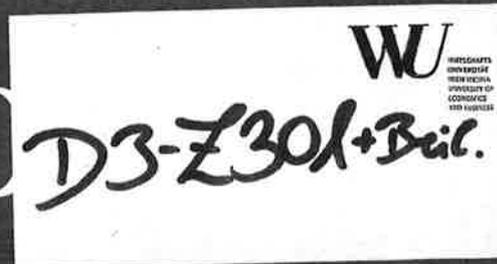
19



Neue Zeitschrift für Wirtschafts-, Steuer- und Unternehmensstrafrecht

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|------------------------|--|------|
| Aufsätze | <i>Prof. Dr. Juliane Kokott</i> Bedeutung und Wirkungen deutscher und europäischer Grundrechte im Steuerstrafrecht und Steuerstrafverfahren | 409 |
| | <i>Claudia Warken</i> Elektronische Beweismittel im Strafprozessrecht – eine Momentaufnahme über den deutschen Tellerrand hinaus, Teil 3 | 417 |
| | <i>Dr. Sebastian Peters und Carsten Odinius</i> Die endgültige Einstellung des Verfahrens nach § 154 StPO bei Einstellung des Bezugsverfahrens nach § 153a StPO | 426 |
| | <i>Michelle Poller</i> Der Verbrechenstatbestand der Marktmanipulation in § 119 Abs. 5 WpHG n.F. – erhöhtes Strafbarkeitsrisiko für Kapitalmarktteilnehmer durch die gerechtfertigte Aufwertung bestimmter Begehungsformen zum Verbrechen | 430 |
| Rechtsprechung | Steuerstrafrecht/Steuerrecht | |
| | Steuerhinterziehung: Kenntnis der Finanzbehörden BVerfG, KammerBeschl. v. 4.4.2017, 2 BvR 2551/12 (m. Anm. <i>Rolletschke</i>) | 437 |
| | Keine Strafbefreiung für unterlassene Steuererklärungen bei Nachholung der Erklärungen durch neuen Geschäftsführer KG, Beschl. v. 24.11.2016 – (4) 121 Ss 169/16 (195/16) (m. Anm. <i>Gehm</i>) | 441 |
| | Wirtschaftsstrafrecht | |
| | Wechselseitige Bedeutung eines Finanzrechtsstreits und der Anfechtung eines Durchsuchungsbeschlusses LG Köln, Beschl. v. 21.7.2017 – LG Köln 116 Qs 2/17 (m. Anm. <i>Beyer</i>) | 443 |
| Impressum | | IV |
| Mitteilungen | Literaturspiegel Steuerstrafrecht Stand 4.11.2017 (<i>Madauß</i>) | V |
| Buchbesprechung | Tido Park (Hrsg.), Kapitalmarktstrafrecht – Straftaten – Ordnungswidrigkeiten – Finanzaufsicht – Compliance (<i>Glenk</i>) | VI |
| Vorankündigung | 23. Finanzstrafrechtliche Tagung, Linz am 1.3.2018 | VIII |



November 2017 / Nr. 6, Seiten 517–608

VÖStV-Newsletter (Nr. 41) als Beilage

Aufsätze

Zur Auslegung der gerichtlichen Unzuständigkeitskriterien in der StPO

Rainer Nimmervoll

(Nichts) Neues zum Privatgutachten im Strafprozess

Bernd Wiesinger

Plädoyer für die umfassende Möglichkeit einer diversionellen Erledigung im gerichtlichen Finanzstrafverfahren

Marc Julian Mayerhöfer

Medienarbeit von Verfahrensbeteiligten und Strafverfolgungsbehörden (Litigation-PR) – eine wichtige Strategie zur Verfahrensführung?

Nikolaus Lehner

Wirtschafts- und Finanzstrafrecht

Grundzüge des verwaltungsbehördlichen Finanzstrafverfahrens

Christian Huber

Europastrafrecht

Das europäische Strafregistraustauschsystem ECRIS und seine Erweiterung auf Drittstaatsangehörige

Fritz Zeder

Neue Judikatur

Keine Verwirklichung von § 107c StGB durch eine einmalige Handlung

(OLG Wien 16.12.2016, 21 Bs 278/16k mit Anmerkung Birklbauer)

Anforderungen an eine wettbewerbsbeschränkende Absprache nach § 168b StGB

(OLG Wien 5.5.2017, 32 Bs 329/15i mit Anmerkung Birklbauer)

Zur „neuen“ Gewerbsmäßigkeit

(OGH 24.1.2017, 14 Os 131/16w mit Anmerkung Nimmervoll)

Herausgeber: Alois Birklbauer, Bernhard Gröhs, Rainer Nimmervoll, Richard Soyer, Fritz Zeder



INHALT

VÖStV-Newsletter (Nr. 41) als Beilage

EDITORIAL

517 Geschätzte Leserinnen und Leser!

AUFSÄTZE

521 Zur Auslegung der gerichtlichen Unzuständigkeitskriterien in der StPO

Rainer Nimmervoll

530 (Nichts) Neues zum Privatgutachten im Strafprozess

Bernd Wiesinger

535 Plädoyer für die umfassende Möglichkeit einer diversionellen Erledigung im gerichtlichen Finanzstrafverfahren

Marc Julian Mayerhöfer

545 Medienarbeit von Verfahrensbeteiligten und Strafverfolgungsbehörden (Litigation-PR) – eine wichtige Strategie zur Verfahrensführung?

Nikolaus Lehner

549 Über den Grazer Partisanenmordprozess – Ein Arbeitsentwurf

Andreas Raffener

WIRTSCHAFTS- UND FINANZSTRAFRECHT AKTUELL

554 Grundzüge des verwaltungsbehördlichen Finanzstrafverfahrens

Christian Huber

EUROPASTRAFRECHT AKTUELL

558 Das europäische Strafregistraustauschsystem ECRIS und seine Erweiterung auf Drittstaatsangehörige

Fritz Zeder

JUDIKATUR

ALLGEMEINES STRAFRECHT bearbeitet von Ingrid Mitgutsch (JSt-Slg 60–67)

563 Keine Verwirklichung von § 107c StGB durch eine einmalige Handlung

OLG Wien 16.12.2016, 21 Bs 278/16k (Anmerkung von Alois Birklbauer)

565 Anforderungen an eine wettbewerbsbeschränkende Absprache nach § 168b StGB

OLG Wien 5.5.2017, 32 Bs 329/15i (Anmerkung von Alois Birklbauer)

570 Keine Auslieferung von ukrainischen Staatsbürgern für Straftaten auf der Halbinsel Krim an die Russische Föderation

OLG Linz 16.11.2016, 9 Bs 269/16x

572 Versuch der schweren Körperverletzung; Messer als (keine) Waffe nach dem Waffengesetz

OGH 28.06.2017, 13 Os 136/16y (Anmerkung von Alois Birklbauer)

574 Unwiderruflichkeit eines Rechtsmittelverzichts

OLG Wien 22.8.2017, 18 Bs 197/17b

574 Prozessleitung im Zwischenverfahren

OLG Linz 4.9.2017, 9 Bs 265/17k

575 Einziehung von Gegenständen

OLG Wien 18.7.2017, 20 Bs 81/17h

578 Zur „neuen“ Gewerbsmäßigkeit

OGH 24.1.2017, 14 Os 131/16w (Anmerkung von Rainer Nimmervoll)

SUCHTMITTELSTRAFRECHT bearbeitet von Klaus Schwaighofer (JSt-Slg 68–71)

579 Reinheitsgehalt, Suchtgiftqualität, Einfuhr, Besitz von Suchtgift, Konkurrenz, Feststellungsmangel, Unvollständigkeit

OGH 2.3.2017, 12 Os 156/16g

580 Suchtgifthandel, Einfuhr von Suchtgift, Besitz, Konkurrenz, Einziehung, Konfiskation, Verhältnismäßigkeitsprüfung

OGH 4.11.2016, 12 Os 112/16m (Anmerkung von Klaus Schwaighofer)

- 582 Suchtgifthandel, Gewerbsmäßigkeit
OGH 22.2.2017, 13 Os 138/16t
- 583 Suchtgifthandel, Strafzumessung, Tatprovokation, Tatsachengeständnis, Milderungsgrund, Vorstrafen, Rückfall
OGH 4.4.2017, 14 Os 8/17h
- STRAFVOLLZUGSRECHT** bearbeitet von Teresa Hauser (JSt-Slg 72–75)
- 584 Zur Zulässigkeit einer Zurückweisung mangels Rechtsschutzbedürfnisses
OLG Wien 28.8.2017, 132 Bs 204/17w (LG Linz 19.5.2017, 21 Bl 38/17p)
- 585 Haftort
OLG Wien 13.7.2017, 132 Bs 170/17w (Generaldirektion für den Strafvollzug und den Vollzug freiheitsentziehender Maßnahmen im Bundesministerium für Justiz, 12.5.2016, GZ 152625/01-II 3/2017)
- 586 Zulässige Oberbekleidung
LGSt Graz 26.7.2017, 1 Bl 72/16s
- 587 Strafzumessung im Ordnungsstrafverfahren
LG Innsbruck 17.8.2017, 22 Bl 23/17y
- BUNDESFINANZGERICHT** bearbeitet von Madeleine Grünsteidl (JSt-Slg 76–77)
- 587 Abweisung einer Beschwerde gegen die Bewilligung einer Kontoöffnungsanordnung gem § 99 Abs 6 FinStrG
BFG 8.5.2017, RV/7300018/2017; Revision nicht zulässig
- 588 Bei tatsächlicher Leistungserbringung begründet die (alleinige) Unterlassung der Empfängernennung nach § 162 BAO kein Finanzvergehen
BFG 9.5.2017, RV/7300059/2016; Revision nicht zulässig
- OGH-LEITSATZKARTEI** bearbeitet von Benedikt Fuchs (JSt-LS OGH 83–112)
- 590 Strafgesetzbuch
- 592 Nebengesetze
- 593 Strafprozessordnung
- GENERALPROKURATUR** bearbeitet von Alexander Bauer (JSt-GP 7)
- 595 Zum Entscheidungszeitpunkt und zur Abgrenzung von der bedingten Entlassung; keine Interferenz zur Erwirkung der Übernahme der Strafvollstreckung
- EUGH – ANHÄNGIGE VERFAHREN** bearbeitet von Fritz Zeder (JSt-EuGH 9)
- 597 Vorabentscheidungsersuchen des Obersten Gerichtshofs (Finnland), C-247/17, *Raugevicius*
(Anmerkung von Fritz Zeder)
- ZUR ERINNERUNG**
- 599 Zur Rechtskraft von Beschlüssen und der Umstandsklausel
Rainer Nimmervoll
- TIPPS & INFOS**
- 602 Buchbesprechungen
- 605 Veranstaltungstipps
- 606 Herausgeber
- 607 Autoren
- 608 Ständige Redakteure und Mitarbeiter
- 608 Impressum

Zitierbeispiel für Aufsätze
Wess, JSt 2014, Seite
Zitierbeispiel für Judikatur
(Alle Leitsätze werden von
den Autoren selbst gebildet
JSt-Slg 2014/1, Seite
JSt-LS OGH 2014/1, Seite
JSt-GP 2014/1, Seite
JSt-EuGH 2014/1, Seite
JSt-EGMR 2014/1, Seite
Zitierbeispiel für Newsletter
JSt-NL VÖStV 2014/1

Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht

Schriftleitung: Rechtsanwalt Professor Dr. Achim Schunder und
Rechtsanwältin Dr. Christiane Prause
Beethovenstraße 7b, 60325 Frankfurt a. M.

23 2017

Inhalt

| | | | |
|---|---------------------------|---|--------------|
| Aufsätze | | <i>F. Kalscheuer/C. Hornung</i> , Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz – Ein verfassungswidriger Schnellschuss | 1721 |
| | | <i>J. Kühling/T. Weck</i> , Rechtliche Herausforderungen durch Arzneimittelautomaten – Gefahrenabwehrrecht ohne Grundfreiheiten? | 1725 |
| | | <i>M. Kröger</i> , Verwaltungsprozessualer Rechtsbehelf der Aufsichtsbehörden zur Kontrolle des internationalen Datentransfers | 1730 |
| Aufsätze Online | | <i>A.-C. Gläß</i> , Fernwärmenutzung als Mittel zur Erreichung eines klimaneutralen Gebäudebestands? | 1735 |
| Kurze Beiträge | | <i>J. M. Bühs</i> , Der Fortsetzungsstreit – Oder: Das Verfahren bei Streit um die Wirksamkeit einer Klagerücknahmefiktion nach der VwGO und dem Sozialgerichtsgesetz | 1736 |
| Rechtsprechung des franz. Conseil d'État | | <i>B. Lignereux</i> , Das Verhältnis zwischen internationalem und nationalem Recht | 1738 |
| | | <i>C. Beaufils</i> , Das Verhältnis zwischen internationalem und nationalem Recht | 1743 |
| Zur Rechtsprechung | | <i>R. Brehm</i> , Entziehung des Doktorgrades | 1748 |
| | | <i>V. Struzina</i> , Nochmals: Verböserung bei Wiederaufgreifen des Baugenehmigungsverfahrens nach § 51 I LVwVfG | 1751 |
| Mitteilungen | | <i>S. N. v. Beauvais</i> , 9. Speyerer Tage zum Friedhofs- und Bestattungsrecht | 1753 |
| Rechtsprechung | | | |
| EGMR | 21. 4. 16– 46577/15 | Abriss eines rechtswidrig erbauten Hauses ohne Verhältnismäßigkeitsprüfung | 1755 |
| BVerfG | 10. 10. 17– 2 BvR 1651/15 | Eilanträge gegen das Anleihenkaufprogramm der EZB gescheitert | 1759 |
| BVerwG | 7. 9. 17– 4 C 8/16 | Allgemeine Zweckbestimmung eines allgemeinen Wohngebiets Anm. <i>T. Schröder/D. Kümmel</i> | 1761 1763 |
| BVerwG | 8. 3. 17– 4 CN 1/16 | Keine erneute Auslegung eines Plans bei Änderung des Umweltberichts | 1764 |
| BVerwG | 7. 3. 17– 9 C 20/15 | Ausdehnung einer beitragsfähigen Erschließungsanlage | 1769 |
| IV | NVwZ 2017, Heft 23 | | |

| | | | |
|-------------|--------------------|---|--------------|
| BVerwG | 23. 2.17-7C31/15 | Informationsanspruch einer Gemeinde gegen die DB Netz AG | 1775 |
| BVerwG | 21. 6.17-6C3/16 | Entziehung des Doktorgrades | 1786 |
| BVerwG | 21. 6.17-6C4/16 | Entziehung des Doktorgrades | 1793 |
| BVerwG | 19. 9.17-1VR7/17 | Abschiebungsanordnung gegen islamistischen Gefährder Anm. R. Gutmann | 1798 1804 |
| OVG Hamburg | 22. 6.17-4Bf160/14 | Erlaubnis für die Vermittlung von Lotterien im Internet (Ls.) Anm. G. Kirchhof | 1805 1805 |
| BGH | 29. 6.17-VZB84/17 | Fehlendes Feststellungsinteresse einer Behörde nach § 62 FamFG | 1808 |

NVwZ aktuell

| | |
|--|-----|
| In eigener Sache, NJW | VII |
| Rechtsprechung in Pressemitteilungen | VII |
| Rechtsprechung in Leitsätzen | X |
| Gesetzgebungsverfahren und Veranstaltungen | X |



ISSN 0721-880X

NVwZ – Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht

Schriftleitung und Verlagsredaktion:
Rechtsanwalt Professor Dr. Achim Schunder (verantwortlich für den Textteil) und Rechtsanwältin Dr. Christiane Prause.
Beethovenstraße 7b, 60325 Frankfurt a.M., Postanschrift: Postfach 11 02 41, 60037 Frankfurt a.M., Telefon: (0 69) 75 60 91-0, Telefax: (0 69) 75 60 91-49.
E-Mail: NVwZ@beck-frankfurt.de, Internet: www.nvwz.de.

Manuskripte: Manuskripte sind an die Redaktion zu senden. Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigelegt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag C.H.BECK an seinem Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht zur Aufnahme in Datenbanken, das Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht zu deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur sonstigen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Anzeigenabteilung: Verlag C.H.BECK, Anzeigenabteilung, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München. Media-Beratung: Telefon (0 89) 3 81 89-687, Telefax (0 89) 3 81 89-589.

Disposition, Herstellung Anzeigen, technische Daten: Telefon (0 89) 3 81 89-598, Telefax (0 89) 3 81 89-599, E-Mail anzeigen@beck.de
Verantwortlich für den Anzeigenteil: Bertram Götz.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Telefon: (0 89) 3 81 89-0, Telefax: (0 89) 3 81 89-3 98, Postbank München IBAN: DE82 7001 0080 0006 2298 02, BIC: PBNKDEFFXXX. Der Verlag ist oHG. Gesellschafter sind Dr. Hans Dieter Beck und Dr. h. c. Wolfgang Beck, beide Verleger in München.

Erscheinungsweise: Zweimal monatlich. Kombinationsbezug NVwZ mit zweimal monatlichem Beiheft (Nebenblatt) NVwZ-Rechtsprechungs-Report Verwaltungsrecht.

Bezugspreise 2017: NVwZ ohne NVwZ-RR: halbjährlich € 159,- (inkl. MwSt.); Vorzugspreis für NJW-Bezieher, Studenten (fachbezogener Studiengang) sowie Referendare (gegen Nachweis) halbjährlich € 139,- (inkl. MwSt.); Einzelheft: NVwZ € 17,- (inkl. MwSt.); NVwZ mit NVwZ-RR: halbjährlich € 255,- (inkl. MwSt.); Vorzugspreis (w.o.) halbjährlich € 225,- (inkl. MwSt.). Einzelheft NVwZ m. RR € 26,- (inkl. MwSt.). Die Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn eines Bezugszeitraumes. Nicht eingegangene Exemplare

können nur innerhalb von 6 Wochen nach dem Erscheinungstermin reklamiert werden.
Jahrestei und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Versandkosten jeweils zuzüglich.

Bestellungen über jede Buchhandlung und beim Verlag.

KundenServiceCenter:
Telefon: (0 89) 3 81 89-750, Telefax: (0 89) 3 81 89-358. E-Mail: kundenservice@beck.de

Abbestellungen müssen 6 Wochen vor Halbjahresschluss erfolgen.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an.

Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Postdienste-Datenschutzverordnung: Bei Anschriftenänderung des Beziehers kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeantrag gestellt ist. Hiergegen kann der Bezieher innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieses Heftes beim Verlag widersprechen.

Druck: Kessler Druck und Medien GmbH & Co. KG, Michael-Schäffer-Straße 1, 86399 Bobingen.

Das öffentliche Haushaltswesen in Österreich

58. Jahrgang

Dezember 2017

Heft 2 – 4

INHALTSÜBERSICHT

| Seite | |
|-------|---|
| | ÖHW Beiträge |
| 01 | Regierungsdirektor Steffen B a c h (Berlin): Spending Reviews als Ansatz zur Erhöhung der Wirkungsorientierung im dt. Bundeshaushalt. |
| 13 | Mag. (FH) Yvonne O h n e w a s und MMag. Dr. Christian M a y r (Innsbruck): Benchmarking im Rahmen des Finanzausgleichs – Rahmenbedingungen, Anforderungen und Erfolgsfaktoren. |
| 34 | ao. Univ.-Prof. Dr. René A n d e ß n e r (Linz): Funktionale Privatisierung im österreichischen Sozialstaat – Grundlagen, aktuelle Trends und Herausforderungen. |
| 51 | Landes-Rechnungshofdirektor Mag. Andreas M i h a l i t s, MBA (Eisenstadt): 15 Jahre Burgenländischer Landes-Rechnungshof. |
| 60 | Univ.-Doz. FH-Prof. Dr. Friedrich K l u g (Linz): Bewertung öffentlichen Vermögens. |
| 68 | RA Dr. Ulrike H a f n e r (Graz): Aktuelle Rechtsprechung – Interessantes für Gemeinden: Beispiele aus der zivil- und öffentlich-rechtlichen Judikatur. |
| | ÖHW |
| 80 | Hinweise |



DVBI aktuell
Vorschau/Impressum

III
VII

Aufsätze

Islamischer Religionsunterricht – Warum ist das eine unendliche Geschichte?

Prof. Dr. Guy Beaucamp und Karin Wißmann, Hamburg

1517

Truppenbesuchsrecht für Abgeordnete?

Ministerialrat Dr. Michael Fuchs, M.A.,
Magister rer. publ., Berlin

1522

Grundzüge für ein
Vergabeverwaltungsprozessrecht

Richter Dr. Jacob M. Bühs, Berlin

1525

Der digitale Zugang der Bürger zum Staat durch das Onlinezugangsgesetz

Wiss. Mit. Daniel Rüscher, Berlin

1530

Die Wertbestimmung landwirtschaftlicher Grundstücke bei einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme gem. § 169 Abs. 4 BauGB

Prof. Dr. Heinrich Amadeus Wolff, Berlin

1535

Gesetzesdämmerung – Zum Niedergang der sprachlichen Qualität der Steuergesetze

Jun.-Prof. Dr. Lars Hummel, LL.M., Hamburg

1544

Berichte

Kontexte der Demokratie – Fragmentierung im Öffentlichen Recht – 77. Jahrestagung der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtler in Saarbrücken

Rechtsanwalt und Notar Prof. Dr. Bernhard Stürer, Münster/Osnabrück

1545

Buchbesprechungen

Gall: Hardenberg – Reformier und Staatsmann
Regierungsdirektor Dr. Markus Söbbeke, Münster

1552

Seidel: Erich Kotte (1886–1961)

Prof. Dr. Stefan Muckel, Köln

1552

Vásquez: Verfassungsgerichtsbarkeit, Verfassungsprozessrecht und Pluralismus
Prof. Dr. Helmut Goerlich, Leipzig

1553

Bauwens: Religiöse Paralleljustiz

Prof. (em.) Dr. Wolfgang Rübner, Köln/Meckenheim

1554

Krüper/Pilniok (Hrsg.): Staatsorganisationsrecht lehren

Dr. Christian Nierhauve, Hagen

1555

Grünewald: Die (Re)Kommunalisierung in der Energieverteilung

Prof. Dr. Ulrich Büdenbender, Düsseldorf

1556

Rechtsprechung

Bundesverfassungsgericht

BVerfG, 2. Sen., Ur. v. 07.11.2017 – 2 BvB 2/11 –
Auskünfte zur Deutschen Bahn AG und zur
Finanzmarktaufsicht zu Unrecht verweigert

1558

Bundesverwaltungsgericht

BVerwG, Ur. v. 29.06.2017 – 9 C 7.16 –

Zur Zulässigkeit einer kommunalen Wettbürosteuer

1566

Oberverwaltungsgerichte/ Verwaltungsgerichtshöfe

Thür OVG, Ur. v. 23.05.2017 – 4 N 114/13 –

Gültigkeit einer städtischen Bettensteuersatzung

1572

Thür OVG, Ur. v. 26.04.2017 – 1 KO 347/14 –

Zulässigkeit von Stellplätzen außerhalb überbaubarer
Grundstücksflächen

1576

VGH BW, Ur. v. 29.08.2017 – 10 S 856/17 – n.r.

Überprüfung einer EU-Fahrerlaubnisentziehung des
Ausstellermittgliedstaats durch deutsche Gerichte

1579

OVG NRW, Urteil vom 21.09.2017 – 6 A 916/16 –

Festlegung einer Mindestkörpergröße als
Eignungskriterium

1582

Beilagenhinweis:

Mit dieser Ausgabe verteilen wir zwei

Beilagen der Verlag C. H. Beck oHG.

Wir bitten freundlich um Beachtung.

GENERALSEKRETÄR



Investitionen sichern den Industriestandort

Österreich liegt mit einem Industrieanteil von 16 bis 17 Prozent an der Gesamtwirtschaft im Spitzenfeld der OECD-Staaten. Der industrielle Sektor ist in Österreich von größerer Bedeutung als in vergleichbaren Staaten und ist durch vielfältige Verflechtungen von enormer Bedeutung für Beschäftigung und Einkommen.

Möglich wurde dies durch das eindeutige Bekenntnis der österreichischen Politik zur Industrie. Dies äußert sich u. a. in der starken Förderung von Forschungsprojekten durch die öffentliche Hand. Die Forschungsquote hat sich so seit dem Jahr 1990 von 1,5 Prozent des BIP auf 3,12 Prozent mehr als verdoppelt. Damit nimmt Österreich den zweiten Platz innerhalb der EU ein, wo der Schnitt bei 1,96 Prozent liegt. Zur positiven Weiterentwicklung des Industriestandortes und zur Absicherung der damit verbundenen Arbeitsplätze braucht es sowohl öffentliche als auch private Investitionen. Nur wenn Wirtschaft und Staat an einem Strang ziehen, kann der Standort seine hohe Qualität erhalten.

Dr. Thomas Weninger,
Generalsekretär Österreichischer Städtebund



STÄDTEBUND AKTUELL

Kurzmeldungen aus dem Städtebund

04

KOMMUNALNEWS

Aktuelles aus den Städten

10

SCHWERPUNKTTHEMA INDUSTRIE IN STÄDTEN

Roland Lang

Industrie: Gestern! Und heute?

16

Manfred Hummel

Silicon Austria – ein neues Mekka der Eierköpfe

20

Wolfgang Hesoun

Industrie als Bestandteil der modernen Stadt

24

Peter Matzanez

Digitaler Stadtwechsel

28

Gerhard Melinz

Industrialisierung, Wohlfahrtsstaatlichkeit und Kommunen

30

Martin Tschirren

Quo vadis Werkplatz Stadt?

34

Mathias Burtscher

Vorarlbergs urbaner Weg

36

Hans Stögmüller

Aufschwung nach jeder Krise

40

PRÄSIDENT



Gemeinsame Schwerpunkte setzen

Die Industrie ist eine wichtige Arbeitgeberin. Zwar ist die Anzahl der Arbeitsplätze im produzierenden Sektor – nicht nur in Österreich – in allen westlichen Industrienationen gesunken, jedoch arbeiten immer noch rund 140.000 Menschen allein in Wien in diesem Wirtschaftssektor. Wenn die vor- und nachgelagerten Effekte der Industrie auf andere Wirtschaftsbereiche hinzugerechnet werden, hängen sogar fast 300.000 Arbeitsplätze direkt oder indirekt am produzierenden Bereich. Zudem bildet die Wiener Industrie jährlich rund 1.000 Lehrlinge aus.

Die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Industrie hat lange Tradition. Durch Investitionen der öffentlichen Hand sowie durch gemeinsame Projekte in den Bereichen Bildung, gesellschaftliches Miteinander, Forschung und Infrastruktur wird der Industriestandort Österreich langfristig gesichert. Damit wir auch in Hinkunft auf Produkte „Made in Austria“ stolz sein können und Arbeitsplätze für die Zukunft sichern.

Dr. Michael Häupl,
Präsident Österreichischer Städtebund

Edelstahlwerk Kapfenberg –
„Das Maß aller Dinge“

44

Sabine Rabl-Berger, Martha Wepner-Banko
Neue Sicht auf alte Flächen

46

Vida Bakondy
Zwischen Prekariat und Hoffnung

50

MAGAZIN
Neueste Entwicklungen und Veranstaltungen

52

LITERATUR
Aktuelle Rezensionen

72

RECHT
Bettelverbot durch die Gemeinde | Bescheidaufhebung nach § 299 BAO

73

FINANZEN
Ertragsanteilsvorschüsse für November

77

HIDDEN CHAMPION
„Erdbeerwoche“ – Auf blutiger Mission

78

ZU GUTER LETZT
Kommende Termine und mehr

81

IMPRESSUM

83



Wirtschaftsrecht

Die Woche im Blick

Entscheidungen

EuGH: Händlern eines selektiven Vertriebs von Luxuswaren kann der Internetvertrieb über Drittplattform verboten werden – Coty Germany (6.12.2017 – C-230/16)

BGH: Unwirksame Gewährleistungsklausel in Qualitätssicherungsvereinbarung zwischen Unternehmern (18.10.2017 – VIII ZR 86/16)

BGH: Vermittlung eines Vermögensverwaltungsvertrags ist kein gemäß § 32 Abs. 1 KWG erlaubnispflichtiges Geschäft (10.10.2017 – VI ZR 556/14)

BGH: Begründung eines Vorbenutzungsrechts i. S. d. DesignG (29.6.2017 – I ZR 9/16)

BGH: Einziehung des die Sachverständigenkosten betreffenden Schadensersatzanspruchs durch den Sachverständigen – keine Rechtsdienstleistung (24.10.2017 – VI ZR 504/16)

OLG Karlsruhe: Voraussetzungen und Höhe des Handelsvertreterausgleichs (14.7.2017 – 9 U 9/15)

OLG Karlsruhe: Keine Erfüllungswirkung durch Überweisung auf ein aufgelöstes Bankkonto (14.7.2017 – 9 U 170/15)

Gesetzgebung

BMJV: Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben veröffentlicht

Aufsatz

Dr. Raimond Emde, RA

BB-Rechtsprechungsreport zum Vertriebsrecht 2016

Seit 2007 gibt der Verfasser in seinem jährlich erscheinenden Report einen Überblick über die Entwicklung des Vertriebsrechts im abgelaufenen Berichtsjahr. Es handelt sich um eine gekürzte Fassung des Beitrags. Unter www.betriebs-berater.de, BBL-ONLINE2017-2947-1 können Sie die ungekürzte Fassung abrufen.

Entscheidung

BGH: Pflicht von Anlagevermittlern und -beratern zur unaufgeforderten Aufklärung über Vertriebsprovisionen (19.10.2017 – III ZR 565/16 – dazu BB-Kommentar von **Dr. Frank Büchler, RA**, und **Dr. Raphael Klesen, RA**)

Neuerscheinung Buch

Paulus, EulnsVO – Europäische Insolvenzverordnung

Hochaktuell: Mit sämtlichen Vorschriften von 2017

2017, 684 Seiten, Geb., € 198,-

ISBN: 978-3-8005-1628-5 / Infos unter: www.shop.ruw.de

Handbuch Entgeltgestaltung



Jetzt bestellen!

Maschmann: Total Compensation
Handbuch der Entgeltgestaltung

Feb. 2017, Handbuch Recht Wirtschaft Steuern,
922 Seiten, Geb., ISBN 978-8005-3285-8

€ 179,-

R&W
Fachmedien Recht und Wirtschaft

dfv Mediengruppe 08581 9605-14 | info@suedost-service.de | www.ruw.de

Steuerrecht

Die Woche im Blick

Entscheidungen

BFH: Aufrechnung mit einer rechtswegfremden Forderung (1.8.2017 – VII R 12/16)

FG Köln: Insolvenzordnung: Zur Abgrenzung von Aufklärungsmaßnahmen zu Verwaltungshandeln (11.10.2017 – 9 K 3566/14)

Verwaltung

BMF: Informationsblatt zu umsatzsteuerrechtlichen Pflichten für nicht in der EU ansässige Unternehmer

BMF: Ort der sonstigen Leistung im Zusammenhang mit einem Grundstück gemäß § 3a Abs. 3 Nr. 1 UStG (5.12.2017 – III C 3 – S 7117-a/16/10001)

Gesetzgebung

EU-Kommission: Bekämpfung des Mehrwertsteuerbetrugs

EU-Kommission: Neues Mehrwertsteuersystem für Online-Unternehmen begrüßt

Aufsätze

Dr. Barbara Fleckenstein-Weiland, LL.M., RAin/FAinStR/StBin, und **Friderike Stiehr, RAin**

Reform des Mehrwertsteuersystems – Teil I

Überblick über den ersten Gesetzgebungsvorschlag der EU-Kommission

Der Richtlinien-Änderungsvorschlag der EU-Kommission vom 4.10.2017 markiert den Beginn einer umfassenden Reform des Umsatzsteuersystems im grenzüberschreitenden Handel. Der Vorschlag gehört zu einem ersten von insgesamt zwei Gesetzgebungsschritten auf dem Weg zur endgültigen Gleichstellung grenzüberschreitender und inländischer Lieferungen und Leistungen. Diese Gleichstellung soll bis 2022 durch eine Verankerung des Bestimmungslandprinzips erreicht werden. Dazu sollen bereits im kommenden Jahr die gesamte MwStSystRL überarbeitet und die technischen Rahmenbedingungen für die Umsetzung der anvisierten Umstellung geschaffen werden. Dieser Beitrag stellt die ersten Regelungen dar, die – eine Zustimmung der Mitgliedstaaten vorausgesetzt – bis 1.1.2019 von den Mitgliedstaaten umgesetzt werden sollen.

Prof. Dr. iur. Gerhard Kraft, WP/StB, und **Dipl.-Kfm. Christoph Bildstein, RA/StB**

Immobilientransaktionen in der Hinzurechnungsbesteuerung

In Zeiten anhaltender Niedrigzinsphasen gewinnt die Asset-Klasse „Immobilien“ als Investitionsalternative zu anderweitigen Anlagemöglichkeiten regelmäßig enorm an Bedeutung. Dies bleibt nicht ohne Rückwirkungen auf die hinzurechnungssteuerliche Perspektive von Immobilieninvestments. Aus diesem Grunde wird die vergleichsweise spärliche literarische Aufarbeitung der Thematik „Immobilieninvestments in der Hinzurechnungsbesteuerung“ durch Überlegungen ergänzt.

Entscheidungen

BFH: Verpflichtung von Rechtsanwälten zur Abgabe der Zusammenfassenden Meldung trotz Schweigepflicht (27.9.2017 – XI R 15/15 – dazu BB-Kommentar von **Dennis Janz, LL.M., StB**)

BFH: Spielerüberlassung als freigebige Zuwendung an Fußballverein (30.8.2017 – II R 46/15)

BFH: Vorsteuerabzug bei gemischter Nutzung eines Marktplatzes (3.8.2017 – V R 62/16)

Bilanzrecht und Betriebswirtschaft

Die Woche im Blick

2987

Rechnungslegung

IFRS Foundation: Vorschlag zur Ergänzung der IFRS-Taxonomie 2017

FASB: Entscheidung zu Erleichterungen des Leasingstandards getroffen

BAnz: Bekanntmachung von DRÄS 8

Wirtschaftsprüfung

IDW: Entwurf der deutschen Fas-sung des ISA 720 (Revised)

IDW: Stellungnahme zur Anzeigepflicht für Steuergestaltungsmodelle

IDW: Weiter gegen externe Rotation für alle Prüfer

IDW: Stellungnahme zu BaFin-Mindestanforderungen an die Compliance-Funktion

IDW: Stellungnahme zum Sonderbericht des Bundesrechnungshofs

Betriebswirtschaft

BMWi: Drei weitere Mittelstand 4.0-Kompetenzzentren

PwC: Unternehmen binden zu-viel Kapital

Aufsatz

Abschlussprüfung

Dipl.-Kfm. **Georg Lanfermann**, WP/StB

2989

Handlungsrahmen des Aufsichtsrats bei der Initiierung eines Abschlussprüfer-Ersetzungsverfahrens nach § 318 Abs. 3 HGB

Unternehmen von öffentlichem Interesse (public interest entities – PIE) bestellen im Jahr 2017 erstmalig ihren Abschlussprüfer unter Geltung der Vorschriften der EU-Abschlussprüferreform. Einen bisher wenig beleuchteten Aspekt bilden die Änderungen an den Vorschriften zum gerichtlichen Ersetzungsverfahren des Abschlussprüfers nach § 318 Abs. 3 HGB. Diese zuvor selten zur Anwendung gelangende Vorschrift wurde im AReG so gestaltet, dass Unzulänglichkeiten in der Anwendung von Kernmaßnahmen der EU-Abschlussprüferreform, nämlich die Rotations- und Auswahlverfahren für Abschlussprüfer sowie die Billigung von Nicht-Prüfungsleistungen, als ausdrückliche Anlässe zur Initiierung eines gerichtlichen Ersetzungsverfahrens genannt werden. Insbesondere die Komplexität und Rigidität der neuen Vorgaben zur Erbringung von Nicht-Prüfungsleistungen durch den Abschlussprüfer könnten den Aufsichtsrat als zentrale Kontrollinstanz vermehrt vor die Frage stellen, ob ein gerichtliches Ersetzungsverfahren einzuleiten ist. Der Beitrag beleuchtet den Handlungsrahmen des Aufsichtsrats im Lichte der Neuregelungen und stellt ausgehend von der herrschenden Literaturmeinung die Frage nach möglichen Beurteilungsspielräumen in der Bewertung solcher Vorgänge durch den Aufsichtsrat.

Entscheidung

BMF: Anschaffungsnahe Herstellungskosten i.S. v. § 6 Abs. 1 Nr. 1a EStG – BFH-Urteile vom 14.6.2016 – IX R 25/14, IX R 15/15 und IX R 22/15

(20.10.2017 – IV C 1 – S 2171-c/09/10004 :006 – dazu BB-Kommentar von **Jens Thomas Otto**, StB)

2994

Neuerscheinung Buch

Koch, Corporate Governance case by case

Wesentliche Aspekte der Corporate Governance in zwölf Fällen 2017, 212 Seiten, Kt., € 38,90

ISBN: 978-3-8005-5038-8 / Infos unter: www.shop.ruw.de

Arbeitsrecht

Die Woche im Blick

2995

Entscheidungen

EuGH: Übertragbarkeit von Jahresurlaub (29.11.2017 – C-214/16)

BAG: Änderung gewillkürter Betriebsverfassungsstrukturen (22.8.2017 – 1 ABR 52/14)

BAG: Ausübung eines einseitigen Leistungsbestimmungsrechts durch den Arbeitgeber (23.8.2017 – 10 AZR 376/16)

BAG: Erfüllung des Anspruchs auf den gesetzlichen Mindestlohn durch Sonderzahlungen (11.10.2017 – 5 AZR 621/16)

BAG: Auslegung einer Bezugnahmeklausel als Gleichstellungsabrede (5.7.2017 – 4 AZR 867/16)

BAG: Ausübung des dem Arbeitgeber zukommenden billigen Ermessens bei der Festsetzung der Höhe einer Sonderzahlung (23.8.2017 – 10 AZR 136/17)

BAG: Mindestlohn – Vergütung von Bereitschaftszeiten (11.10.2017 – 5 AZR 591/16)

Gesetzgebung

Bundestag: Die Linke – Kehrtwende in der Arbeitsmarktpolitik gefordert

Aufsatz

BRSg

Christian Freiherr von Buddenbrock, RA, und **Hans-Martin Kühn**

2997

Das Sozialpartnermodell – Ablösung bestehender Versorgungssysteme in der bAV durch die reine Beitragszusage

Durch das Betriebsrentenstärkungsgesetz wird die „reine Beitragszusage“ in der betrieblichen Altersversorgung eingeführt. Damit wird der Arbeitgeber nicht mehr für die Erfüllung einer Versorgungsleistung einzustehen haben, sondern ausschließlich verpflichtet sein, Beiträge an eine Versorgungseinrichtung abzuführen, die gemeinsam mit den Tarifvertragspartnern geführt wird. Dies kann zum einen dem Arbeitgeber Vorteile in der Bilanzierung sowie der Verwaltung der betrieblichen Altersversorgung bieten und zum anderen beim Arbeitnehmer zu gesteigerten Renditechancen führen. Dieser Beitrag befasst sich mit der rechtlichen Frage, ob und wie der Arbeitgeber eine bestehende Versorgungslandschaft, die nicht selten aus einem Flickenteppich von Versorgungszusagen besteht, durch die reine Beitragszusage ablösen kann.

Entscheidung

BAG: Eigenkündigung des Arbeitnehmers – Klagefrist (21.9.2017 – 2 AZR 57/17 – dazu BB-Kommentar von **Dr. Patrick Flockenhaus**, LL.M., FAArbR)

3004

Neuerscheinung Buch

Schleißmann, Das Arbeitszeugnis

Antworten auf alle Fragen des Zeugnisrechts

November 2017, Seiten, Kt., € 89,-

ISBN: 978-3-8005-3289-6 / Infos unter: www.shop.ruw.de

Die Erste Seite

Prof. Dr. Dr. h.c. Thomas Pfeiffer

Der Brexit und die Chancen der deutschen Justiz

Impressum/Vorschau

VIII

Inhalt

MAGAZIN

| | |
|---|------------|
| Gastkommentar <i>Gabriele Rautenstrauch</i> | M4 |
| Aktuelle Rechtsprechung | M6 |
| Anhängige Verfahren | M8 |
| Kurzbeiträge | M10 |
| Meldungen | M17 |
| Handelsblatt Nachrichten | M24 |
| Neue Datenbankinhalte | M25 |
| Interview <i>Peter Bömelburg</i> | M26 |
| Handelsblatt Grafik | M28 |
| Handelsblatt Gastkommentar | M30 |
| Worte der Woche | M32 |

BETRIEBSWIRTSCHAFT

AUFSATZ

Handelsbilanzrecht/Rechnungslegung

Nichtfinanzielle Berichtspflichten in der Finanzberichterstattung

Dr. Thomas Schmotz / Dr. Rüdiger Schmidt, CFA, beide Berlin

DB1256300 (Kurzfassung vgl. S. M10)

S. 2877

KURZNACHRICHTEN INTERNATIONALE RECHNUNGSLEGUNG

DB1255712

S. 2884

STEUERRECHT

AUFSATZ

Gewinnermittlung/Einkommensteuer

Ausfall von Gesellschafterdarlehen und Inanspruchnahme aus Gesellschafterbürgschaften bei Beteiligungen nach § 17 EStG

StB Prof. Dr. Guido Förster/Tobias D. von Cölln, M.Sc., beide Düsseldorf

DB1256592 (Kurzfassung vgl. S. M12)

S. 2886

Körperschaftsteuer/Internationales Steuerrecht

Organträgerpersonengesellschaft und DBA-Betriebsstättenvorbehalt

RA Prof. Dr. Wolfgang Blumers, Stuttgart

DB1252695 (Kurzfassung vgl. S. M13)

S. 2893

KOMPAKT

Umsatzsteuer

Geschäftliche Aktivität unter Rechnungsanschrift nicht erforderlich

VRiFG Thomas Müller, Köln

DB1256375

S. 2897

VERWALTUNGSANWEISUNGEN

Körperschaftsteuer

Verlustabzugsbeschränkung für Körperschaften (§ 8c KStG)

BMF, Schreiben vom 28.11.2017

DB1257039

S. 2898

Gewerbsteuer

Anwendung des § 8c KStG auf gewerbesteuerliche Fehlbeträge

Oberste Finanzbehörden der Länder, gleichlautende Erlasse vom 29.11.2017

DB1257035

S. 2906

ENTSCHEIDUNGEN

Gewinnermittlung

Mitunternehmer bei nur kurzfristiger Kommanditistenstellung – Abgeltung des Gewinns aus kurzfristiger Anteilsveräußerung bei Tonnagebesteuerung

BFH, Urteil vom 22.06.2017 – IV R 42/13

DB1257360

S. 2907

Einkommensteuer

Verrechnung von Altverlusten aus Kapitalvermögen mit abgeltend besteuerten positiven Einkünften aus Kapitalvermögen im Wege der Günstigerprüfung

BFH, Urteil vom 29.08.2017 – VIII R 5/15

DB1256830

S. 2909

Einkommensteuer

Ermittlung der Höhe der früheren, aus unversteuertem Einkommen geleisteten Altersvorsorgeaufwendungen zur Vermeidung einer Doppelbelastung

BFH, Urteil vom 23.08.2017 – X R 33/15

DB1256826

S. 2911

WIRTSCHAFTSRECHT

AUFSATZ

GmbH-Recht

Die Löschung der GmbH: zivil- und steuerrechtliche Folgen im Lichte aktueller Rechtsprechung

Prof. Dr. Stephan Arens, Koblenz/Bonn

DB1253662 (Kurzfassung vgl. S. M14)

S. 2913

KOMPAKT

Personengesellschaftsrecht

Nachweis der Vertretungsmacht eines GbR-Gesellschafters gegenüber dem Grundbuchamt

RA Jérôme S. Friedrich / RA Dr. Andreas Kopp, Frankfurt/M.

DB1256552

S. 2918

ENTSCHEIDUNGEN

GmbH-Recht/Insolvenzrecht

Unterbrechung des Beschlussmängelrechtsstreits eines insolventen GmbH-Gesellschafters durch Insolvenzeröffnung

BGH, Urteil vom 24.10.2017 – II ZR 16/16

DB1256994

S. 2919

Insolvenzrecht

Insolvenzanfechtung: Zur Gläubigerbenachteiligung durch Rücktrittsrecht und unentgeltlichem Rückgewährrecht in Grundstückskaufvertrag für den Fall der Insolvenz

BGH, Urteil vom 12.10.2017 – IX ZR 288/14

DB1256234

S. 2921

Insolvenzrecht

Vorsatzanfechtung: Benachteiligungsvorsatz eines Schuldners bei bloßer Zahlungsunwilligkeit

BGH, Urteil vom 12.10.2017 – IX ZR 50/15

DB1256602

S. 2926

ARBEITSRECHT

AUFSATZ

Arbeitsschutzrecht/Elternrecht

Das neue Mutterschutzgesetz

RA/FAArbR Prof. Dr. Bernd Schiefer / RAin/FAinArbR Esther Baumann, Düsseldorf

DB1255295 (Kurzfassung vgl. S. M15)

S. 2929

KOMPAKT

Kündigungsrecht/Arbeitsvertragsrecht

Direktionsrecht: Anordnung von (weit entfernten) Auslandsdienstreisen

RA/FAArbR Dr. Erik Schmid, München

DB1256213

S. 2938

Befristungsrecht

Vereinbarung eines unbefristeten Arbeitsverhältnisses durch Änderungsvertrag

RA/FAArbR Dirk H. Laskawy / RAin Denise Ludwig, Leipzig/München

DB1255767

S. 2939

Entgeltrecht

Weihnachtsgeld und Bonuszahlungen

RAin Daniela Nellen-La Roche, Bonn

DB1256287

S. 2940





Inhaltsverzeichnis

Beiträge

- Rechtsanwälte Dr. Andreas von Bonin, LL.M., Brüssel, und Dr. Alexander Glos, Frankfurt a. M.
Die neue Rechtsprechung der europäischen Gerichte im Bereich des Bank- und Kapitalmarktrechts
– Teil II – 2221
- Rechtsanwälte Dr. Nils Ipsen, LL.M. (Nottingham), und Dr. Lars Röh, Berlin
Der lange Weg zur Rechtssicherheit: Das erste Urteil zum SSM 2228

Rechtsprechung

Bankrecht und Kapitalmarktrecht

- | | | | | |
|-------------------|------------|----------------|--|------|
| Bundesgerichtshof | 19.10.2017 | III ZR 495/16* | Zur Umwandlung des Befreiungsanspruchs in einen Zahlungsanspruch, wenn die Inanspruchnahme des Befreiungsgläubigers mit Sicherheit zu erwarten ist und feststeht, dass für die Erfüllung der Drittforderung auf die Mittel des Befreiungsschuldners zurückgegriffen werden muss; zum Verjährungsbeginn in einem solchen Fall | 2234 |
| Bundesgerichtshof | 19.9.2017 | XI ZB 17/15* | Keine Schutzwirkung eines Vertrages über den Ersterwerb einer Schuldverschreibung zwischen der emittierenden Bank und den institutionellen Ersterwerbern zugunsten der Zweiterwerber; zu den Anforderungen an die Rechtsbeschwerdebegründung im Kapitalanleger-Musterverfahren; keine Erweiterung oder teilweise Rücknahme der Feststellungsziele in der Rechtsbeschwerdeinstanz | 2237 |
| Bundesgerichtshof | 10.10.2017 | XI ZR 393/16 | Keine Bedeutung der gesetzlichen Verjährungshöchstfristen im Sinne eines „Mindestzeitmoments“ für die Verwirkung des Verbraucherwiderrufsrechts | 2247 |
| Bundesgerichtshof | 10.10.2017 | XI ZR 443/16* | Keine Undeutlichkeit einer den gesetzlichen Anforderungen genügenden Widerrufsbelehrung dadurch, dass die Vertragsunterlagen an anderer Stelle einen inhaltlich nicht ordnungsgemäßen Zusatz enthalten | 2248 |
| Bundesgerichtshof | 10.10.2017 | XI ZR 449/16 | Mehrere Darlehensnehmer als Mitgläubiger der Ansprüche, die aus dem durch Widerruf des Verbraucherdarlehensvertrags entstandenen Rückgewährschuldverhältnis resultieren | 2251 |
| Bundesgerichtshof | 10.10.2017 | XI ZR 456/16 | Keine Einschränkung der Prüfungskompetenz des Revisionsgerichts durch das Berufungsgericht, soweit Prozessvoraussetzungen von Amts wegen zu prüfen sind | 2254 |
| Bundesgerichtshof | 10.10.2017 | XI ZR 457/16 | Telefaxkopie einer Originalvollmacht keine Vollmachtsurkunde im Sinne des § 174 Satz 1 BGB | 2256 |
| Bundesgerichtshof | 10.10.2017 | XI ZR 555/16 | Keine Anwendung von § 218 Abs. 1 Satz 1 BGB auf das Recht, die auf Abschluss eines Verbraucherdarlehensvertrags gerichtete Willenserklärung zu widerrufen | 2259 |

Gesellschaftsrecht

EuGH 18.7.2017 Rs. C-566/15 Zur Vereinbarkeit von Art. 45 AEUV mit einer mitgliedstaatlichen Regelung, wonach die bei den inländischen Betrieben eines Konzerns beschäftigten Arbeitnehmer das aktive und passive Wahlrecht bei den Wahlen der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat der in diesem Mitgliedstaat ansässigen Muttergesellschaft des Konzerns verlieren 2261

Bundesgerichtshof 10.10.2017 II ZR 375/15* Zur Befugnis des Notars, die notarielle Niederschrift über die Hauptversammlung einer AG zu berichtigen; zu den Anforderungen an die Niederschrift über die Abstimmung; kein Verbrauch der gerichtlichen Ermächtigung zur Einberufung einer Hauptversammlung, wenn die dort gefassten Beschlüsse aufgrund eines formellen Einberufungsmangels nichtig sind 2263

Insolvenzrecht und Zwangsvollstreckung

Bundesgerichtshof 29.6.2017 I ZB 60/16 Zur Bindung des Insolvenzverwalters an eine vom Schuldner in einem Geschäftsbesorgungsvertrag vereinbarte Schiedsklausel ungeachtet der Bestimmung des § 116 InsO 2271

Bundesgerichtshof 12.10.2017 IX ZR 288/14* Zu den Voraussetzungen, unter denen ein in einem Grundstückskaufvertrag zugunsten des Verkäufers für den Insolvenzfall vereinbartes Rücktrittsrecht nicht gläubigerbenachteiligend ist; Gläubigerbenachteiligung durch die Verpflichtung des Schuldners zur unentgeltlichen Rückübertragung im Falle des Rücktritts; zum Inhalt des dann in Betracht kommenden Anfechtungsanspruchs 2274

Bücherschau

Nikolaus Paschos/Holger Fleischer (Hrsg.) Handbuch Übernahmerecht nach dem WpÜG, 1. Aufl. 2279
Rezensent: Univ.-Prof. Dr. Carl-Heinz Witt, LL.M. (Georgetown Univ.), Erfurt

Die mit ♦ gekennzeichneten Entscheidungen des BGH sind zum Abdruck in der amtlichen Sammlung vorgesehen.

Nicht amtliche Leitsätze zu Entscheidungen des BGH sind kursiv gesetzt. Leitsätze zu Entscheidungen der Instanzgerichte sind überwiegend durch den Einsender oder die Redaktion verfasst.

Die mit einem * gekennzeichneten Entscheidungen sind zur Veröffentlichung und Besprechung in der Entscheidungssammlung zum Wirtschafts- und Bankrecht (WuB) vorgesehen.

Nur soweit der Redaktion bis zur Drucklegung die Rechtskraft einer instanzgerichtlichen Entscheidung mitgeteilt worden ist, wird dies im Anschluss an das Aktenzeichen vermerkt. Ein fehlender Rechtskrafthinweis muss daher nicht bedeuten, dass die Entscheidung nicht rechtskräftig geworden ist.

Redaktion: Rechtsanwalt Dr. Christopher Kienle, Frankfurt am Main; Professor Dr. Tobias Lettl, LL.M. (EUR), Universität Potsdam; Rechtsanwalt Dr. Helmut Merkel, Frankfurt am Main; Arne Wiltig, Essen; Rechtsanwalt Dr. Andreas Lange, Frankfurt am Main (presserechtlich verantwortlicher Redakteur)

Redaktionsbeirat: Rechtsanwalt Thorsten Höche, Chefsyndikus des Bundesverbandes deutscher Banken e.V., Berlin (Vorsitzender); Rechtsanwältin Dr. Anna Heidelbach, Leiterin der Rechtsabteilung der DZ-Bank AG, Frankfurt a. M.; Professor Dr. Dr. Dr. h.c. mult. Klaus J. Hopt, Direktor am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht a.D., Hamburg; Dr. Hans-Ulrich Joeres, Richter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Ilse Lohmann, Richterin am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Professor Dr. Peter O. Mühlert, Direktor des Instituts für Internationales Recht des Spar-, Giro- und Kreditwesens an der Johannes Gutenberg-Universität, Mainz

Verlag: Herausbergemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Keppler, Lehmann GmbH & Co. KG, Postfach 11 09 32, 60044 Frankfurt a. M., Düsseldorf Straße 16, 60329 Frankfurt a. M.; Geschäftsführung: Ernst Padberg (Vorsitzender), Torsten Ulrich, Dr. Jens Zinke

Telefon Redaktion: Dr. Andreas Lange (0 69) 27 32-164, E-Mail: a.lange@wmrecht.de; Lektorat: Heike Wietelmann (0 69) 27 32-172, E-Mail: H.Wietelmann@wmrecht.com; Sekretariat: Sylvia Mahler (0 69) 27 32-188, E-Mail: s.mahler@wmrecht.de

Anzeigen: Ralf Becker (0 69) 27 32-553, E-Mail: r.becker@wmrecht.de; Vertrieb/Nachbestellungen: (0 69) 27 32-142; Telefax (0 69) 23 26 85

Druck: mt druck Walter Thiele GmbH & Co. KG, Carl-Friedrich-Gauß-Straße 6, 63263 Neu-Isenburg, Telefon (0 61 02) 30 77 0.

Bei Einzelbezug des Teils IV der WERTPAPIER-MITTEILUNGEN beträgt der Abonnementpreis monatlich € 94,90 (einschl. 7 % MwSt. € 6,21) + € 7,45 Versandkostenzuschlag (einschl. € -,49 MwSt.). Auslandsbezug ohne Mehrwertsteuer + € 9,10 Versandkostenzuschlag. Für Mitglieder der ARGE Bank- und Kapitalmarktrecht gibt es für die Dauer des Fachanwaltslehrgangs einen Rabatt von 50 % auf den Abonnementpreis.

Im Preis inbegriffen sind die jährlichen zwei Einbanddecken.

Bei Nichtbelieferung infolge höherer Gewalt oder infolge von Arbeitskämpfen bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Abbestellungen nur zum Quartalsende bei dreiwöchiger Kündigungsfrist.

©2017 Herausbergemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN, Frankfurt am Main – ISSN 0342-6971

Urheber- und Verlagsrechte: Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Urheberschutz besteht auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und deren Leitsätze, soweit sie vom Einsender oder der Redaktion erarbeitet oder redigiert worden sind. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Manuskripte: Die Übersendung eines Manuskripts beinhaltet die Erklärung, dass der Verfasser den Beitrag oder einen Beitrag mit gleichem Gegenstand nicht zeitnah anderweitig anbietet. Für unverlangt eingereichte Manuskripte übernehmen Verlag und Redaktion keine Haftung. Mit der Annahme zur Veröffentlichung erwirbt der Verlag vom Verfasser alle Rechte, insbesondere das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts und die Befugnis zur Einspeicherung in eine Datenbank sowie das Recht zur weiteren Vervielfältigung zu gewerblichen Zwecken im Wege eines photomechanischen oder eines anderen Verfahrens.

Hinweise für Autoren unter www.wertpapiermitteilungen.de

WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Teil IV

Aufsätze

| | |
|---|------|
| <i>Schneider, Dr. Winfried-Thomas</i> Beipackzettel mit Nebenwirkungen: Rechtliche Probleme der PRIIP-Verordnung | 1429 |
| <i>Günther, Prof. Dr. Dirk-Carsten</i> Die „Erstentdeckertheorie“ des BGH – Zugleich Anmerkung zum Urteil des BGH vom 12. 7. 2017 (IV ZR 151/15) VersR 2017, 1076 – | 1435 |
| <i>Zurlinden, Dr. Martin</i> Zur ärztlichen Aufklärungspflicht vor relativ indizierten medizinischen Eingriffen | 1438 |
| <i>Klotz, Dr. Marius</i> Zum „Wiederherstellen“ eines internationalen Gerichtsstands am Beispiel der Wohnsitzklage des Geschädigten aus Art. 13 Abs. 2 EuGVVO | 1441 |
| Bücher | 1445 |
| Literaturhinweise | 1446 |



Rechtsprechung

Versicherungsvertragsrecht**Sämtliche Versicherungsweige**

| | | |
|---|--|------|
| OLG Düsseldorf 10. 3. 2017 (I-4 U 191/15) | Zurechnung von Arglist des Versicherungsmaklers zum beauftragenden VN | 1449 |
|---|--|------|

Krankheitskostenversicherung

| | | |
|--|---|------|
| OLG Karlsruhe 13. 10. 2017 (12 U 107/17) | Unwirksame Beschränkung der Kostenerstattung für künstliche Befruchtung auf verheiratete Paare | 1453 |
| LG Dortmund 18. 5. 2017 (2 O 200/15) | Beginn einer kieferorthopädischen Heilbehandlung | 1457 |

Rechtsschutzversicherung

| | | |
|--------------------------------|--|------|
| BGH 27. 9. 2017 (IV ZR 385/15) | Ablauf der Ausschlussfrist zur Geltendmachung des Rechtsschutzanspruchs | 1458 |
|--------------------------------|--|------|

Hausratversicherung

| | | |
|---|--|------|
| LG Ansbach 14. 3. 2017 (3 O 837/16 Ver) | Abgrenzung von Raub und Trickdiebstahl | 1459 |
|---|--|------|

Wohngebäudeversicherung

| | | |
|--------------------------------------|--|------|
| OLG Dresden 6. 6. 2017 (4 U 1721/16) | Ausgleichsanspruch des Gebäudeversicherers gegen Haftpflichtversicherer des Mieters bei Brand einer vom Mieter genutzten Sauna | 1460 |
|--------------------------------------|--|------|

Haftungsrecht**Aufrechnung**

| | | |
|-------------------------------|--|------|
| BGH 14. 9. 2017 (VII ZR 3/17) | Stillschweigender Ausschluss der Aufrechnung bei Vereinbarung eines Sicherheitseinbehalts für Mängelrechte des Bestellers | 1462 |
|-------------------------------|--|------|

Darlehen

| | | |
|--------------------------------|---|------|
| BGH 16. 5. 2017 (XI ZR 430/16) | Verjährung von Schadensersatzansprüchen des Darlehensnehmers wegen fehlerhafter Aufklärung | 1463 |
|--------------------------------|---|------|

Kausalität

| | | |
|------------------------------------|---|------|
| OLG Hamm 20. 10. 2016 (6 U 170/14) | Kein Beweis einer Unfallkausalität durch Arztdiagnose | 1465 |
|------------------------------------|---|------|

Kfz-Kaufvertrag

| | | |
|----------------------------------|---|------|
| BGH 26. 4. 2017 (VIII ZR 233/15) | Beschränkung eines Gewährleistungsausschlusses auf Sachmängel bei Zusicherung der Freiheit von Rechtsmängeln | 1466 |
|----------------------------------|---|------|

Unterhaltsschaden

OLG Köln 26. 7. 2017 (11 U 16/17) Feststellung der Ersatzpflicht für zukünftige Unterhaltsschäden 1468

Verjährung

BGH 27. 9. 2017 (VIII ZR 99/16) **Keine Hemmung der Verjährung von Ansprüchen aus Garantievertrag durch gerichtliche Geltendmachung von Gewährleistungsansprüchen** 1470

OLG Düsseldorf 11. 7. 2017 (I-1 U 167/16) Verjährung des Anspruchs auf Prozesszinsen 1472

Werkvertrag

BGH 20. 4. 2017 (VII ZR 194/13) **Kein Anspruch des Auftragnehmers auf angemessene Entschädigung bei witterungsbedingter Unterbrechung der Bauausführung** 1474

Wettbewerbsrecht

Werbung

BGH 1. 12. 2016 (I ZR 143/15) **Werbung mit Verzicht auf Zuzahlung gesetzlich Versicherter bei Hilfsmitteln** 1476

Prozessrecht

Internationale Zuständigkeit

EuGH 20. 7. 2017 (Rs C-340/16) **Arbeitgeber einer im Ausland verunfallten Person kann als „Geschädigter“ im Inland gegen ausländischen Kfz-Haftpflichtversicherer klagen** 1481
mit Anmerkung: *Prof. Dr. Peter Mankowski*

Streitwert

OLG Köln 15. 8. 2017 (9 U 179/16) Wert eines Vergleichs bei Mitversicherung 1486

Sozialversicherungsrecht

Rückgriff des SVT

BGH 25. 7. 2017 (VI ZR 433/16) **Beginn der Verjährung von Regressansprüchen des SVT** 1486

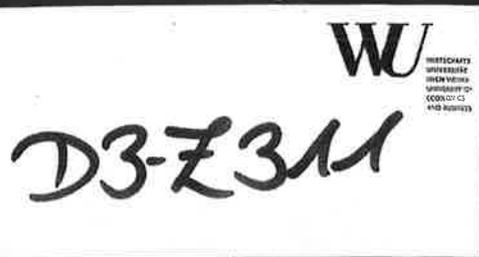
Auslandsrecht (Österreich)

Unfallversicherung

OGH 15. 2. 2017 (7 Ob 210/16 g) Auslegung der in der Gliedertaxe enthaltenen Klausel „Hand im Handgelenk“ 1490



**magazin
computer
technik**



9. 12. 2017 **26**

**Apple CarPlay vs.
Android Auto**

Mit AMD Ryzen oder Intel Core i-8000

Der optimale PC

Vom sparsamen Allrounder bis zum High-End-Rechner
Vier Bauvorschläge ab 650 Euro

**IM
TEST**

- iPhone X gegen die Android-Elite
- Fritzbox 6890 LTE
- Kalibrierbare Viewsonic-Displays
- Android-Tablets von 150 bis 570 Euro

Test und Praxis: Auro, Atmos, DTS:X

3D-Sound daheim: Besser als Kino

Raspi: Anmeldeseite für offenes WLAN

Dateitypen verwalten unter Windows

Galileo: Exklusiv aus dem Sat-Labor

Heimliche Keylogger im Web

Browser-Vergleich • Add-on-Umstieg meistern

Das Firefox-Comeback

Firefox 57: Neue Engine, viel Datenschutz, höhere Performance



€ 4,90
AT € 5,40 | LUX, BEL € 5,70
NL € 5,90 | IT, ES € 6,20
CHF 7,10 | DKK 54,00



Inhalt 26/2017

Trends & News

- 12 Heimliche Keylogger im Web**
- 14** Online-Banking mit TAN-Apps
- 16** China Hi-Tech Fair: Produkte von süß bis gruselig
- 20** Münchens Rückfall von Linux auf Windows wird zum Millionengrab
- 21** Sicherheit
- 22** Intel Management Engine: Sicherheitslücken in vielen Systemen
- 23** Hardware
- 24** Server & Storage
- 26** Netze
- 27** Informatikstudium: Sinkende Zahlen von Einschreibungen
- 28** Linux
- 28** Leichtere Linux-Container in Windows
- 30** Android
- 32** Apple
- 34** Unternehmens-Anwendungen
- 35** Internet
- 36** Technische Software
- 40** Anwendungen
- 176** Web-Tipps

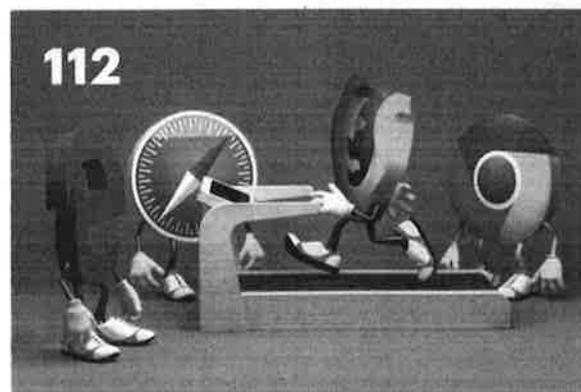
Test & Kaufberatung

- 42** 15,6"-Notebook Dell Inspiron 7570 mit Core i5-8250U
- 44** **Fritzbox 6890 LTE**
- 45** Breitband-WLAN-Router Phicomm K3C
- 46** Desktop-PC mit AMD Ryzen von Aldi
- 46** DVB-T2-HD-Receiver mit Freenet Connect
- 48** Fitnessband Samsung Gear Fit 2 Pro
- 50** **Kalibrierbare Viewsonic-Displays**
- 52** Datenstecker für die OBD2-Schnittstelle: ThinxNet Tanktaler
- 54** MicroSD-Speicherkarte mit 400 GByte: SanDisk Ultra microSDXC
- 54** Smarter Lautsprecher mit Sprachassistent: Amazon Echo Show

- 55** Weboberfläche für Linux-Server: Cockpit
- 56** Raw-Bearbeitung und Bild-Looks: ON1 Photo Raw 2018
- 57** Hausautomations-Schaltzentrale auf Python-Basis: Home Assistant
- 58** Screenshot-Tool: TechSmith Snagit 2018
- 59** Optische Medien und deren Verpackungen bedrucken: CD/DVD-Druckerei 8.50 SP5
- 90** **Android-Tablets von 150 bis 570 Euro**
- 100** **iPhone X gegen die Android-Elite**
- 128** **3D-Sound daheim: Besser als Kino**
- 134** AV-Receiver für Dolby Atmos und DTS:X im Vergleich
- 142** **Apple CarPlay vs. Android Auto**
- 178** Spielekritik
- 182** Buchkritik

Wissen

- 60** Vorsicht, Kunde: Anschluss stillgelegt, Kunde soll weiter zahlen
- 62** **Galileo: Exklusiv aus dem Sat-Labor**
- 112** **Das Firefox-Comeback**
- 114** Chrome, Edge, Firefox und Safari im Vergleich



Das Firefox-Comeback

Die Mozilla Foundation feiert Firefox 57 als die Wiedergeburt ihres Browsers. Lesen Sie, was sich beim großen Update alles verändert hat, wie sich Firefox im Vergleich mit der Konkurrenz schlägt, welche Erweiterungen es gibt und wie Sie selbst Add-ons programmieren.

66



Der optimale PC

Stellen Sie sich Ihren Wunsch-PC aus unseren vier Bauvorschlägen zusammen. Zur Auswahl stehen effiziente Allrounder, ein günstiger Gaming-Rechner und eine luxuriöse High-End-Maschine. Außerdem bekommen Sie Tipps zur Auswahl des richtigen Prozessors, der passenden Hardware und zum Zusammenbau.

- 120 Erweiterungen für Chrome, Firefox, Edge und Safari
- 124 Add-ons für (fast) alle gängigen Browser programmieren
- 158 Recht: Wie gemeinnützig ist das Konferieren über freie Software?
- 170 Das technische Innenleben von Notebooks
- 172 Mit Pygame „Lasershows“ programmieren

Praxis & Tipps

- 66 Der optimale PC
- 74 Bauvorschlag für einen effizienten Allround-Rechner mit Intel Core i5-8400
- 78 Leistungsfähiger Desktop-PC mit AMD Ryzen 7 1700
- 80 Günstiger Gaming-PC für Full-HD
- 84 High-End-PC mit AMD Ryzen Threadripper 1950X

- 88 Handreichungen zum PC-Selbstbau
- 146 Musik im Browser produzieren
- 150 Interne Domains: Auswahl und Einstellung
- 154 Raspi: Anmeldeseite für offenes WLAN
- 160 Tipps & Tricks
- 163 FAQ: LTE
- 164 Dateitypen verwalten unter Windows
- 168 Windows: Software-Pakete für unbeaufsichtigte Installation erstellen

Rubriken

- 3 Editorial: Aus Schaden wird man reich
- 6 Leserforum
- 11 Schlagseite
- 184 Story: Station Null – Quader von Arno Endler
- 195 Seminare
- 196 Stellenmarkt
- 200 Inserentenverzeichnis
- 201 Impressum
- 202 Vorschau



3D-Sound daheim: Besser als Kino

In den eigenen vier Wänden lässt sich heute mit überschaubarem Aufwand ein Rundum-Sound erschaffen, der den vieler Kinos in den Schatten stellt – wenn die Anlage optimal auf den Raum abgestimmt ist. Wir vergleichen 3D-Sound-Formate, testen Einmessautomatiken und helfen Ihnen bei der Installation.

BKR Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht



Herausgegeben von: Paul Assies, Rechtsanwalt, Köln
Dr. Heiko Beck, Rechtsanwalt, Frankfurt am Main
Dr. Helmut Bruchner, Rechtsanwalt, München
Prof. Dr. Petra Buck-Heeb, Hannover
Dr. Jürgen Ellenberger, Richter am BGH, Karlsruhe
Dr. Markus Escher, Rechtsanwalt, München
Prof. Dr. Dr. Stefan Grundmann, LL.M., Berlin
Prof. Dr. Mathias Habersack, München
Dr. Uwe Jahn, Rechtsanwalt, Frankfurt am Main
Ralf Josten, LL.M., Rechtsanwalt, Köln
Prof. Dr. Jens Koch, Bonn
Prof. Dr. Hans-Michael Kreppold, Gauting
Dr. Volker Lang, Rechtsanwalt, Bonn

Prof. Dr. Katja Langenbucher, Frankfurt
Klaus M. Löber, Rechtsanwalt, Frankfurt am Main
Dr. Rainer Metz, Bundesministerium für Verbraucherschutz,
Ernährung und Landwirtschaft, Berlin
Dr. h.c. Gerd Nobbe, Vorsitzender Richter am BGH a.D., Karlsruhe
Prof. Dr. Andreas Pfungsten, Münster
Dr. Patrick Rösler, Rechtsanwalt, Heidelberg
Prof. Dr. Frank A. Schäfer, LL.M., Rechtsanwalt, Düsseldorf
Hartmut Strube, Rechtsanwalt, Düsseldorf
Dr. Hanno Teuber, Rechtsanwalt, Frankfurt
Dr. Jürgen Vortmann, Rechtsanwalt, Cloppenburg
Dr. Wolfgang Weitnauer, M.C.L., Rechtsanwalt, München
Dr. Stefan Werner, Rechtsanwalt, Frankfurt am Main

11/2017, Seite 441–484, 15. Jahrgang



Inhalt

Aufsätze

- Wiss. Mitarb.
Martin Gerding
- Die Ungleichbehandlung der betroffenen Anleger als Folge einer Produktintervention nach Art. 42 MiFIR** 441
- Der Beitrag nimmt Bezug auf die von der BaFin am 8.5.2017 erlassene Allgemeinverfügung zur Beschränkung der Vermarktung, des Vertriebs und des Verkaufs von finanziellen Differenzgeschäften (DFDs) mit Nachschusspflicht an Privatkunden und untersucht das dadurch entstehende Problem der Ungleichbehandlung solcher Anleger, die ihre Finanzinstrumente bereits vor einer entsprechenden Interventionsverfügung erworben haben. Für diese Fälle werden sowohl zivilrechtliche Lösungsmöglichkeiten geprüft als auch die Möglichkeit eines behördlichen Produktrückrufs erörtert.
- RA und Notar
Dr. Frank-Holger Lange
- Bürgschaft und Verjährung** 447
- Die Wirkung einer Verjährungseinrede des Bürgen bei rechtskräftiger Verurteilung des Hauptschuldners, mithin die verjährungsrechtlichen Wechselwirkungen zwischen Hauptschuld und Bürgenschuld wurden bisher häufig kontrovers diskutiert. Mit seiner Entscheidung vom 14.6.2016 (Az.: XI ZR 242/15, BKR 2016, 414) hat der BGH diese Diskussion zunächst beendet. Der Aufsatz beschäftigt sich mit dem aktuellen Stand der Rechtsprechung und Literatur zur Verjährungsproblematik in Bürgschaftsverhältnissen und unterzieht die entsprechende Entscheidung des Bundesgerichtshofes einer kritischen Würdigung mit am Ende positivem Resümee.
- RA Dr. Tobias B. Lühmann
- Zur Berücksichtigung der Kapitalertragsteuer in der widerrufsbedingten Rückabwicklung von Verbraucherdarlehensverträgen – Zugleich Anmerkung zu BGH, Urteile vom 25.4.2017, Az. XI ZR 573/15 und Az. XI ZR 108/16** 450
- Der Beitrag befasst sich mit den praktischen Auswirkungen zweier aktueller BGH Entscheidungen (Az.: XI ZR 573/15 und Az.: XI ZR 108/16), welche die bisher bei der widerrufsbedingten Rückabwicklung von (Immobilien-)Verbraucherdarlehensverträgen nach §§ 375 Abs. 1 Satz 1 i. V.m. 346ff. BGB a. F. aufgetretenen Grundsatzfragen umfassend klären. In den vorbezeichneten Entscheidungen hat der BGH die Regeln der Rückabwicklung weitergehend präzisiert und durch Konkretisierung der Voraussetzungen für die Berücksichtigung von Steuern bei der Rückabwicklung mehr Rechtssicherheit für Darlehensgeber geschaffen.

Rechtsprechung

Kreditrecht

| | | | |
|---------|--------------------------|---|-----|
| BGH | 4.7.2017 – XI ZR 562/15 | Zur Unwirksamkeit einer Klausel zur Geltendmachung von Bearbeitungsentgelten bei Darlehen an Unternehmen mit Anmerkung von RiLG Dr. Kilian Servais, Bochum und mit Anmerkung von RA Dr. Philipp Lammeyer/wiss. Mitarb. Jan Singbartl, beide München | 454 |
| BGH | 25.4.2017 – XI ZR 573/15 | Aus Zins- und Tilgungsleistungen gezogene Nutzungen des Darlehensgebers | 464 |
| BGH | 25.4.2017 – XI ZR 108/16 | Aufrechnung gegen eine Hauptforderung der Bank mit einer Gegenforderung auf Herausgabe der von der Bank gezogenen Nutzungen aus Zins- und Tilgungsleistungen | 468 |
| BGH | 4.4.2017 – II ZR 179/16 | Umfang der Verdrängungswirkung der Überleitungsvorschrift des Art. 229 § 9 Abs. 1 EGBGB | 470 |
| LG Köln | 8.6.2017 – 15 O 428/16 | Verwirkung eines Widerrufsrechts | 472 |

Kapitalmarktrecht

| | | | |
|------|-------------------------|---|-----|
| EuGH | 14.6.2017 – C-678/15 | Zur Frage, ob die Vermittlung einer Finanzportfolioverwaltung als Abschlussvermittlung zu qualifizieren ist | 476 |
| BGH | 9.5.2017 – II ZR 344/15 | Keine Haftung von Altgesellchaftern einer Publikumsgesellschaft | 479 |
| BGH | 4.3.2017 – I ZR 227/15 | Umbuchungen von Ausschüttungen eines stillen Gesellschafters | 481 |

Beilagenhinweis

Mit dieser Ausgabe verbreiten wir folgende Beilagen:

Erich Schmidt Verlag GmbH & Co.KG, Verlag Dr. Otto Schmidt KG und Verlag C.H.BECK.

Wir bitten unsere Leser um Beachtung!



ISSN 1617-7223

BKR – Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht

Redaktion:

RA Dr. Volker Lang (Verantwortlicher Redakteur im Sinne des Presserechts)
Redaktionsassistentin: Claudia Baumanns
Poppelsdorfer Allee 64, 53115 Bonn
Telefon: (02 28) 24 26 26-0
Telefax (02 28) 24 26 26-26
E-Mail bkr@beck.de

Manuskripte: Manuskripte sind an die Redaktion zu senden. Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigefügt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag C.H.BECK an seinem Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht zur Aufnahme in Datenbanken, das Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht zu deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur

sonstigen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Anzeigenabteilung: Verlag C.H.BECK, Anzeigenabteilung, Wilhelmstraße 9, 80801

München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München.
Media-Beratung: Telefon (089) 3 81 89-687, Telefax (089) 3 81 89-589.
Disposition, Herstellung Anzeigen, technische Daten: Telefon (089) 3 81 89-603, Telefax (089) 3 81 89-599, E-Mail anzeigen@beck.de
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Bertram Götz.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Tel.: (089) 3 81 89-0, Telefax: (089) 3 81 89-3 98, Postbank München IBAN: DE82 7001 0080 0006 2298 02, BIC: PBNKDEFFXXX. Der Verlag ist oHG. Gesellschafter sind Dr. Hans Dieter Beck und Dr. h. c. Wolfgang Beck, beide Verleger in München.

Erscheinungsweise:
Monatlich.

Bezugspreise 2017: Jährlich 415,- € (inkl. MwSt.). Einzelheft: 40,50 € (inkl. MwSt.). Versandkosten jeweils zuzüglich. Die Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn eines Bezugszeitraumes. Nicht eingegangene Exemplare können nur innerhalb von 6 Wochen nach dem Erscheinungstermin reklamiert

werden. Jahrestelei und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Bestellungen über jede Buchhandlung und beim Verlag.

KundenServiceCenter:
Telefon: (089) 3 81 89-750,
Telefax: (089) 3 81 89-358.
E-Mail: kundenservice@beck.de

Abbestellungen müssen 6 Wochen vor Jahresende erfolgen.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an.

Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Postdienst-Datenschutzverordnung: Bei Adressenänderung des Beziehers kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeantrag gestellt ist. Hiergegen kann der Bezieher innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieses Heftes beim Verlag widersprechen.

Druck: NOMOS Druckhaus, In den Lissen 12, 76547 Sinzheim.

Inhalt

Aufsätze

Philipp Windeknecht, Maître en droit (Paris) /
Dipl.-Kfm. Tim Junginger

**Praxisfragen zum Transparenzregister sowie
zur Neufassung des § 40 GmbHG – der Teufel steckt
im Detail — 551**

Dr. iur. Roman Jordans, LL.M. (NZ)
(Un-)Zulässige Bankentgelte – Aktueller Stand — 560

Rechtsprechung

Europäische Gerichtsbarkeit
EuGH, Urteil vom 6. 7. 2017 – Rs. C-245/16 – Nerea
Staatliche Beihilfen — 567

Arbeitsgerichtsbarkeit
BAG, Urteil vom 27. 7. 2017 – 6 AZR 801/16
**Altersteilzeit – Insolvenzgeld – Differenz-
vergütung — 571**

BAG, Beschluss vom 1. 8. 2017 – 9 AZB 45/17
Rechtsweg für Solo-Selbstständige — 577

Finanzgerichtsbarkeit
BFH, Urteil vom 10. 5. 2017 – I R 19/15
**Mindestlaufzeit eines Gewinnabführungsvertrags
bei körperschaftsteuerrechtlicher Organschaft — 579**

BFH, Urteil vom 10. 5. 2017 – I R 51/15
**Anerkennung einer körperschaftsteuerrechtlichen
Organschaft — 582**

BFH, Urteil vom 31. 5. 2017 – I R 54/15
**Haftung der Organgesellschaft bei mehrstufiger
Organschaft — 585**

BFH, Urteil vom 23. 8. 2017 – I R 52/14
**Anwendung des sog. Sanierungserlasses auch nicht auf
bis zum 8. 2. 2017 vollzogene Altfälle — 586**

BFH, Urteil vom 23. 8. 2017 – X R 38/15
**Anwendung des sog. Sanierungserlasses auch nicht auf
bis zum 8. 2. 2017 vollzogene Altfälle — 590**

Zivilgerichtsbarkeit
BGH, Beschluss vom 13. 7. 2017 – V ZB 136/16
**Grundbuchlicher Insolvenzvermerk bei Auflösung
einer GbR — 591**

BGH, Urteil vom 21. 9. 2017 – IX ZR 40/17
**Wirkungen der Verstrickung im Insolvenz-
verfahren — 595**

OLG Düsseldorf, Beschluss vom 19. 7. 2017 – I-3 Wx 171/16
**Anmeldung eines grenzüberschreitenden Form-
wechsels — 597**

Veranstaltungen — 599

Nachrichten — 600



Inhaltsverzeichnis

Die erste Seite

Schutz deutscher Unternehmen gegen Abwanderung in das Nicht-EU-Ausland
Dr. Menno Aden, Essen

Aufsätze:

Vertragsstrafen und pauschalierter Schadensersatz im angelsächsischen Rechtskreis
Professor Dr. Wolfgang Fritzemeyer, LL.M., Rechtsanwalt, und Eva Kriechbaumer, LL.M., beide München 777

Die jüngste Reform des Arbeitsrechts in Frankreich
Judith Adam-Caumeil, Avocat à la Cour/
Rechtsanwältin, Paris 786

Prorogation drittstaatlicher Gerichte und Anwendungsvorrang der EuGVVO
Dr. Felix Berner, Wiss. Mitarbeiter, Tübingen 792

Die Anerkennung und Vollstreckbarerklärung von ausländischen Gerichtsentscheidungen und Schiedssprüchen in Kenia
Michael Wietzorek, Rechtsanwalt/Avocat à la Cour, Luxemburg 799

Länderreporte:

Länderreport Thailand
Markus Schlüter 804

Länderreport Türkei
Dr. Gökçe Uzar Schüller 808

Internationales Wirtschaftsrecht:

EuGH: Niederlassungsfreiheit – zulässige Umwandlung in ausländische Gesellschaft durch Verlegung des satzungsmäßigen Sitzes
(25. 10. 2017 – Rs. C-106/16) 810

EuGH: EuGVVO – Deliktgerichtsstand bei Schadenersatzklage eines Unternehmens gegen ausländische Betreiber einer Internetseite
(17. 10. 2017 – Rs. C-194/16) 815

EuGH: Vertikale Direktwirkung von EU-Richtlinien ggf. auch gegen privatrechtlich organisierte Rechtsträger (10. 10. 2017 – Rs. C-413/15) 818

EuGH: Klage auf Feststellung der eingetragenen Markeninhaberschaft – keine Anwendung der EuGVVO (5. 10. 2017 – Rs. C-341/16) 822

EuGH: Pflichtangaben zu Steuern, Gebühren etc. im Flugverkehr – zulässige Nichtigerklärung von AGB (6. 7. 2017 – Rs. C-290/16) 822

BGH: Haftung wegen fehlerhafter Brustimplantate (22. 6. 2017 – VII ZR 36/14) 825

BAG: Staatenimmunität – Zuständigkeit der deutschen Arbeitsgerichtsbarkeit und Günstigkeitsvergleich im arbeitsvertraglichen IPR (21. 3. 2017 – 7 AZR 207/15) 826

Internationales Steuerrecht und Zollrecht:

EuGH: Auslegung des DBA-Österreich infolge Schiedsklausel – Definition der Forderungen mit Gewinnbeteiligung i. S. d. DBA (12. 9. 2017 – Rs. C-648/15) 837

EuGH: Datenschutz und Bekämpfung von Steuerbetrug – Zulässigkeit eines notwendigen Vorverfahrens vor Klageerhebung (27. 9. 2017 – Rs. C-73/16) 840

EuGH: Mehrwertsteuerregistrierung – zulässige Sicherheitsleistung wegen rückständiger Steuerschuld einer anderen Gesellschaft (26. 10. 2017 – Rs. C-534/16) 849

EuGH: Voraussetzungen einer Mehrwertsteuerbefreiung wegen innergemeinschaftlicher Lieferung (26.7.2017 – Rs. C-386/16) 852

Rubriken:

RIW-Impressum S. IV

Geschäftsführung: Angela Wisken (Sprecherin), Peter Esser, Markus Gotta, Peter Kley, Holger Knapp, Sönke Reimers

Leitender Redakteur: Dr. Roland Abele

Ständige Mitarbeiter: Prof. Dr. Klaus Peter Berger, LL.M., Köln; Prof. Dr. Christoph Graf von Bernstorff, Bremen; Prof. Dr. Rolf Birk, Trier; Prof. Dr. Gerardo Broggin, Mailand; Prof. Dr. Gudula Deipenbrock, Berlin; Prof. Dr. Dres. h. c. Werner F. Ebke, LL.M., Heidelberg; Prof. Dr. Horst Eidenmüller, LL. M., München; Prof. Dr. Holger Fleischer, LL.M., Hamburg; Prof. Dr. Stephan R. Göthel, LL.M., Hamburg; Prof. Dr. Jan von Hein, Freiburg i. Br.; Prof. Dr. Abbo Junker, München; Prof. Dr. Peter Kindler, München; Christian Klein, Paris; Prof. Dr. Georg E. Kodek, LL.M., Wien; Prof. Dr. Herbert Kronke, Heidelberg; Prof. Dr. Ulrich Magnus, Hamburg; Prof. Dr. Peter Mankowski, Hamburg; Prof. Dr. Hanno Merkt, LL.M., Freiburg i. Br.; Prof. Dr. Christoph G. Paulus, Berlin; Prof. Dr. Thomas Pfeiffer, Heidelberg; Prof. Dr. Dörte Poelzig, M. jur., Passau; Prof. Dr. Otto Sandrock †, LL.M., Münster; Prof. Dr. Dr. h. c. Rolf A. Schütze, Stuttgart; Prof. Dr. Dr. Peter Sester, St. Gallen; Prof. Dr. Kurt Siehr, Hamburg; Prof. Dr. iur. Dipl. oec. Gerald Spindler, Göttingen; Prof. Dr. Rolf Stürner, Freiburg i. Br.; Klaus Vorpeil, Mainz; Prof. Dr. Bernd Waas, Frankfurt a. M.; Jürgen Wagner, LL.M., Konstanz/Zürich/Vaduz; Dr. Stephan Wilske, LL.M., Stuttgart.

| | | |
|---------------------------|-------------|--|
| Editorial | 1233 | |
| Inhaltsverzeichnis | 1235 | |
| Im Fokus | 1236 | Wege zum Beruf: Wo und was studieren? Erfahrungsberichte aus Absolventensicht |

| | | |
|-------------------|-------------|---|
| IDW Intern | 1248 | Im Gespräch mit Prof. Dr. Joachim Schindler und Ingmar Rega |
| | 1251 | Aus den Fachgremien |
| | 1254 | Standpunkte |
| | 1255 | Blick nach innen/außen |

| | | |
|----------------------------|-------------|------------------------|
| IDW Veranstaltungen | 1259 | Veranstaltungsbericht |
| | 1262 | Veranstaltungskalender |

| | | |
|--------------------|-------------|---|
| IDW Service | 1264 | Zahlen aus der Wirtschaft |
| | 1265 | Die fachliche Frage |
| | 1266 | Rechtsprechung |
| | 1268 | Das IDW stellt sich vor / Ansprechpartner |

| | | |
|---|-------------|----------------------------|
| Verlautbarungen & Fachliche Hinweise | 1269 | IDW Fachnachrichten |
|---|-------------|----------------------------|

Impressum IDW Life und IDW Fachnachrichten

Herausgeber und Verlag
Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V.

Tersteegenstr. 14, 40474 Düsseldorf
Postfach 32 05 80, 40420 Düsseldorf
Tel.: (0211) 45 61-0, Fax: (0211) 4 54 10 97
www.idw.de, info@idw.de

ISSN 2365-0303

V. i. S. d. P.
WP StB Prof. Dr. Klaus-Peter Naumann,
Sprecher des Vorstands

Redaktion
Dipl.-Kfm. Dr. Karl Heinz Armeloh (verantw.),
Dipl.-Volksw. Cornelia Schrage (verantw.),
RAin Annette Schmid, E-Mail: schrage@idw.de

Abdruck, auch auszugsweise, nur mit
Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Erscheinungstag:
Immer zum 8. des Monats.

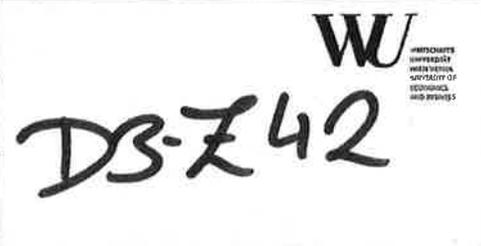
Anzeigen- und Beilagenaufträge
IDW Verlag GmbH
Jochen Kolb
Tersteegenstraße 14, 40474 Düsseldorf
Tel.: (0211) 4516-151, Fax: (0211) 4561-88-151
E-Mail: kolb@idw-verlag.de

Anzeigenpreise
Zurzeit gelten die Preise & Bedingungen der
Mediadaten 2017. Zeichenschluss: 14 Tage
vor Erscheinen.

Bezugspreise
Der Bezugspreis für ein Exemplar je Nummer ist im Mit-
gliedsbeitrag enthalten. Zusatzexemplare je Nummer 4,- Euro
zuzüglich Mehrwertsteuer.

Bildrechte
Titel u. S. 1236: ©istock.com/Rawpixel; S. 1234 und S. 1348:
©fotolia.com/kasto; S. 1239: ©istock.com/gilaxia; S. 1244:
©istock.com/franckreporter; S. 1247: ©istock.com/baona;
S. 1251 u. S. 1254: ©fotolia.com/scusi; S. 1255, 1256, 1257, 1259,
1260 u. S. 1261: ©Studio Schmidt-Dominé; S. 1255: ©istock.
com/jamesjames2541; S. 1259 u. S. 1266: ©istock.com/A-Digit;
S. 1261: ©Frank Rossmann; S. 1264: ©istock.com/antoniokhr;
S. 1265: ©istock.com/mustafahacalaki; S. 1268, links: ©istock.
com/AndreyPopov; S. 1268, Mitte: ©istock.com/Emir
Memedovski; S. 1268, rechts: ©istock.com/OJO_Images.

Druck:
Bagel Security-Print GmbH & Co. KG, Mönchengladbach



Oktober 2017 / Nr. 7, Seiten 345–404



Aufsätze

- 347 Geschlechterklauseln in Gesellschaftsverträgen und verfassungsrechtliche Diskriminierungsverbote
Walter Berka
- 357 Kann ein Delisting rechtsmissbräuchlich sein?
Vedran Obradović

Judikatur

- 363 Einlagenrückgewähr: Bezahlung einer nicht vereinbarten Wertsicherung ist nicht fremdüblich (OGH)
- 365 Treuepflichtverletzung durch kreditschädigende Äußerungen eines Gesellschafters (OGH)
- 366 Keine Haftung der GmbH für Schulden ihrer Gesellschafter (OGH)
- 367 Geschäftsführerhaftung für Zahlungen nach Insolvenzreife der Gesellschaft (OGH)

Firmenbuch-Praxis

- 371 Anmeldung einer Änderung der für Zustellungen maßgeblichen Geschäftsanschrift durch einen Wirtschaftstreuhandler als Vertreter

Angrenzendes Steuerrecht

- 373 Mittelstandsfinanzierungsgesellschaftengesetz 2017
Gerhild Bednar
- 385 Allgemeine Missbrauchsvermutung bei Drittstaatsgesellschaft innerhalb der Beteiligungskette verstößt gegen Mutter-Tochter-Richtlinie (EuGH)
- 389 Ergebniszurechnung im Fall der Änderung des Gruppenträgers bei abweichenden Bilanzstichtagen in der Unternehmensgruppe (VwGH)
- 393 KEST-Pflicht einer Forstwirtschaft eines kirchlichen Stifts (VwGH)

Herausgeber: Heinz Krejci†, Friedrich Ruffler, Lukas Fantur, Georg Kofler, Sebastian Bergmann

INHALT

EDITORIAL

- 345 BMF: Neuer Einlagenrückzahlungs- und Innenfinanzierungserlass veröffentlicht

AUFSÄTZE

- 347 Geschlechterklauseln in Gesellschaftsverträgen und verfassungsrechtliche Diskriminierungsverbote
Walter Berka
- 357 Kann ein Delisting rechtsmissbräuchlich sein?
Vedran Obradović

JUDIKATUR

- 363 Einlagenrückgewähr: Bezahlung einer nicht vereinbarten Wertsicherung ist nicht fremdüblich
OGH 29.08.2017, 6 Ob 240/16m
- 365 Treupflichtverletzung durch kreditschädigende Äußerungen eines Gesellschafters
OGH 26.09.2016, 6 Ob 215/16k
- 366 Keine Haftung der GmbH für Schulden ihrer Gesellschafter
OGH 29.08.2017, 6 Ob 113/17m
- 367 Geschäftsführerhaftung für Zahlungen nach Insolvenzreife der Gesellschaft
OGH 26.09.2017, 6 Ob 164/16k

FIRMENBUCH-PRAXIS

- 371 Anmeldung einer Änderung der für Zustellungen maßgeblichen Geschäftsanschrift durch einen Wirtschaftstreuhandler als Vertreter
Wilhelm Birnbauer

ANGRENZENDES STEUERRECHT

AUFSÄTZE

- 373 Mittelstandsfinanzierungsgesellschaftengesetz 2017
Gerhild Bednar

JUDIKATUR

- 385 Allgemeine Missbrauchsvermutung bei Drittstaatsgesellschaft innerhalb der Beteiligungskette verstößt gegen Mutter-Tochter-Richtlinie
EuGH 7. 9. 2017, C-6/16, Ejiom und Enka
(Anmerkung von Michael Denk)
- 389 Ergebniszurechnung im Fall der Änderung des Gruppenträgers bei abweichenden Bilanzstichtagen in der Unternehmensgruppe
VwGH 26. 7. 2017, Ro 2016/13/0007 (vorgehend BFG 16. 12. 2015, RV/7101949/2011)
(Anmerkung von Lukas Allram / Erik Pinetz)
- 393 KESt-Pflicht einer Forstwirtschaft eines kirchlichen Stifts
VwGH 13. 9. 2017, Ro 2016/13/0024 (vorgehend BFG 17. 6. 2016, RV/7100302/2013)
(Anmerkung von Bernhard Renner)

SERVICETEIL

- 398 Rezensionen
- 400 Bücherliste
- 402 Autorensseiten
- 403 Impressum

INHALT

Aufsätze

Horst Langel

Kosten bei eigenhändigem und notariellem Testament und bei transmortaler/postmortaler Vollmacht

3617

In der Praxis der Testamentsberatung tritt oft die Frage auf, ob es günstiger ist, zur Vermeidung der Notarkosten auf die Beurkundung zu verzichten und ein eigenhändiges (privatschriftliches) Testament zu errichten. Der Beitrag beantwortet die Frage mit Sicht auf die übrigen Kosten, die im Verlauf der Abwicklung einer Nachlasssache anfallen.

Tade Matthias Spranger

Bestattungspflicht für Diamanten?

3622

Im Bestattungswesen gibt es ein neues Phänomen: So genannte Erinnerungsdiamanten, bei denen die Asche des Verstorbenen in einen Diamanten umgewandelt wird. Dabei stellen sich zahlreiche Rechtsfragen, etwa ob eine Bestattungspflicht nur für die Restasche oder auch für die Diamanten selbst anzunehmen ist.

Zur Rechtsprechung

Eva-Maria Kieninger

Niederlassungsfreiheit als Freiheit der nachträglichen Rechtswahl (EuGH, NJW 2017, 3639)

3624

Bericht

Barbara Grunewald

Die Entwicklung des anwaltlichen Berufsrechts im Jahr 2017

3627

Forum



Franz C. Mayer

Die Europäische Union als Rechtsgemeinschaft

3631

Buchbesprechungen

Kindhäuser / Neumann / Paeffgen: Strafgesetzbuch (Matthias Jahn)

3638

NJW-aktuell

| | | | | | |
|---|---|---|-----------------|--------------------------------|---------|
| Editorial | 3 | Interview | 12 | Report | 20 |
| Gibt es Vernunft im Unterhaltsrecht? | | Senioren hinter Gittern | | Leistungsstörungen beim | |
| W. Born | | E. Albeck | | Wahrsager-Vertrag | J. Jahn |
| Agenda | 6 | Forum | 14 | Rubrikenmarkt | 29 |
| Meldungen / Kolumne | 7 | Schuldet Deutschland Polen | | web.report | 32 |
| Gesetzgebung | 8 | Reparationen? | K. v. d. Decken | Stellenmarkt | 33 |
| Rechtsprechung in Kürze | 8 | Haftungsseite | 16 | Beck'sche Zeitschriften | 38 |
| Entscheidung der Woche | 9 | Umfang mandantengerechter | | Buchhinweise | 40 |
| | | Beratung | S. Kuske | Veranstaltungshinweise | 42 |
| | | Wissenschaft & Hochschule | 18 | Heftvorschau/Impressum | 44 |
| | | Leistung soll wieder „in“ werden | | | |
| | | J. Jahn | | | |

INHALT

Rechtsprechung

Europäische Gerichte

EuGH 25.10.17 – C-106/16
Rechtswidrige Pflicht zur Auflösung der Gesellschaft vor Sitzverlegung 3639

Verfassungsgerichte

BVerfG 10.10.17 – 1 BvR 2019/16
Verfassungsrechtlicher Schutz der geschlechtlichen Identität (Anm. S. L. Gössl) 3643

BVerfG 09.05.17 – 2 BvR 335/17
Vollstreckung von Ordnungshaft am Vorstand einer AG im Insolvenzverfahren (Ls.) 3648

Zivilgerichte

BGH 12.09.17 – XI ZR 590/15
Unwirksame Entgeltbestimmungen im Preis- und Leistungsverzeichnis einer Sparkasse (Anm. K.-M. Hingst) 3649

BGH 23.06.17 – V ZR 175/16
Beweislast des Erstehers für Besitz an Gegenständen in ersteigertem Objekt (Anm. J. Fritzsche) 3656

BGH 27.09.17 – IV ZR 385/15
Ausschlussfrist in der Rechtsschutzversicherung (Anm. C. Armbrüster) 3658

BGH 17.05.17 – VII ZR 36/15
Gebot der Auseinandersetzung mit Privatgutachten 3661

BGH 27.09.17 – XII ZB 420/16
Keine erneute Pauschalvergütung des Verfahrensbeistands nach Zurückverweisung 3663

OLG München 23.06.17 – 10 U 4540/16
Haftung des Hundehalters für Fahrradunfall 3664

OLG Koblenz 29.09.17 – 14 W 452/17
Keine Bindung des Prozessvergleichs ohne Parteizustimmung bei Kostenfestsetzung 3666

Strafgerichte

BGH 27.07.17 – 3 StR 57/17
Leichenschändung als Kriegsverbrechen – Syrienkonflikt (Anm. K. Ambos) 3667

Verwaltungsgerichte

VGH Mannheim 18.07.17 – 10 S 1216/17
Umtausch eines gefälschten Führerscheins eines Drittstaats in eine EU-Fahrerlaubnis 3673

VGH Mannheim 19.09.17 – 1 S 1975/17
Kein Wegfall des Nutzungsentgelts für Obdachlosenunterkunft bei behaupteten Mängeln (Ls.) 3674

Arbeitsgerichte

BAG 23.08.17 – 10 AZR 859/16
Pfändbarkeit tarifvertraglicher Zulagen 3675

BAG 17.05.17 – 7 AZR 301/15
Entstehung eines unbefristeten Arbeitsverhältnisses durch Änderungsvereinbarung (Ls.) 3678

Finanzgerichte

BFH 27.06.17 – IX R 37/16
Nutzung zu eigenen Wohnzwecken auch bei Zweit- und Ferienwohnungen 3679

BFH 26.07.17 – III R 18/16
Bindende Entscheidung ausländischer Behörden zum Kindergeld (Ls.) 3680

Mit NJW-Jubiläumsquiz: NJW-aktuell S. 15



Inhaltsverzeichnis

Beiträge

Univ.-Prof. Dr. Andreas Piekenbrock, wiss. Mitarbeiter Daniel Rodi und wiss. Mitarbeiter Eric Abfalg, Heidelberg
Der „SEPA-Lastschriftwiderspruch“ in der Insolvenz des Zahlungsempfängers – terra incognita 2281

Rechtsanwälte Sebastian Tusch, LL.M. (Wellington), Dr. Doris-Maria Schuster, Frankfurt a. M., und
Dr. Julia Herzberg, Düsseldorf
Die Institutsvergütungsverordnung 3.0 2289

Rechtsprechung

Bankrecht und Kapitalmarktrecht

Bundesgerichtshof 9.11.2017 III ZR 610/16 Zur Auskunfts- und Rechenschaftspflicht eines Mittelverwendungskontrolleurs gegenüber den Anlegern eines geschlossenen Filmfonds 2296

Bundesgerichtshof 19.10.2017 IX ZR 79/16* Keine Befugnis des Erwerbers eines mit einem Grundpfandrecht belasteten Grundstücks, der aus der Grundschuld in Anspruch genommen wird, Einreden aus dem Sicherungsvertrag zu erheben, wenn der Rückgewähranspruch nicht auf ihn übertragen worden ist 2299

Bundesgerichtshof 19.10.2017 IX ZR 3/17* Keine Verfügung des Vollstreckungsschuldners über das Pfändungsschutzkonto durch den vergeblichen Versuch einer Barabhebung; zur Anrechnung von Verfügungen des Schuldners über sein pfandfreies Guthaben, wenn noch ein Restguthaben aus dem Vormonat besteht 2303

Bundesgerichtshof 17.10.2017 XI ZR 419/15* Zur Frage, an welchem Tag die Verfügung des Inhabers eines Pfändungsschutzkontos erfolgt, wenn er am letzten Tag des Monats, einem Samstag, an einem Bankautomaten einen Geldbetrag abhebt; zur Anrechnung von Verfügungen des Schuldners über sein pfandfreies Guthaben, wenn noch ein Restguthaben aus dem Vormonat besteht 2306

Bundesgerichtshof 17.10.2017 XI ZR 157/16* Zur Inhaltskontrolle der formularmäßigen Bestimmung einer laufzeitunabhängigen „Kostenbeteiligung“ in einem Darlehensvertrag bei Gewährung des Darlehens zu einem unter Marktpreisniveau liegenden Zins (Abgrenzung zu BGHZ 209, 71 Rdn. 47 = WM 2016, 699) 2308

Gesellschaftsrecht

Bundesgerichtshof 26.9.2017 II ZB 27/16 Kein einheitlicher Beurkundungsgegenstand, wenn die Beurkundung der Gesellschafterversammlungen von zwei GmbHs, in denen jeweils die Zustimmung zur Aufhebung von Unternehmensverträgen mit derselben Alleingesellschafterin beschlossen wird, in einer Niederschrift erfolgt 2312

Bundesgerichtshof 17.10.2017 KZR 24/15 Mangel der Form der Übernahmeerklärung nach der Eintragung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister nicht mehr mit Erfolg zu rügen; zur schwebenden Unwirksamkeit des Verstoßes eines Rechtsgeschäfts gegen das Vollzugsverbot unter der Geltung von § 41 Abs. 1 GWB in der Fassung der 7. GWB-Novelle 2314

Insolvenzrecht und Zwangsvollstreckung

Bundesgerichtshof 11.10.2017 VII ZB 53/14*

Entbehrlichkeit einer Bezifferung des pfändungsfreien Betrags in einem Beschluss gemäß § 850k Abs. 3 ZPO, wenn dies erforderlich ist, um eine gleichmäßige Befriedigung des Gläubigers und gleichrangiger weiterer Unterhaltsberechtigter zu erreichen 2317

Bundesgerichtshof 14.9.2017 IX ZR 3/16*

Zur Vorsatzanfechtung gegenüber einem Zahlungsmittler 2319

Bundesgerichtshof 12.10.2017 IX ZR 50/15

Zahlungseinstellung des tatsächlich nur zahlungsunwilligen Schuldners, wenn er ein nach außen hervortretendes Verhalten zeigt, in dem sich typischerweise ausdrückt, dass er nicht in der Lage ist, seine fälligen Zahlungspflichten zu erfüllen 2322

Bundesgerichtshof 12.10.2017 IX ZR 267/16*

Anspruch auf Verzugszinsen in gesetzlicher Höhe bei verzögerter Freigabe eines hinterlegten Geldbetrages; Fortführung von BGHZ 167, 268 = WM 2006, 1291 2324

Bücherschau

Carsten Berrar/Andreas Meyer/Cordula Müller/York Schnorbus/Bernd Singhof/Christoph Wolf (Hrsg.)

WpPG und EU-ProspektVO

Rezensent: Dr. Stefan L. Pankoke, Maître en droit (Aix-en-Provence), Zürich

2328

Die mit ♦ gekennzeichneten Entscheidungen des BGH sind zum Abdruck in der amtlichen Sammlung vorgesehen.

Nicht amtliche Leitsätze zu Entscheidungen des BGH sind kursiv gesetzt. Leitsätze zu Entscheidungen der Instanzgerichte sind überwiegend durch den Einsender oder die Redaktion verfasst.

Die mit einem * gekennzeichneten Entscheidungen sind zur Veröffentlichung und Besprechung in der Entscheidungssammlung zum Wirtschafts- und Bankrecht (WuB) vorgesehen.

Nur soweit der Redaktion bis zur Drucklegung die Rechtskraft einer instanzgerichtlichen Entscheidung mitgeteilt worden ist, wird dies im Anschluss an das Aktenzeichen vermerkt. Ein fehlender Rechtskrafthinweis muss daher nicht bedeuten, dass die Entscheidung nicht rechtskräftig geworden ist.

Redaktion: Rechtsanwalt Dr. Christopher Kienle, Frankfurt am Main; Professor Dr. Tobias Lett, LL.M. (EUR), Universität Potsdam; Rechtsanwalt Dr. Helmut Merkel, Frankfurt am Main; Arne Wittig, Essen; Rechtsanwalt Dr. Andreas Lange, Frankfurt am Main (presserechtlich verantwortlicher Redakteur)

Redaktionsbeirat: Rechtsanwalt Thorsten Höche, Chefsyndikus des Bundesverbandes deutscher Banken e.V., Berlin (Vorsitzender); Rechtsanwältin Dr. Anna Heidebach, Leiterin der Rechtsabteilung der DZ-Bank AG, Frankfurt a. M.; Professor Dr. Dr. Dr. h.c. mult. Klaus J. Hopt, Direktor am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht a.D., Hamburg; Dr. Hans-Ulrich Joeres, Richter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Ilse Lohmann, Richterin am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Professor Dr. Peter O. Mülbner, Direktor des Instituts für Internationales Recht des Spar-, Giro- und Kreditwesens an der Johannes Gutenberg-Universität, Mainz

Verlag: Herausgebergemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Keppler, Lehmann GmbH & Co. KG, Postfach 11 09 32, 60044 Frankfurt a. M.; Düsseldorf Straße 16, 60329 Frankfurt a. M.; Geschäftsführung: Ernst Padberg (Vorsitzender), Torsten Ulrich, Dr. Jens Zinke

Telefon Redaktion: Dr. Andreas Lange (0 69) 27 32-164, E-Mail: a.lange@wmrecht.de; Lektorat: Heike Wietelmann (0 69) 27 32-172, E-Mail: H.Wietelmann@wmrecht.com; Sekretariat: Sylvia Mahler (0 69) 27 32-188, E-Mail: s.mahler@wmrecht.de

Anzeigen: Ralf Becker (0 69) 27 32-553, E-Mail: r.becker@wmrecht.de; Vertrieb/Nachbestellungen: (0 69) 27 32-142; Telefax (0 69) 23 26 85

Druck: mit Druck Walter Thiele GmbH & Co. KG, Carl-Friedrich-Gauß-Straße 6, 63263 Neu-Isenburg, Telefon (0 61 02) 30 77 0.

Bei Einzelbezug des Teils IV der WERTPAPIER-MITTEILUNGEN beträgt der Abonnementpreis monatlich € 94,90 (einschl. 7 % MwSt. € 6,21) + € 7,45 Versandkostenzuschlag (einschl. € -,49 MwSt.). Auslandsbezug ohne Mehrwertsteuer + € 9,10 Versandkostenzuschlag. Für Mitglieder der ARGE Bank- und Kapitalmarkt gibt es für die Dauer des Fachanwaltslehrgangs einen Rabatt von 50 % auf den Abonnementpreis.

Im Preis inbegriffen sind die jährlichen zwei Einbanddecken.

Bei Nichtbelieferung infolge höherer Gewalt oder infolge von Arbeitskämpfen bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Abbestellungen nur zum Quartalsende bei dreiwöchiger Kündigungsfrist.

©2017 Herausgebergemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN, Frankfurt am Main – ISSN 0342-6971

Urheber- und Verlagsrechte: Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Urheberschutz besteht auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und deren Leitsätze, soweit sie vom Einsender oder der Redaktion erarbeitet oder redigiert worden sind. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Manuskripte: Die Übersendung eines Manuskripts beinhaltet die Erklärung, dass der Verfasser den Beitrag oder einen Beitrag mit gleichem Gegenstand nicht zeitnah anderweitig anbietet. Für unverlangt eingereichte Manuskripte übernehmen Verlag und Redaktion keine Haftung. Mit der Annahme zur Veröffentlichung erwirbt der Verlag vom Verfasser alle Rechte, insbesondere das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts und die Befugnis zur Einspeicherung in eine Datenbank sowie das Recht zur weiteren Vervielfältigung zu gewerblichen Zwecken im Wege eines photomechanischen oder eines anderen Verfahrens.

Hinweise für Autoren unter www.wertpapiermitteilungen.de

WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Teil IV

38. Jahrgang
Heft 48
1. Dezember 2017

Herausgeber:

RA Dr. Bruno M. Kübler
(Geschäftsführender Herausgeber)
Prof. Dr. Reinhard Bork
Prof. Dr. Wolfgang Lücke
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Hanns Prütting
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Karsten Schmidt

Herausgeberbeirat:

Prof. Dr. Holger Altmeyden
Vors. Richter am BGH a. D. Prof. Dr. A. Bergmann
Prof. Dr. Georg Bitter
Prof. Dr. Moritz Brinkmann
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. C.-W. Canaris
Prof. Dr. Ulrich Ehrlicke
Prof. Dr. Horst Eidenmüller
Prof. Dr. Dr. h. c. Holger Fleischer
Prof. Dr. Walter Gerhardt
RA Dr. Burkard Göpfert
Vors. Richter am BGH a. D. Prof. Dr. W. Goette
MinDir. Marie Luise Graf-Schlicker
Prof. Dr. Mathias Habersack

Prof. Dr. Dr. h. c. Wolfram Henckel
Prof. Dr. Florian Jacoby
RA/StB Dr. Günter Kahlert
Vors. Richter am BGH Prof. Dr. G. Kayser
RA Dr. Bernd Klasmeyer
Prof. Dr. Lars Klöhn
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Marcus Lutter
Prof. Dr. Christoph G. Paulus
Vors. Richter am BGH a. D. Dr. h. c. V. Röhrich
Prof. Dr. Carsten Schäfer
Prof. Dr. Christoph Thole
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Peter Ulmer
RA Prof. Dr. Friedrich Graf von Westphalen

Inhaltsverzeichnis

ZIP-aktuell

| | | |
|--|------|---------|
| EuGH zur wöchentlichen Ruhezeit für Arbeitnehmer | A 93 | Nr. 352 |
| BGH zum PayPal-Käuferschutz | A 93 | Nr. 353 |
| BGH: Zahlungseinstellung bei tatsächlich nur gegebener Zahlungsunwilligkeit | A 93 | Nr. 354 |
| BGH: EuGH-Vorlage zur Angabe einer Telefonnummer im Online-Handel | A 93 | Nr. 355 |
| BGH zur Abrechnung der Beurkundung von GmbH- Gesellschafterversammlungen | A 94 | Nr. 356 |
| BFH: Anwaltpflicht zur Angabe mandatsbezogener Daten zu Umsatzsteuerzwecken | A 94 | Nr. 357 |
| BAG: Weitergeltung von kirchlichem Arbeitsrecht nach Betriebsübergang | A 94 | Nr. 358 |

Aufsätze

| | | |
|---|---|------|
| <i>Hans Gerhard Ganter, Weil der Stadt</i> | Das Sicherheitenpool-Syndrom und sein „Heilungsprozess“ | 2277 |
| <i>Sönke Gödeke Sebastian Jördening, Düsseldorf</i> |  Auskunftspflichten kommunaler Unternehmen im Lichte der aktuellen Rechtsprechung zur Energiewirtschaft | 2284 |

Rechtsprechung

Bank- und Kreditsicherungsrecht

| | | | |
|-----|-------------------------------|--|------|
| BGH | 19. 10. 2017 – IX ZR 3/17 | Zu Verfügungen des Vollstreckungsschuldners über sein P-Konto | 2290 |
| BGH | 17. 10. 2017 – XI ZR 419/15 + | Barabhebung an Geldautomat als maßgeblicher Zeitpunkt für Verfügung von P-Konto | 2292 |

Internet

zip-online.de: Volltexte ab Heft 1/1980 mit komfortabler Suchfunktion und zitierfähigen Fundstellen – für ZIP-Abonnenten kostenfrei

Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht

| | | | |
|----------------------|--|--|------|
| BGH | 17. 10. 2017 – KZR 24/15 | Heilung eines Mangels der Form der Übernahmeerklärung durch Eintragung der Kapitalerhöhung im Handelsregister („ConsulTrust“) | 2295 |
| BFH | 15. 3. 2017 – I R 67/15 + | Ertragszuschuss als organschaftliche Mehrabführung | 2298 |
| OLG Celle | 8. 11. 2017 – 9 W 86/17 | Gerichtliche Bestellung eines Sonderprüfers bei der VW AG wegen des Abgasskandals | 2301 |
| AG Charlottenburg | 6. 10. 2017 – HRA 42783 B-A-844170/2017 | Keine Anmeldung der Änderung der inländischen Geschäftsanschrift einer Personenhandelsgesellschaft zur Eintragung im Handelsregister durch Einzelprokuristen | 2303 |

Vertrags- und Haftungsrecht

| | | | |
|-----|--------------------------------|--|------|
| BGH | 19. 10. 2017 – III ZR 565/16 + | Aufklärungspflicht von Anlagevermittler und -berater über Vertriebsprovisionen von über 15 % des einzubringenden Kapitals unter Einbeziehung des Agios | 2304 |
| BGH | 12. 10. 2017 – III ZR 254/15 | Keine Angabe der genauen Höhe der Kosten bei den Zielfonds im Prospekt eines Private-Equity-Dachfonds | 2309 |

Insolvenz- und Sanierungsrecht

| | | | |
|--------------|-----------------------------|---|------|
| BGH | 16. 11. 2017 – IX ZR 260/15 | Opt-in-Beschluss der Anleihegläubiger auch noch nach Insolvenzeröffnung möglich (m. Anm. <i>Christoph Thole</i>) | 2312 |
| BGH | 29. 6. 2017 – I ZB 60/16 | Bindung des Insolvenzverwalters an Schiedsklausel in Geschäftsbesorgungsvertrag des Schuldners | 2317 |
| LAG Mainz | 19. 6. 2017 – 3 TaBV 3/17 | Honorarforderung eines Einigungsstellenvorsitzenden als Masseverbindlichkeit | 2320 |
| BFH | 28. 6. 2017 – XI R 23/14 + | Zur Umsatzsteuerbefreiung für Umsätze der ambulanten Pflege – Organschaft bei Bestellung eines vorläufigen Insolvenzverwalters (LS) | 2323 |

Verfahrens- und Vollstreckungsrecht

| | | | |
|------|---|--|------|
| BGH | 25. 1. 2017 – VIII ZR 257/15 | Internationale Zuständigkeit aufgrund Gerichtsstandsklausel in Textform ohne Unterschrift aller Vertragsschließenden | 2324 |
| EuGH | 14. 9. 2017 – verb. Rs C-168/16 C-169/16 | Zur internationalen Zuständigkeit in Arbeitssachen bei fliegendem Personal („Nogueira u. a.“) (LS) | 2328 |
| BGH | 13. 4. 2017 – III ZR 277/16 | Entschädigung wegen unangemessener Verfahrensdauer auch bei erkennbar aussichtsloser Klage (LS) | 2328 |



Die Aktiengesellschaft



Zeitschrift für deutsches, europäisches und internationales Aktien-, Unternehmens- und Kapitalmarktrecht

Herausgeber:

Prof. Dr. Heinz-Dieter Assmann, LL.M., Universität Tübingen, E-Mail: assmann@uni-tuebingen.de · Prof. Dr. Mathias Habersack, Universität München, E-Mail: mathias.habersack@jura.uni-muenchen.de

in Verbindung mit VorsRiBGH Prof. Dr. Ingo Drescher, Karlsruhe · Prof. Dr. Volker Emmerich, Bayreuth · RA Dr. Stephan Harbarth, LL.M., Mannheim · Prof. Dr. Jens Koch, Bonn · Prof. Dr. Hans-Joachim Mertens, Königstein · Prof. Dr. Dr. h.c. Uwe H. Schneider, Mainz/Frankfurt a.M. · RA Prof. Dr. Jochen Vetter, München · Prof. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Zöllner, Tübingen

Ständige Mitarbeiter AG-Report:

RA Prof. Dr. Michael Arnold, Stuttgart · Prof. Dr. Walter Bayer, Jena · Dipl.-Verw. Wiss. Marianne Gajo, Spai-chingen · Dr. Thomas Ledermann, Hamburg · Dr. Franz-Josef Leven, Frankfurt a.M. · Dr. Stefan Mai, Frankfurt a.M. · RA Dr. Stefan Mutter, Düsseldorf · Markus Rieger, Wolfratshausen · WP Prof. Dr. Eberhard Scheffler, Hamburg · Dipl.-Vw. Christoph Schlienkamp, Düsseldorf · Andreas Schmidt, München · Prof. Dr. Dr. h.c. Uwe H. Schneider, Mainz/Frankfurt a.M. · RA In Daniela Weber-Rey, LL.M., Frankfurt a.M. · RA Dr. Jochen Weck, München

Steuer-Journal:

Streck Mack Schwedhelm, Rechtsanwälte/Fachanwälte für Steuerrecht, Köln/Berlin/München

Inhalt

die-aktiengesellschaft.de

Aufsätze

RA Sebastian Meul / RA Dr. Jörg Ritter – Die verborgenen Lücken des Freigabeverfahrens – Warum der Gesetzgeber jetzt tätig werden muss
Der Beitrag zeigt auf, dass angesichts zweier obergerichtlicher Entscheidungen aus jüngerer Zeit Lücken in dem gesetzlichen System des Freigabeverfahrens offenbar geworden sind. Unabhängig voneinander haben das OLG Frankfurt und das OLG Düsseldorf die Durchführung eines Freigabeverfahrens mit Blick auf Aktionärsklagen, die sich nicht unmittelbar gegen einen Hauptversammlungsbeschluss richten, für unstatthaft erklärt. Dies birgt die Gefahr, dass es zu einer faktischen Registersperre kommt, die *de lege lata* kaum zu überwinden ist. 841

Dr. Sascha Stiegler, LL.M. – Grenzüberschreitender Formwechsel: Zulässigkeit eines Herausformwechsels – Die Polbud-Entscheidung und ihre Konsequenzen

Seit der liberalen Rechtsprechung des EuGH spielt der grenzüberschreitende Formwechsel in Form einer Satzungssitzverlegung ins Aus- bzw. Inland in der Praxis eine immer bedeutendere Rolle. An einer ausdrücklichen Bestätigung eines solchen Herausformwechsels in einen anderen EU-Mitgliedstaat durch den EuGH fehlte es bislang jedoch. Diese Lücke sollte durch die Polbud-Entscheidung geschlossen werden und dabei insbesondere die wichtige Frage geklärt werden, inwiefern eine sog. isolierte Satzungssitzverlegung von der Niederlassungsfreiheit umfasst ist. Der Beitrag analysiert die seit kurzem vorliegende Entscheidung und leitet praktische Konsequenzen aus ihr ab. Zudem wird aufgezeigt, dass vor allem im Hinblick auf eine isolierte Satzungssitzverlegung der EuGH keine abschließende Klarheit schaffen konnte. 846

Steuer-Journal

RA FASIR Prof. Dr. Burkhard Binnewies – Aktuelles zum Sanierungsgewinn 853



Neueste Urteile im Gesellschaftsrecht – 1 Stunde Online-Seminar gem. § 15 FAO! Jetzt buchen:
www.otto-schmidt.de/telelex.

Inhalt

Rechtsprechung

| | | |
|---|--|-----|
| Grenzüberschreitende Sitzverlegung einer Kapitalgesellschaft, Verstoß gegen die Niederlassungsfreiheit | (EuGH, Ur. v. 25.10.2017 – Rs. C-106/16, ECLI:EU:C:2017:804) | 854 |
| Bestandskraft einer Fehlerfeststellung im Enforcement-Verfahren der BaFin | (OLG Frankfurt, Beschl. v. 9.8.2016 – WpÜG 1/16, WpÜG 2/16) | 859 |
| Zeitpunkt der Beendigung einer Einpersonen-Vor-AG, Vermögensübergang auf den Gründer | (OLG München, Ur. v. 9.8.2017 – 7 U 2663/16)..... | 866 |
| Zusammensetzung des Aufsichtsrats in internationalen Konzernen, Aussetzung von Statusverfahren bei EuGH-Vorlage | (OLG München, Beschl. v. 20.2.2017 – 31 Wx 321/15)..... | 869 |
| Vertragliche Beziehungen einer Aktiengesellschaft zu Dritten im Rahmen einer Kapitalerhöhung | (LAG Hessen, Ur. v. 7.4.2017 – 14 Sa 303/16)..... | 870 |

AG Report**Rechts-Report | Anlegerschutz**

| | |
|---|------|
| Außenhaftung der Anleger bei „Liquiditätsausschüttungen“ von Kommanditgesellschaften (<i>Johannes Schumacher</i>) | R364 |
|---|------|

Rechts-Report | Neues aus Brüssel

| | |
|---|------|
| EU-Kommission veröffentlicht Arbeitsprogramm für das Jahr 2018 (<i>Jochen Clausnitzer</i>) | R365 |
| Europäische Kommission konkretisiert Pläne zur Einführung von EU-Sammelklagen (<i>Jochen Clausnitzer</i>) | R366 |

Kapitalmarkt-Report | Börse

| | |
|--|------|
| Eurex verbessert Marktstruktur (<i>Stefan Mai</i>) | R366 |
| Clearstream startet Bond Connect-Service (<i>Stefan Mai</i>) | R366 |
| EEX kooperiert mit chinesischer Umweltbörse (<i>Marianne Gajo</i>) | R367 |
| ETF-Segment an der Wiener Börse gestartet (<i>Marianne Gajo</i>) | R367 |
| Schweizer Börse bietet Lösung für Rückforderung von Quellensteuer (<i>Marianne Gajo</i>) | R367 |
| CME Group und JPX planen Topix-Futures in Chicago (<i>Marianne Gajo</i>) | R367 |
| Nasdaq und Börse Singapur kooperieren bei dualen Listing (<i>Marianne Gajo</i>) | R367 |
| ICE verkauft Trayport an TMX Group (<i>Marianne Gajo</i>) | R368 |
| Nasdaq Dubai kooperiert mit DFM und Börse Abu Dhabi bei Index-Futures (<i>Marianne Gajo</i>) | R368 |

Branchen- und Unternehmens-Report | Branchen-Nachrichten

| | |
|--|------|
| Beschäftigung in der ITK-Branche wächst (<i>Marion Müller</i>) | R369 |
| Die wirtschaftliche Lage der deutschen Druckindustrie im Oktober 2017 (<i>Marion Müller</i>) | R369 |
| Wirtschaftliche Entwicklung der chemisch-pharmazeutischen Industrie (<i>Marion Müller</i>) | R370 |

**Perfekte Verbindung.**

Die Synthese aus Aktienrecht und Kapitalmarktrecht im Handbuch börsennotierte AG – ganzheitlich dargestellt, praxisorientiert und natürlich topaktuell!

Bestellen Sie jetzt unter otto-schmidt.de/fms4

Inhalt

Branchen- und Unternehmens-Report | Jahresabschlüsse

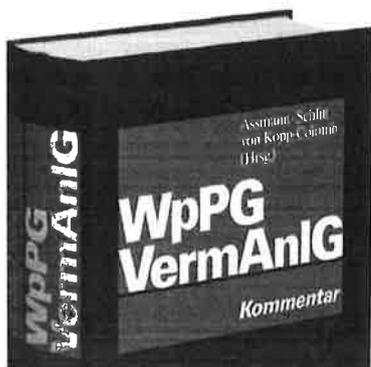
| | |
|--|------|
| CTS Eventim AG & Co. KGaA – Konzernabschluss zum 31.12.2016 (Christoph Schlienkamp)..... | R370 |
| GEA Group AG – Konzernabschluss zum 31.12.2016 (Christoph Schlienkamp)..... | R372 |

Bibliothek

| | |
|--|------|
| Neuerscheinungen (Barbara Lange)..... | R373 |
| Zeitschriftenspiegel (Katharina Melkko)..... | R373 |



Perfekt! So checken
Profis den Prospekt.



otto-schmidt.de/alr3

Neuerscheinung mit
Premiumanspruch.



otto-schmidt.de/hs

Inhalt

und zum Vertragstyp (III.). Letztlich bleiben die „Windungen“ zur Leistung des Anbieters und Mitwirkung des Kunden (IV.) sowie zum höchststrich-
terlichen Verständnis von Wartung und Pflege (V.). 708

Daten und Sicherheit

Aufsätze

Gerald Spindler – Haftung der Geschäftsführung für IT-Sachverhalte – Die Verantwortung für spezifische IT-Fragen und Compliance bei Da-
tenschutz und IT-Sicherheit mit besonderem Blick auf die Haftung der Organe

Der Beitrag unternimmt eine Tour d'horizon zur Haftung der Geschäftsleitung in Bereichen der IT, wozu zunächst die allfälligen Grundlagen der
Sorgfaltspflichten (I.) und der Legalitätspflicht (II.) des Vorstands skizziert werden, in deren Rahmen die spezifischen IT-Fragen erörtert werden.
Sodann werden die Fragen der Compliance (III.) behandelt, etwa im Bereich Datenschutz oder IT-Sicherheit. Umgekehrt ist auch danach zu fra-
gen, inwiefern die neuen Informationstechnologien die Organhaftung verschärfen können (IV.). Schließlich ist ein kurzer Blick auf die Außenhaf-
tung der Organe zu werfen (V.). 715

Niko Härting – Kundendaten beim Unternehmenskauf nach DSGVO – Die Notwendigkeit einer Einwilligung des Kunden bei Asset Deals

Mit dem Tatbestand „berechtigter Interessen“ nach Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. f DSGVO besteht nach der DSGVO kein Zweifel an einer Rechtmäßigkeit
der Datenübertragung. Das neue Widerspruchsrecht des Kunden nach Art. 21 DSGVO sowie das Recht zum jederzeitigen Widerruf einer Einwil-
ligung (Art. 7 Abs. 4 DSGVO) sind ausreichende Korrektive, um zu verhindern, dass der Kunde bei einem „Asset Deal“ nicht die Kontrolle über
„seine Daten“ verliert. 724

Internet und E-Commerce

Aufsätze

Robert Schippel – Handeln mit virtuellen Gütern in Online-Games kein Glücksspiel – Eine kritische Auseinandersetzung mit der Legalde-
finition des Glücksspiels

Fischer (CR 2014, 587 ff.) hat erstmals die Frage geprüft, ob der Handel mit virtuellen – insbesondere funktionellen – Gütern glücksspielrechtlich
relevant ist. Unter Berücksichtigung der Vorfrage, ob und inwieweit Online-Games als reine Geschicklichkeitsspiele dem Glücksspielrecht entzogen
wären, analysiert der Beitrag die Tatbestandsvoraussetzungen der Legaldefinition des Glücksspiels in § 3 GlüStV und sieht beim Handeln mit virtu-
ellen Gütern im Regelfall auf Basis des Angebots des jeweiligen Online-Games keine glücksspielrechtliche Dimension gegeben. 728

Telekommunikation und Medien

Aufsätze

Tobias Franz / Paetrick Sakowski – Die TMG-Novelle 2017 und ihre Vereinbarkeit mit dem Unionsrecht – Gewährleisten Netzsperrern (anstel-
le der Störerhaftung) einen europarechtskonformen Interessenausgleich zwischen Rechteinhabern, Anschlussbetreibern und Nutzern? ^{§15 FAO}

Anlässlich der TMG-Novelle 2017 stellt der Beitrag zunächst die jüngere Rechtsentwicklung der Störerhaftung (I.) und den Inhalt der TMG-Novelle
2017 (II.) dar und untersucht sodann die Frage ihrer Vereinbarkeit mit dem Unionsrecht (III.). 734

Fortbildung mit Online-Fachseminaren – kurzfristig anmelden!

Die Online-Fachseminare erfüllen **§ 15 FAO**

**Günstiger
Preis 95 €**



Aktuelle Termine, Informationen und Anmeldung unter otto-schmidt.de/telelex

Inhalt

Daniel Holznagel – Der neue § 7 Abs. 3 Satz 1 TMG: Richtervorbehalt für die zivilrechtliche Störerhaftung von Host Providern? – Die europarechtskonforme Auslegung

Die TMG-Novelle 2017 bringt zwei weitreichende Konsequenzen mit sich: Zum einen die – kompensationslose – Abschaffung zivilrechtlicher Störerhaftung für klassische Access Provider. Zum anderen gemäß § 7 Abs. 3 Satz 1 TMG entweder die faktische Abschaffung zivilrechtlicher Störerhaftung von Host Providern (und einer Verlagerung der Rechtsdurchsetzung ins öffentliche Recht) oder zumindest die Einführung eines Richtervorbehalts bei zivilrechtlichen Unterlassungsansprüchen gegen Host Provider. 738

Christoph Wagner / Felix Helmstädter / Christoph Nüßing – Vorgaben für die Frequenzmitnutzung durch Diensteanbieter im Rahmen der 5G-Frequenzvergabe (Teil 2) – Unionsrechtsvorgaben und Ermessenserwägungen der BNetzA

Im Anschluss an Teil 1 (CR 9/2017, 604) zu den gesetzlichen Ermächtigungen der BNetzA zur Auferlegung von Resale-Diensteanbieterpflichtungen (DAV) und Frequenzmitnutzungsauflagen (FMA) zeigt Teil 2 des Beitrags nun deren Vereinbarkeit mit dem Unionsrecht (I.). Ferner wird untersucht, ob das Entschließungsermessen („Ob“) der BNetzA mit Blick auf den Schutz des Diensteanbieter-Wettbewerbs eingeschränkt ist (II.) und welche Arten von frequenzregulatorischen Vorgaben bei Ausübung des Auswahlermessens („Wie“) als naheliegende Handlungsalternative ermes- senfehlerfrei vorgesehen werden können (III.). 743



Report und Technik

Aufsätze

Lars Lensdorf – Aufsichtsrechtliche Anforderungen an die IT von Kredit- und Finanzdienstleistungsinstituten – eine Tour d'horizont von der Einführung des § 25a KWG zur MaRisk 2017 und den BAIT 2017

Der Beitrag gibt einen Überblick über die bisherigen (I.) und einen Ausblick auf die zukünftigen Entwicklungen aufsichtsrechtlicher Anforderungen an die IT von Kredit- und Finanzdienstleistungsinstituten sowie damit verbundene (rechtliche) Fragestellungen. Dabei werden zunächst die Handhabung von § 25b KWG und AT 9 MaRisk in der Praxis (II.), sodann die Implementierung zusätzlicher IT-relevanter Vorgaben in die neuen MaRisk 2017 (III.) und die Bankenaufsichtlichen Anforderungen an die IT (BAIT 2017) (IV.) untersucht. 753

Jens Ekkenga – Bitcoin und andere Digitalwährungen – Spielzeug für Spekulanten oder Systemveränderung durch Privatisierung der Zahlungssysteme? – Überlegungen zum Regelungsbedarf und zum Regelungsumfang im Währungs- und Bankaufsichtsrecht

Gegenwärtig überstürzen sich die Pressemeldungen rund um die Thematik „Digitalwährungen“ und „Blockchain“. Der Beitrag zeichnet Verbindungslinien zu den Idealvorstellungen einer radikal-libertären Währungspolitik nach. Er knüpft daran Folgebetrachtungen, die die Grenzen des rechtlichen Regulierungsbedarfs im Umgang mit privater Geldschöpfung in den Mittelpunkt rücken und sodann den Blick auf die beschränkten Möglichkeiten einer staatlich regulierten, gemeinwohldienlichen Zentralbankenverfassung richten. 762

CR Report

Daten und Sicherheit

OVG NW: Datenschutzrechtliche Unzulässigkeit eines Online-Fahrerbewertungsportals (*Julia Schafdecker*) R120
Europäische Kommission: Erster Bericht zur jährlichen Überprüfung der Funktionsweise des EU-US-Datenschutzschilds (*Julia Schafdecker*) R120

Internet und E-Commerce

EuGH: Gerichtszuständigkeit bei Online-Verleumdung von Unternehmen (*Mandy Hrube*) R121
BGH zur Tabakwerbung auf Internetpräsenzen (*Marvin Jäschke*) R122
BGH: Keine Urheberrechtsverletzung bei der Bildersuche durch Suchmaschinen (*Mandy Hrube*) R122

TK und Medien

BVerwG: Zur Rundfunkbeitragspflicht für Hotel- und Gästezimmer sowie Ferienwohnungen (*Jan Lundberg*) R123
OLG Köln: Irreführung durch 1&1 Werbekampagne „Das beste Netz“ (*Matthis Grenzer*) R124

Tagungsberichte

18. DSRI-Herbstakademie, „RECHT 4.0 – Innovationen aus den rechtswissenschaftlichen Laboren“, Heidelberg, 6.–9.9.2017 (*Edgar Rose*) R124
Universität Bayreuth: „Plattformen – Geschäftsmodelle und Verträge“ R125

DGRI-Informationen

Auswirkungen der BGB-Bauvertragsrechts-Reform auf IT-Verträge (*Mathias Lejeune / Thomas Stögmüller*) R127

Schriftleitung: Prof. Dr. Michael Grünberger, LL.M. (V.i.S.d.P.),
Prof. Dr. Nadine Klass, LL.M.

Redaktion: Christoph Seibold (*leitender Redakteur*), Nicole Bentin
(*Redakteurin Rechtsprechung*), Armelle Grandjean (*Redakteurin
Rezensionen*)

Redaktionsassistenten: Dr. Pascal Oberndörfer, Stephanie Niederal

Anschrift der Redaktion:
Institut für Urheber- und Medienrecht, Salvatorplatz 1, 80333 München,
Telefon (0 89) 29195470, Telefax (0 89) 29195480,
E-Mail: redaktion@urheberrecht.org, URL: <http://www.urheberrecht.org/>

Herausgeber: Prof. Dr. Albrecht Hesse, Prof. Roland Bornemann,
Dr. Tilo Gerlach, Prof. Dr. Michael Grünberger, LL.M., Dr. Harald
Heker, Prof. Dr. Nadine Klass, LL.M., Prof. Dr. Johannes Kreile,
Dr. Urban Pappi, Dr. Robert Staats

Wiss. Beirat: Prof. Dr. Dieter Dörr, Guido Evers, Prof. Dr. Norbert
P. Flechsig, Prof. Dr. Günter Herrmann, Dr. Tobias Holzmüller, LL.M.,
Dr. Matthias Kirschenhofer, Prof. Dr. Reinhold Kreile, Dr. Matthias
Lausen, Dr. Michael Libertus, Prof. Dr. Ferdinand Melichar, Prof. Dr.
Wilhelm Nordemann, Prof. Dr. Gerhard Pfennig, Prof. Dr. Wolf-Dieter
Ring, Dr. Martin Schaefer, Dr. Tobias Schmid, Dr. Gernot Schulze, Prof.
Dr. Mathias Schwarz, Prof. Dr. Robert Schweizer, Peter-Christoph Weber

ZUM

Zeitschrift für Urheber- und
Medienrecht

61. Jahrgang · Heft 12/2017

ISSN 0177-6762

um

INSTITUT FÜR URHEBER-
UND MEDIENRECHT



Inhaltsverzeichnis

Aufsätze

Professor Dr. Alexander Peukert

Die Bedeutung der »AKM«-Entscheidung des EuGH für das Recht der Kabelweitersendung in Deutschland 881–897

Professor Dr. Dieter Frey, LL.M. und Dr. Nadine van Baal

IPTV: Ein Fall der Kabelweitersendung 898–908

Professor Dr. Marcus Schladebach und Lou Martine Siebert, LL.B.

Coaching-TV als Medienrechtsproblem 908–915

Professor Dr. Marco Gercke

Die Entwicklung des Internetstrafrechts 2016/2017 915–923

Dr. Lucas Wüsthof

Zum Umfang der sekundären Darlegungslast des Anschlussinhabers bei Kenntnis der Identität
des Täters einer Urheberrechtsverletzung über einen Familieninternetanschluss
Anmerkung zu BGH ZUM 2017, 924 – Loud 928–929

David Yang

Bilder von Bildern: Urheberrechtliche und eigentumsrechtliche Fragen der Kunstfotografie
Anmerkung zu OLG Stuttgart ZUM 2017, 940 951–955

Rechtsprechung

**Sekundäre Darlegungslast von Eltern im Falle von Urheberrechtsverletzungen mittels eines Familien-
anschlusses**

BGH, Urteil vom 30.3.2017 – I ZR 19/16 – Loud 924–928

Keine Verhandlungspflicht über die Aufstellung gemeinsamer Vergütungsregeln

BGH, Urteil vom 2.3.2017 – I ZR 45/16 – Verhandlungspflicht 929–931

Gegendarstellung gegen einen durch eine Berichterstattung vermittelten Eindruck

OLG Dresden, Beschluss vom 12.7.2017 – 4 W 558/17 931–933

Dringlichkeitsfrist in äußerungsrechtlichen Streitigkeiten

OLG Hamburg, Beschluss vom 18.8.2017 – 7 U 72/17 933–934

Zulässigkeit der Änderung des Verbreitungswegs eines öffentlich-rechtlichen Hörfunkprogramms

OLG München, Urteil vom 27.7.2017 – U 2879/16 Kart – Frequenzwechsel – nicht rechtskräftig 934–938

| | |
|--|---------|
| Pflicht zur Verhandlung gemeinsamer Vergütungsregeln | 938–940 |
| OLG München, Urteil vom 26.11.2015 – 29 U 2115/15 | |
| Schutzfähigkeit von Reproduktionsfotos | 940–951 |
| OLG Stuttgart, Urteil vom 31.5.2017 – 4 U 204/16 – nicht rechtskräftig | |
| Kein Urheberrechtsschutz für computergenerierte Packshots | 955–959 |
| LG Berlin, Urteil vom 20.6.2017 – 16 O 59/16 | |
| Austausch von digital und analog verbreiteten Hörfunkprogrammen | 959–968 |
| BayVerfGH, Entscheidung vom 17.7.2017 – Vf. 9-VII-15 | |

Veranstigungsankündigung des Instituts für Urheber- und Medienrecht

II. ZUM-Symposion

»Urheberrecht zwischen den Legislaturperioden – Rückblick und Ausblick«

am 26.1.2018, 10.00 bis ca. 15.00 Uhr im Literaturhaus, Salvatorplatz 1, 80333 München

Programm und Anmeldung unter www.urheberrecht.org/events.
Die Veranstaltung ist kostenlos, eine Anmeldung ist erforderlich.

Schriftleitung

Prof. Dr. Michael Grünberger, LL.M. (V.i.S.d.P.), Prof. Dr. Nadine Klass, LL.M.
Institut für Urheber- und Medienrecht, Salvatorplatz 1, 80333 München
Telefon: (089) 291954-70, Telefax: (089) 291954-80,
E-Mail: redaktion@urheberrecht.org
www.urheberrecht.org

Erscheinungsweise

11 Ausgaben im Jahr mit einer Doppelnummer

Bezugspreise 2017

Miniabo (6 Ausgaben) € 89,00 inkl. Vertriebskosten und Porto;
Jahresabonnement € 385,00 zzgl. Vertriebskostenanteil (€ 28,18/Jahr, Porto/
Inland € 22,40 + Direktbeorderungsgebühr € 5,78), **Gesamtpreis: € 413,18**;
Jahresabonnement für ZUM und ZUM-RD im Kombinationsangebot € 535,00
zzgl. Vertriebskostenanteil (€ 56,36/Jahr, Porto/Inland € 44,80 + Direktbeorde-
rungsgebühr € 11,56), **Gesamtpreis: € 591,36**.
Alle Preise verstehen sich inkl. MWSt.
Beihefte, die zu diesem Titel erscheinen, werden den Abonnenten mit einem Vor-
zugspreis automatisch zugesandt und können bei Nichtgefallen zurückgegeben
werden.

Bestellmöglichkeit

Bestellungen beim örtlichen Buchhandel oder direkt bei der Nomos Verlagsgesell-
schaft Baden-Baden

Kündigungsfrist

Jeweils drei Monate vor Kalenderjahresende

Bankverbindung generell

Zahlungen jeweils im Voraus an Nomos Verlagsgesellschaft, Postbank Karlsruhe:
BLZ: 660 100 75 Konto Nr.: 73636751 IBAN: DE07.6601.0075.0073.6367.51 BIC:
PBNKDEFF oder Stadtparkasse Baden-Baden: BLZ: 662 500 30 Konto Nr.:
5002266 IBAN: DE05.6625.0030.0005.0022.66 BIC: SOLA DE S1 BAD

Druck und Verlag

Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Waldseestraße 3–5, 76530 Baden-Ba-
den, Telefon: (072 21) 21 04-0, Telefax: (0 72 21) 21 04 27
E-Mail: nomos@nomos.de

Anzeigen

Sales friendly Verlagsdienstleistungen, Siegburger Straße 123, 53229 Bonn,
Telefon: (0228) 97898-0, Telefax: (0228) 97898-20, E-Mail: roos@sales-friendly.de

Urheber- und Verlagsrechte

Die Zeitschrift sowie alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen
sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Ur-
heberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags.
Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen
Systemen.

Der Nomos Verlag beachtet die Regeln des Börsenvereins des Deutschen Buch-
handels e.V. zur Verwendung von Buchrezensionen.

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden. Printed in Germany

ISSN 0177-6762

Journal of Business Law

Issue 8 2017

Table of Contents

Articles

- Stewardship, Insolvency Practitioners and the Personal Insolvency Scenario
David Milman 617
- Fair and Equitable Treatment in Investor-State Dispute Settlement: A New Interpretative Framework
David Restrepo Amariles and Arnaud Van Waeyenberge 632
- Financial Market Manipulation and Insider Trading: An International Study of Enforcement Approaches
Lev Bromberg, George Gilligan and Ian Ramsay 652
- The Contractual Nature of Bond Trusts and Security Trusts
Benjamin Liu 680



Inhaltsverzeichnis

Bank- und Kreditsicherungsrecht

- BGH v. 29. 8. 2017 – XI ZR 318/16 – Stefan Allmendinger** 709
Verwendung nur einer einheitlichen Widerrufsbelehrung für mehrere Verbraucherdarlehensverträge möglich – zur Rücknahme einer Nichtzulassungsbeschwerde
- LG Stuttgart v. 20. 9. 2017 – 4 S 88/17 – Arne Maier** 711
Zur Verjährung bereicherungsrechtlicher Rückforderungsansprüche bei zu Unrecht von der Bausparkasse einbehaltenen Darlehensgebühren
-

Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht

- BGH v. 19. 9. 2017 – XI ZB 13/14 – Hanns Prütting** 713
Keine auf den Verfahrensabschnitt des KapMuG-Verfahrens bezogene Nebenintervention oder Streitverkündung
- OLG München v. 25. 7. 2017 – 31 Wx 194/17 – Carsten Cramer** 715
Keine Beschränkung der konkreten Vertretungsbefugnis in Abweichung von der abstrakten Vertretungsbefugnis des Geschäftsführers durch Gesellschaftsbeschluss
- OLG Nürnberg v. 8. 3. 2017 – 12 U 927/15 – J. Pätzold/F. Zönnchen** 717
Zur Zustimmung des Aufsichtsrats zu Verträgen der AG mit einem Aufsichtsratsmitglied
-

Vertrags- und Haftungsrecht

- BGH v. 13. 9. 2017 – IV ZR 445/14 – Mark Makowsky** 719
Ausdrücklicher Wunsch nach vollständiger Vertragserfüllung bzw. Zustimmung des Versicherungsnehmers zum Beginn des Versicherungsschutzes vor Ende der Widerrufsfrist nur bei Kenntnis vom Widerrufsrecht
- BGH v. 6. 4. 2017 – I ZB 69/16 – Vanessa Pickenpack** 721
Kein Abschluss einer Schiedsvereinbarung durch Handelsbrauch
-

Insolvenz- und Sanierungsrecht

- BGH v. 21. 9. 2017 – IX ZR 40/17 – Wolfgang Lüke** 723
Zu den Wirkungen der öffentlich-rechtlichen Verstrickung eines Vermögensgegenstands in der Insolvenz
- BGH v. 21. 9. 2017 – IX ZB 84/16 – Frank Thomas Zimmer** 725
Zur Gewährung von Zuschlägen auf die Insolvenzverwaltervergütung für freihändige Grundstücksverwertung und erschwerte Informationsbeschaffung
- BGH v. 13. 7. 2017 – V ZB 136/16 – Helmut Zipperer** 727
Zur Verfügungsbefugnis über im Grundbuch eingetragene Rechte einer GbR bei Tod eines Gesellschafters, Eröffnung des Nachlassinsolvenzverfahrens und vereinbarter Nachfolgeklausel
- BGH v. 29. 6. 2017 – I ZB 60/16 – Albrecht Tintelnot** 729
Bindung des Insolvenzverwalters an Schiedsklausel in Geschäftsbesorgungsvertrag des Schuldners
-

Arbeits- und Sozialrecht

- BAG v. 27. 7. 2017 – 2 AZR 681/16 – Detlef Grimm/Malte Göbel** 731
Keine Überwachung mittels Keyloggers ohne konkreten Verdacht einer Straftat oder schwerwiegenden Pflichtverletzung des Arbeitnehmers
- BAG v. 17. 5. 2017 – 7 AZR 420/15 – Tom Stiebert** 733
Zur Prüfung eines institutionellen Rechtsmissbrauchs bei der nach § 14 Abs. 1 TzBfG gerechtfertigten Befristung eines Arbeitsvertrags
-

Wettbewerbs- und Kartellrecht

- BAG v. 29. 6. 2017 – 8 AZR 189/15 – Hermann-Josef Bunte** 735
Zur Rechtswegzuständigkeit für Regress gegen Mitarbeiter wegen Kartellgeldbuße gegen das Unternehmen
-

Verfahrens- und Vollstreckungsrecht

- EuGH v. 9. 11. 2017 – Rs C-641/16 – Jessica Schmidt** 737
Keine Annexzuständigkeit für Haftungsklage wegen unlauteren Wettbewerbs gegen den Übernehmer eines Geschäftsbereichs im Rahmen eines Insolvenzverfahrens („Tünkers France und Tünkers Maschinenbau“)
- EuGH v. 14. 9. 2017 – verb. Rs C-168/16, C-169/16 – Peter Mankowski** 739
Zur internationalen Zuständigkeit in Arbeitssachen bei fliegendem Personal („Nogueira u. a.“)

Maximilian Becker

Rights in Data – Industry 4.0 and the IP Rights of the Future 253–265

Gunnar Stevens / Paul Bossauer

Dealing with Personal Data in the Age of Big Data Economies 266–278

Justus Lauten

Sensor Data at Small and Medium-sized Enterprises 279–287

Leonard Fink

Big Data and Artificial Intelligence 288–298

Michael Mattioli

Data Policy in the United States: New Challenges 299–316

Herbert Zech

Building a European Data Economy – The European Commission's
Proposal for a Data Producer's Right 317–330

Andreas Christians / Michael Liepin

The Consequences of Digitalization for German Civil Law
from the National Legislator's Point of View 331–339

Christian Berger

Property Rights to Personal Data? – An Exploration
of Commercial Data Law 340–355

Karl-Heinz Fezer

Data Property of the People. An Intrinsic Intellectual Property
Law Sui Generis Regarding People's Behavior-generated
Informational Data 356–370

Maximilian Becker

Reconciling Data Privacy and Trade in Data –
A Right to Data-avoiding Products 371–393



Herausgegeben von Joachim Bornkamm und
Ansgar Ohly
in Gemeinschaft mit Joseph Drexl und Reto Hilty

12/2017

Seiten 465–512
17. Jahrgang – Dezember 2017



INHALT

- RECHTSPRECHUNGSBERICHT **465** DANIEL HOPPE
Die Rechtsprechung der deutschen Instanzgerichte zum Patent- und
Gebrauchsmusterrecht seit dem Jahr 2016

RECHTSPRECHUNG

- PATENTRECHT **477** OLG Düsseldorf 29.6.2017 – I-15 U 4/17
Dringlichkeitsschädlichkeit bei Abwarten der Gründe der zweitinstanzlichen
Einspruchsentscheidung – **Vakuumgestütztes Behandlungssystem**
- URHEBERRECHT **484** BGH 27.7.2017 – I ZR 68/16
Sekundäre Darlegungslast in Filesharing-Fällen – **Ego-Shooter**
486 BGH 18.5.2017 – I ZR 266/15
Urheberentgelte für USB-Sticks und Speicherkarten – **USB-Stick**
492 OLG München 6.4.2017 – 6 Sch 21/16 WG
Keine Kabelweitersendung durch Online-Videorekorder – **YouTV**
496 BGH 30.3.2017 – I ZR 50/16
Gegenstandswert einer Abmahnung wegen Filesharings
– **Computerspiele (Ls.)**
496 LG Düsseldorf 8.3.2017 – 12 O 190/14
Schadensberechnung bei Vervielfältigung von einfachen Produktfotos
– **Produktfotos (Ls.)**
- MARKENRECHT **496** EuGH 11.10.2017 – C-501/15 P
Schutzumfang von älteren Marken bei Verwendung von Klassenüberschriften
– **CACTUS OF PEACE**
500 EuGH 26.7.2017 – C-471/16 P
Kein erweiterter Bekanntheitsschutz bei hohem Warenunähnlichkeitsgrad
– **Meissen Keramik (Ls.)**
500 EuG 14.9.2017 – T-103/16
Fehlender echter begrifflicher Unterschied zweier sich gegenüberstehender
Marken – **Alpenschmaus/ALPEN (Ls.)**
- WETTBEWERBSRECHT **500** BGH 11.5.2017 – I ZR 59/16
Verstoß gegen ProdSG durch Handeln mit Elektroprodukten ohne Hersteller-
kontaktdatenangaben – **Herstellerangaben auf Kopfhörer**
503 OLG München 23.1.2017 – 21 U 4747/15
Verstoß gegen Vertragsstrafeversprechen bei unerbetener E-Mail-Werbung
– **@m.de**

- 504** OLG Köln 24.3.2017 – 6 U 146/16
Eingeschränktes Angebot für Zahlungsmöglichkeiten bei Stromlieferungsverträgen – **Strom Basic**
- 506** OLG Karlsruhe 27.9.2017 – 6 U 10/16
Rechtsmissbräuchliche Abmahn­tätigkeit einer faktisch vermögenslosen Gesellschaft – **Unterkapitalisierter Abmahner**
- 508** LG Münster 12.1.2017 – 022 O 93/16
Verbot des Getränkevertriebs an Sonn- und Feiertagen
– **Getränkeli­ferungen am Sonntag**
- 510** LG Hagen 13.9.2017 – 23 O 30/17
Schleichwerbung für Modeartikel auf Instagram – **Mode-Blog**
- 512** KG 21.6.2017 – 5 U 185/16
Unzureichende Preisauszeichnung eines Portals für Gastronomie-Lieferdienste – **Lieferservice-Portal (Ls.)**

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| Benedikt Kommenda..... | 4 |
| „Wenn man sich unsicher ist, sollte man sagen: Das mache ich nicht“ Interview mit Hon.-Prof. Dr. Irene Welser | |
| Christian Thaler / Daniela Laherstorfer..... | 6 |
| Geschlechterquote: Neue Verbindlichkeit für die bekannte Gender Diversity | |
| Anton Schmidl..... | 12 |
| Unternehmensfortführung in der Krise | |
| Johannes Peter Gruber..... | 15 |
| Datenschutz: Jetzt wird's ernst! | |
| Josef Fritz..... | 18 |
| Exzellenz im Aufsichtsrat | |
| Ines Friedrich / Martin Schober..... | 21 |
| Der Prüfungsvertrag: Wirksamkeit und Gestaltungsspielraum vor dem Hintergrund des PSG | |
| Josef Fritz..... | 26 |
| Die neue Aktionärskultur (Teil II) | |
| Johannes Peter Gruber..... | 29 |
| Wettbewerbsrecht: Die Semperit-Entscheidung | |
| Michael Barnert..... | 32 |
| Literaturrundschau | |



Aufsichtsrat aktuell

Impressum

Fachinformation für die verantwortungsvolle
Kontrolle und Beratung von Unternehmen
und Stiftungen

Ausgabe 6/2017

Redaktion

Hon.-Prof. Dr. Leo Chini
E-Mail: ARaktuell@lindeverlag.at

Redaktionsbeirat

RA Dr. Nikolaus Arnold,
Dr. Josef Fritz,
Dr. Erhard Grossnigg,
RA Dr. Herbert Hohegger,
Univ.-Prof. Dr. Susanne Kalss
Medieninhaber, Herausgeber und
Medienunternehmen
Linde Verlag Ges.m.b.H.,
A-1210 Wien, Scheydgasse 24;
Telefon: 01/24 630 Serie,
Telefax: 01/24 630-23 DW,
E-Mail: office@lindeverlag.at;
<http://www.lindeverlag.at>

DVR 0002356.

Rechtsform der Gesellschaft: Ges. m. b. H.,
Sitz: Wien

Firmenbuchnummer: 102235x
Firmenbuchgericht: Handelsgericht Wien,
ARA-Lizenz-Nr. 3991
Gesellschafter: Die Verlassenschaft nach
Herrn Axel Jentsch (mit 99 %) und
Mag. Andreas Jentsch (mit 1 %).
Geschäftsführer: Mag. Klaus Kornherr

Erscheinungsweise

Erscheint sechsmal jährlich.

Bezugpreise

Jahresabonnement 2017
(Print und online) 170,- €
zuzüglich MwSt. und Versandkosten.
Einzelheft 2017 33,18 €
zuzüglich MwSt. und Versandkosten.

Unterbleibt die Abbestellung, so läuft das
Abonnement automatisch zu den jeweils gülti-
gen Konditionen ein Jahr weiter. Abbestellun-
gen sind nur zum Ende eines Jahrganges mög-
lich und müssen bis spätestens 30. November
schriftlich erfolgen.

Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit
ausdrücklicher Bewilligung des Verlages ge-
stattet. Es wird darauf verwiesen, dass alle
Angaben in dieser Fachzeitschrift trotz sorgfäl-
tiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und
eine Haftung des Verlages, der Redaktion oder
der Autoren ausgeschlossen ist.

Mit der Einreichung seines Manuskriptes räumt
der Autor dem Verlag für den Fall der Annahme
das übertragbare, zeitlich und örtlich unbe-
schränkte ausschließliche Werknutzungsrecht
(§ 24 UrhG) der Veröffentlichung in dieser
Zeitschrift ein, einschließlich des Rechts der
Vervielfältigung in jedem technischen Verfah-
ren (Druck, Mikrofilm etc.) und der Verbreitung
(Verlagsrecht) sowie der Verwertung durch Da-
tenbanken oder ähnliche Einrichtungen, des
Rechts der Vervielfältigung auf Datenträgern
jeder Art, der Speicherung in und der Ausga-
be durch Datenbanken, der Verbreitung von
Vervielfältigungsstücken an die Benutzer, der
Sendung (§ 17 UrhG), sonstigen öffentlichen
Wiedergabe (§ 18 UrhG) sowie der öffentlichen
Zurverfügungstellung, insbesondere über das
Internet (§ 18a UrhG). Gemäß § 36 Abs. 2 UrhG
erlischt die Ausschließlichkeit des eingeräum-
ten Verlagsrechts mit Ablauf des dem Erschei-
nen des Beitrages folgenden Kalenderjahres;
dies gilt für die Verwertung durch Datenbanken
nicht.

Anzeigenverkauf und -beratung

Gabriele Hladik, Tel.: 01/24 630-19
E-Mail: gabriele.hladik@lindeverlag.at
ISSN 1813-6923

— Herstellung —



Druckerei Hans Jentsch & Co. GmbH

1210 Wien, Scheydgasse 31, Tel.: 01/2784216-0; office@jentsch.at; mehrfach umweltzertifiziert – www.jentsch.at

38. Jahrgang
Heft 49
8. Dezember 2017

Herausgeber:
RA Dr. Bruno M. Kübler
(Geschäftsführender Herausgeber)
Prof. Dr. Reinhard Bork
Prof. Dr. Wolfgang Lücke
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Hanns Prütting
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Karsten Schmidt

Herausgeberbeirat:
Prof. Dr. Holger Altmeppen
Vors. Richter am BGH a. D. Prof. Dr. A. Bergmann
Prof. Dr. Georg Bitter
Prof. Dr. Moritz Brinkmann
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. C.-W. Canaris
Prof. Dr. Ulrich Ehrlicke
Prof. Dr. Horst Eidenmüller
Prof. Dr. Dr. h. c. Holger Fleischer
Prof. Dr. Walter Gerhardt
RA Dr. Burkard Göpfert
Vors. Richter am BGH a. D. Prof. Dr. W. Goette
MinDir. Marie Luise Graf-Schlicker
Prof. Dr. Mathias Habersack
Prof. Dr. Dr. h. c. Wolfram Henckel
Prof. Dr. Florian Jacoby
RA/StB Dr. Günter Kahlert
Vors. Richter am BGH Prof. Dr. G. Kayser
RA Dr. Bernd Klasmeyer
Prof. Dr. Lars Klöhn
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Marcus Lutter
Prof. Dr. Christoph G. Paulus
Vors. Richter am BGH a. D. Dr. h. c. V. Röhrich
Prof. Dr. Carsten Schäfer
Prof. Dr. Christoph Thole
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Peter Ulmer
RA Prof. Dr. Friedrich Graf von Westphalen



Inhaltsverzeichnis

ZIP-aktuell

| | | |
|---|------|---------|
| EuGH zur Verbreitung von Fernsehprogrammen in einer „Cloud“ | A 95 | Nr. 359 |
| BVerfG zur Abwägung bei Versagung der Zulassung zur Anwaltschaft | A 95 | Nr. 360 |
| BGH: Unwirksamkeit einer Klausel über Vorpachtrecht des Pächters | A 95 | Nr. 361 |
| BGH: EuGH-Vorlage zum Widerrufsrecht beim Online-Kauf | A 95 | Nr. 362 |
| BGH zur grundlosen Beauftragung eines eigenen Anwalts durch Streitgenossen | A 96 | Nr. 363 |
| BAG: D'Hondtsches Höchstzahlverfahren bei Betriebsratswahl verfassungsgemäß | A 96 | Nr. 364 |
| BaFin: Anforderungen an Banken-IT | A 96 | Nr. 365 |

Aufsätze

| | | |
|--|--|------|
| <i>Christian Pleister, Frankfurt/M., Berlin</i> <i>Michael Sturm, Berlin</i> | Die Herausforderungen des neuen Konzerninsolvenzrechts | 2329 |
| <i>Rainer Oppermann</i> <i>Anna von Bonin</i> <i>Benedikt Berthold, Düsseldorf</i> |  Auf den Erwerb des Stimmrechts aufschiebend bedingt gefasste Beschlüsse künftiger Gesellschafter | 2338 |

Rechtsprechung

Bank- und Kreditsicherungsrecht

| | | | |
|-----|-------------------------------|---|------|
| BGH | 17. 10. 2017 – XI ZR 157/16 | Zur Wirksamkeit einer formularmäßigen Bestimmung einer laufzeitunabhängigen „Kostenbeteiligung“ in Darlehensvertrag mit unter Marktpreisniveau liegendem Zins | 2343 |
| BGH | 10. 10. 2017 – VI ZR 556/14 + | Vermittlung von Portfolioverwaltungsverträgen keine Anlagevermittlung | 2347 |

| | | | |
|-----|-----------------------------|---|------|
| BGH | 10. 10. 2017 – XI ZR 555/16 | Keine Anwendung des § 218 BGB auf das Recht zum Widerruf eines Verbraucherdarlehensvertrags | 2349 |
|-----|-----------------------------|---|------|

Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht

| | | | |
|-------------|---------------------------|--|-------------|
| BGH | 26. 9. 2017 – II ZB 27/16 | Mehrere Beurkundungsgegenstände trotz Beurkundung der Gesellschafterversammlungen zweier GmbH mit Aufhebung von Unternehmensverträgen mit derselben Alleingeschafterin in einer Niederschrift | 2351 |
| BFH | 31. 5. 2017 – I R 37/15 + | Keine Fiktion nichtabziehbarer Betriebsausgaben (Schachtelstrafe) ohne inländische Betriebsstätte der veräußernden Kapitalgesellschaft | 2352 |
| OLG Dresden | 12. 1. 2017 – 8 U 332/16 | Zum Gewinnausschüttungsanspruch als verdeckte Sacheinlage bei Kapitalerhöhung einer KGaA | 2355 |

Vertrags- und Haftungsrecht

| | | | |
|-----|--------------------------------|--|-------------|
| BGH | 18. 10. 2017 – VIII ZR 86/16 + | Zur Inhaltskontrolle einer Mehraufwandsklausel in Qualitätssicherungsvereinbarung zwischen Unternehmern | 2363 |
|-----|--------------------------------|--|-------------|

Insolvenz- und Sanierungsrecht

| | | | |
|----------|----------------------------|---|-------------|
| BGH | 12. 10. 2017 – IX ZR 50/15 | Zahlungseinstellung bei tatsächlich nur gegebener Zahlungswilligkeit | 2368 |
| BGH | 14. 9. 2017 – IX ZR 3/16 | Zur Vorsatzanfechtung gegenüber einem Zahlungsmittler | 2370 |
| LG Trier | 6. 6. 2017 – 4 O 198/16 | Keine Aushebelung einer in England erteilten RSB über § 826 BGB | 2374 |

Arbeits- und Sozialrecht

| | | | |
|--------------|--------------------------------|---|------|
| LAG Nürnberg | 9. 5. 2017 – 7 Sa 560/16 | Wirksamkeit einer Mindestlohnansprüche nicht ausdrücklich ausnehmenden Ausschlussklausel bei Geltendmachung von Überstunden- und Urlaubsabgeltung | 2375 |
| BAG | 18. 10. 2017 – 10 AZR 330/16 + | Zur Verbindlichkeit einer unbilligen Weisung (LS) | 2379 |
| BAG | 25. 4. 2017 – 1 ABR 46/15 + | Schwerwiegender Eingriff in allgemeines Persönlichkeitsrecht des Arbeitnehmers durch technische Überwachungseinrichtung (LS) | 2379 |

Verfahrens- und Vollstreckungsrecht

| | | | |
|-----|----------------------------|---|-------------|
| BGH | 24. 10. 2017 – II ZR 16/16 | Unterbrechung des Beschlussmängelrechtsstreits eines GmbH-Geschafters durch Eröffnung des Insolvenzverfahrens über sein Vermögen | 2379 |
| BGH | 14. 6. 2017 – I ZB 1/17 | Zur Auslegung der Kostenregelung in einem zuvor nicht rechtshängige Ansprüche einbeziehenden Vergleich (LS) | 2380 |

Beilagenhinweis: Dieser Ausgabe liegt eine Beilage des Verlags C. H. Beck, München, bei. Wir bitten um freundliche Beachtung!



GmbHHRundschau

Zeitschrift für Gesellschafts-, Unternehmens- und Steuerrecht
der GmbH und GmbH & Co. KG

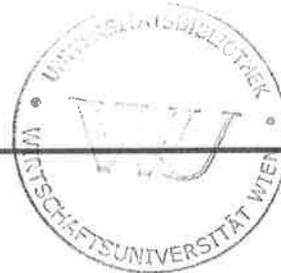
Herausgeber:

Centrale für GmbH Dr. Otto Schmidt

in Verbindung mit Prof. Dr. Walter Bayer, Friedrich-Schiller-Universität Jena · RA/StB Vors. RiBFH a.D. Prof. Dr. Dietmar Gosch, Of Counsel KPMG AG WPG, Hamburg/München · WP/StB Prof. Dr. Norbert Neu, dhpG Dr. Harzem & Partner mbB, Bonn · Ltd. RegDir. Ralf Neumann, Finanzamt für Groß- und Konzernbetriebsprüfung, Aachen · RA Prof. Dr. Jochem Reichert, SZA Schilling, Zutt & Anschütz, Mannheim

Herausgeber-Beirat:

Prof. Dr. Georg Crezelius, Of Counsel, Linklaters LLP, München · Prof. Dr. Detlef Kleindiek, Universität Bielefeld · RiBFH Dr. Christian Levedag, LL.M. Tax, München · Notar Dr. Thomas Wachter, München · RA/StB Prof. Dr. Götz Tobias Wiese, WIESE LUKAS PartG mbB, Hamburg



Inhalt

gmbhr.de

Aufsätze

Dr. Rolf Schwedhelm / Dr. Klaus Olbing / Prof. Dr. Burkhard Binnewies – Aktuelles Steuerrecht rund um die GmbH zum Jahreswechsel 2017/2018

Einer der Paukenschläge für die GmbH-Besteuerung im Jahr 2017 ist sicherlich die Entscheidung des BVerfG, wodurch § 8c Abs. 1 S. 1 KStG für verfassungswidrig erklärt und der Gesetzgeber aufgefordert wird, bis zum 31.12.2018 eine Neuregelung zu schaffen. Dasselbe gilt bezüglich der Besteuerung des Sanierungsgewinns. Große Beachtung hat die BGH-Entscheidung zu den Pflichten des Steuerberaters bei einer GmbH in der Krise gefunden, ebenso die Entscheidung des FG Münster, die die Grundsätze zur steuerlichen Behandlung des Erwerbs und der Veräußerung eigener Anteile konterkariert. Bei der Frage der Schenkungsteuerpflicht von vGA an nahestehende Personen steht sich nach wie vor unterschiedliche Finanzrechtsprechung gegenüber. 1289

Prof. Dr. Christoph Teichmann / Ralf Knaier – Grenzüberschreitender Formwechsel nach „Polbud“ – Die neue Umwandlungsfreiheit im Binnenmarkt

Die Entscheidung des EuGH im Fall „Polbud“ betrifft den grenzüberschreitenden Formwechsel einer polnischen Gesellschaft nach Luxemburg ohne tatsächliche Ansiedlung. Polen wollte die Gesellschaft nur unter der Bedingung eines vorherigen Auflösungsverfahrens ziehen lassen. Das polnische Oberste Gericht legte dem EuGH insbesondere die Frage vor, ob sich eine Gesellschaft auch dann auf die Niederlassungsfreiheit berufen könne, wenn sie im Zuzugsstaat keine wirtschaftliche Aktivität entfalte und dies auch nicht beabsichtige. Der Beitrag analysiert die rechtlichen Kernaussagen im Lichte der Dogmatik der europäischen Niederlassungsfreiheit und behandelt Verfahrensfragen, die sich bei formwechselndem Wegzug in andere EU-Mitgliedstaaten stellen. 1314

Dr. Dr. h.c. Georg Maier-Reimer, LL.M. – Zwangsabtretung von GmbH-Anteilen durch die Satzung? ^{§ 15 Abs. 1}

Nach h.M. kann der Gesellschaftsvertrag einer GmbH für bestimmte Fälle wie die Ausschließung eines Gesellschafters die Abtretung seiner Geschäftsanteile an die Mitgeschafter vorwegnehmen, so dass es dann keiner (beurkundeten) Abtretung mehr bedürfe. Der Beitrag zeigt, dass dies in jedem Fall mit großen Unsicherheiten verbunden ist, die sich nach einem Gesellschafterwechsel potenzieren. Zweifelsfrei kann der Gesellschaftsvertrag dagegen eine Abtretungspflicht für alle, auch künftige, Gesellschafter begründen. 1325

Inhalt

Rechtsprechung

Gesellschaftsrecht

Gesellschafter-Geschäftsführer: Geringe Beteiligung an einer GmbH spricht für abhängige Beschäftigung

(SG Stuttgart, Urt. v. 18.8.2016 – S 17 R 747/14) 1335

Anmeldung: Nichtzahlung eines Gerichtskostenvorschusses für GmbH-Gründung als Eintragungshindernis

(KG Berlin, Beschl. v. 15.6.2017 – 22 W 42/17)

m. Anm. Robin Melchior 1337

Steuerrecht

Geschäftsanteil: Steuerfreiheit des Gewinns aus der Veräußerung von Anteilen an inländischen Kapitalgesellschaften – keine Betriebsausgabenfiktion gemäß § 8b Abs. 3 S. 1 KStG ohne inländische Betriebsstätte

(BFH, Urt. v. 31.5.2017 – I R 37/15) 1339

Sanierungsgewinn: Keine Anwendung des sog. Sanierungserlasses auf Altfälle

(BFH, Urt. v. 23.8.2017 – I R 52/14) 1341

Sanierungsgewinn: Keine Begünstigung von Sanierungsgewinnen vor Inkrafttreten des § 3a EStG

(BFH, Urt. v. 23.8.2017 – X R 38/15)

m. Anm. Jens-Uwe Hinder / Jenny Broekmann 1344

Gesellschafter: Berücksichtigung eines Verlusts aus der Veräußerung von unentgeltlich erworbenen Kapitalgesellschaftsanteilen und Zuwendung an einen Freund; Gestaltungsmissbrauch

(BFH, Urt. v. 9.5.2017 – IX R 1/16 [Ls.]) 1348

GmbH & Still: Mitunternehmerinitiative und Mitunternehmerrisiko bei einer GmbH & Still

(BFH, Urt. v. 13.7.2017 – IV R 41/14) 1348

Verwaltungsanweisungen

Ausländische GmbH: Steuerliche Folgen der Löschung einer britischen Limited aus dem britischen Handelsregister

(BMF, Schr. v. 19.10.2017 – IV C 2 – S 2701/10/10002 – DOK

2017/0851212) 1352

GmbHR Report

GmbHR im Blickpunkt

Peter Rath – Was GmbHs ihren Geschäftsführern aktuell bezahlen R372



Zukunftssicher.

Das passende Handbuch zur brandaktuellen Reform: Auf allerneuestem Stand. Mit allen praxisrelevanten Themen des Bauträgerrechts. Und mit vielen Mustern!

Bestellen Sie jetzt unter otto-schmidt.de/rb8

Inhalt

Unternehmensrecht

| | |
|---|------|
| Die Gesellschafterliste im Fokus der mehr Transparenz vermittelnden Neuregelungsversuche (Stephan Ulrich) | R374 |
| Joint Venture-Verträge – gut rein, heile wieder raus (Stephan Ulrich) | R375 |
| Publikums-KG: Aufbewahrung von Stimmzetteln nach Beschlussfassung im Umlaufverfahren (Stephan Ulrich) | R375 |

Steuer- & Bilanzrecht

| | |
|--|------|
| Wichtige Klärungen zur Körperschaftsteuerlichen Organschaft durch den BFH (Christian Levedag) | R376 |
| Nachträgliche Anschaffungskosten bei Gesellschaftereinlagen „in letzter Minute“ – Beitrittsaufforderung an das BMF (Christian Levedag) | R376 |

Arbeits- & Sozialrecht

| | |
|---|------|
| Europarecht: Neues zur Ruhezeit (Claudia Kothe-Heggemann) | R377 |
| Kündigungsfristen im Arbeitsvertrag – unangemessene Benachteiligung der Arbeitnehmer vermeiden! (Claudia Kothe-Heggemann) | R377 |

Wirtschafts-Praxis

| | |
|--|------|
| Studie zum deutschen Vermögensverwaltungsmarkt (Marianne Gajo) | R378 |
| Stationäre Krankenhauskosten im Jahr 2016 (Marianne Gajo) | R379 |

Zeitschriftenspiegel

| | |
|--------------------------|------|
| Gesellschaftsrecht | R380 |
| Steuerrecht | R381 |

Buchbesprechungen

| | |
|---|------|
| Gustavus, Handelsregister-Anmeldungen (Dirk Zetzsche) | R381 |
|---|------|

Tagungshinweise

| | |
|---|------|
| Symposium „Verlustuntergang bei Körperschaften“ (Gary Rüsche) | R382 |
|---|------|



Perfekt ausbilanziert.



otto-schmidt.de/hkms

Perfekte
Verbindung.



otto-schmidt.de/fms4

magazin Redaktion: dagmar.straif@vvo.at

| | |
|---|-----------|
| Editorial | 03 |
| TITEL | |
| Was ist machbar, was ist sinnvoll in der digitalen Welt? | |
| Ein Symposium zeigt die Bandbreite der Digitalisierung und ihre Auswirkungen auf Managemententscheidungen. | 04 |
| Zürich: Neue Service-Dimensionen durch die Digitalisierung | |
| Interview mit Andrea Stürmer, Vorstandsvorsitzende der Zürich Versicherungs-Aktiengesellschaft. | 11 |
| International | |
| CYBER Konferenzen zum Thema Digitalisierung in Wien und Budapest 25-jähriges Jubiläum des bulgarischen Versicherungsverbandes Treffen der „CEE-Gruppe“ bei der Jahreskonferenz des kroatischen Versicherungsverbandes | 14 |

altersvorsorge Redaktion: christina.wuehrer@vvo.at

| | |
|--|-----------|
| Das Paneuropäische Pensionsprodukt – ein „echtes“ Altersvorsorgeprodukt? | |
| Entspricht der vorliegende Vorschlag den tatsächlichen Anforderungen eines Altersvorsorgeprodukts? | 21 |

gesundheitsvorsorge Redaktion: astrid.knitel@vvo.at

| | |
|---|-----------|
| In Österreich wird deutlich mehr Alkohol getrunken und mehr geraucht als anderswo | |
| Der Bericht über die Gesundheitssituation in OECD-Ländern zeigt ein erschreckendes Bild für Österreich. | 24 |

wissenschaft Redaktion: katharina.trampisch@gvfw.at

| | |
|---|-----------|
| Kalss, Die Business Judgement Rule – Safe Harbour oder Haftungsfalle? | |
| Betrachtungen zur Kodifizierung der Business Judgement Rule. | 27 |
| Unger-Korab, Auslagerungen nach dem VAG 2016 – erste Praxiserfahrungen | |
| Ergebnisse der Auslagerungspraxis seit den Änderungen im VAG2016. | 33 |
| Neue Vertriebsregeln nützen Kunden und Unternehmen | |
| Veranstaltungsbericht über das IDD-Vertriebsforum am 16. November. | 39 |
| Für Sie gelesen | 43 |
| Impressum | 42 |

In dieser Ausgabe:

• **ZInsO-Aufsätze**

Strafrechtliche Vermögensabschöpfung und Insolvenzrecht (S. 2657)
von Leitender Oberstaatsanwalt Folker Bittmann, Dessau-Roßlau, und
Richterin am Amtsgericht Dr. Sohre Tschakert, Hansestadt Lübeck

**Strafprozessuale Beschlagnahmen und Arreste in Kreditsicherheiten –
Teil 2 (S. 2676)**
von Rechtsanwalt Dr. Manfred Obermüller, Bad Camberg, und Rechtsanwalt
Dr. Martin Obermüller, Frankfurt

**Im Spannungsbogen zwischen „Anwartschaftsrecht“ und
„Gläubigerbenachteiligung“ (S. 2683)**
von Rechtsanwalt/Insolvenzverwalter Stephan Ries, Wuppertal

Die Kosten des „erledigten“ Gläubigerantrags (S. 2690)
von Richter am Amtsgericht Jochen Waltenberger, Kaiserslautern

• **ZInsO-Dokumentation**

Entschließungen der Jahrestagung des BAKinso e.V. v. 20.11.2017

**Zur Zukunft der Regulierung des Berufes des Insolvenzverwalters:
Schaffung einer Zulassungsordnung (S. 2692)**
BAKinso – Bundesarbeitskreis Insolvenzgerichte e.V.; Zusammenschluss
von Insolvenzrichtern/innen und Insolvenzrechtspflegern/innen

**Ergänzung der Entschließungen der BAKinso-Tagungen vom 5./6.2007
(Schlussrechnungsprüfung) und vom 6.11.2012 (Standardkontenrahmen
[SKR]) (S. 2692)**
BAKinso – Bundesarbeitskreis Insolvenzgerichte e.V.; Zusammenschluss
von Insolvenzrichtern/innen und Insolvenzrechtspflegern/innen

• **ZInsO-Bücher- und Zeitschriftenreport**

• **ZInsO-Rechtsprechungsreport**

Insolvenzrecht

Insolvenzsteuerrecht



D3-Z325



RA Dr. Christian Brünkmans
RA Dr. Jan de Weerth
Prof. Dr. Ulrich Foerste
RA Dr. Michael C. Frege
RiAG Frank Frind
RiBGH Prof. Dr. Markus Gehrlein
Prof. Dr. Hugo Grote
RA Dr. Andreas Henkel
WP/StB Michael Hermanns
Prof. Dr. Heribert Hirte
RiAG Martin Horstkotte
Präs. LG a.D. Prof. Dr. Michael Huber
RA Peter J. Hütten
RA Dr. Karen Kuder
RA Dr. Norbert Küpper
RiAG Dr. Peter Laroche
Prof. Dr. Wolfgang Marotzke
PD Dr. Sebastian Mock
RA Dr. Patrick Mückl
Prof. Dr. Bettina Nunner-Krautgasser
RA Dr. Manfred Obermüller
Vors. RiOLG Dr. Dietmar Onusseit
RA Prof. Dr. Klaus Pannen
RiBGH Prof. Dr. Gerhard Pape
RA Dr. Christoph Poertzen
RA Stephan Ries
Prof. Dr. Thomas Rönnau
Prof. Dr. Jessica Schmidt
RiBGH a.D. Prof. Dr. Lutz Strohn
RiBGH a.D. Gerhard Vill
OStA Raimund Weyand

Schriftleiter:

RA Prof. Dr. Hans Haarmeyer

RECHTS WISSENSCHAFT

Oktober 2017 | Heft 3

8. Jahrgang

Zeitschrift für rechtswissenschaftliche Forschung

Herausgegeben von Prof. Dr. Marietta Auer M.A., LL.M., S.J.D. (Harvard), Giessen | Prof. Dr. Barbara Dauner-Lieb, Köln | Prof. Dr. Hans Christoph Grigoleit, München (LMU) | Prof. Dr. Thomas Gutmann, Münster | Prof. Dr. Hans-Peter Haferkamp, Köln | Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Heun †, Göttingen | Prof. Dr. Tatjana Hörnle M.A. (Rutgers), Berlin (HU) | Prof. Dr. Jens Kersten, München (LMU) | Prof. Dr. Hans Kudlich, Erlangen | Prof. Dr. Frank Neubacher M.A., Köln | Prof. Dr. Anne Peters LL.M. (Harvard), Heidelberg/Basel | Prof. Dr. Dr. h.c. Thomas Pfeiffer, Heidelberg | Prof. Dr. Helmut Satzger, München (LMU) | Prof. Dr. Ewald Wiederin, Wien | Prof. Dr. Joachim Wieland LL.M., Speyer

Schriftleitung: Prof. Dr. Johannes Rux, Tübingen/Baden-Baden



Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|-----|
| <i>Christian Starck</i> Werner Heun (1953 – 2017) | 243 |
| Abhandlungen | |
| <i>Kai Ambos</i> Stand und Zukunft der Strafrechtsvergleichung | 247 |
| <i>Christoph Burchard</i> Perspektiven pluralistischer Strafrechtsvergleichung | 277 |
| <i>Konstantin Chatziathanasiou und Monika Leszczyńska</i> Experimentelle Ökonomik im Recht | 314 |
| Tagungen und ihre Folgen | |
| <i>Stephan Klawitter</i> Der erwachte Gesetzgeber – Regulierung und Deregulierung im Arbeitsrecht | 339 |
| <i>Markus Mavany</i> Strafrecht & Politik | 345 |
| Rezensionsaufsätze | |
| <i>Joachim Lege</i> Rechtsästhetik (Damler) | 351 |

Schriftleitung:

Prof. Dr. Johannes Rux (V.i.S.d.P.) | Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG | Waldseestrasse 3-5 | D 76530 Baden-Baden | Tel.: + 497221/210425 | Fax: + 497221/210427 | Mail: rux@nomos.de

Erscheinungsweise: 4 Ausgaben pro Jahr

Bezugspreise 2017: Jahresabonnement inkl. einem Onlinezugang Privatbezieher 179,- €, Institutionen (Mehrfachnutzung, unbegrenzte Anzahl an Online-Nutzern) 319,- €, Einzelheft 44,- €. Alle Preise verstehen sich incl. MWST, zzgl. Vertriebskostenanteil.

Bestellmöglichkeit: Bestellungen beim örtlichen Buchhandel oder direkt bei der Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden

Kündigungsfrist: jeweils drei Monate vor Kalenderjahresende

Bankverbindung generell: Zahlungen jeweils im Voraus an Nomos Verlagsgesellschaft, Postbank Karlsruhe: DE07 6601 0075 0073 6367 51 (IBAN), PBNKDEFF (BIC) oder Sparkasse Baden-Baden Gaggenau: DE05 6625 0030 0005 0022 66 (IBAN), SOLADES1BAD (BIC)

Druck und Verlag: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG | Waldseestrasse 3-5 | D-76530 Baden-Baden | Telefon (07221) 2104-0 | Fax (07221) 2104-27 | E-Mail: nomos@nomos.de

Anzeigen: Sales friendly Verlagsdienstleistungen | Pfaffenweg 15 | 53227 Bonn | Telefon (0228) 978980 | Fax (0228) 9789820 | E-Mail: roos@sales-friendly.de

Urheber- und Verlagsrechte: Die Zeitschrift sowie alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts. Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und zur Einspeicherung in Datenbanken sowie das Recht zu deren Vervielfältigung und Verbreitung online oder offline ohne zusätzliche Vergütung. Nach Ablauf eines Jahres kann der Autor anderen Verlagen eine einfache Abdruckgenehmigung erteilen; das Recht an der elektronischen Version verbleibt beim Verlag. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber/Redaktion oder des Verlages wieder. Unverlangt eingesendete Manuskripte – für die keine Haftung übernommen wird – gelten als Veröffentlichungsvorschlag zu den Bedingungen des Verlages. Die Redaktion behält sich eine längere Prüfungsfrist vor. Eine Haftung bei Beschädigung oder Verlust wird nicht übernommen. Bei unverlangt zugesandten Rezensionen keine Garantie für Besprechung oder Rückgabe. Es werden nur unveröffentlichte Originalarbeiten angenommen. Die Verfasser erklären sich mit einer nicht sinnentstellenden redaktionellen Bearbeitung einverstanden.

Der Nomos Verlag beachtet die Regeln des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels e.V. zur Verwendung von Buchrezensionen.

ISSN 1868-8098



Nomos

www.rechtswissenschaft.nomos.de

Inhaltsverzeichnis

AUFSÄTZE

IFRS/Rechnungslegung

Angaben zu Auswirkungen aus der Erstanwendung des IFRS 15

Prof. Dr. Inge Wulf / Dr.-Ing. Hauke-Frederik Hartmann,
beide Clausthal-Zellerfeld

Mit Veröffentlichung von IFRS 15 im Mai 2014 sind Unternehmen gem. IAS 8.30 verpflichtet, über verlässlich einschätzbare Informationen bezüglich erwarteter Auswirkungen auf den Abschluss bei Erstanwendung zu informieren. Eine Analyse der Anhangangaben der wichtigsten in europäischen und deutschen Aktienindizes gelisteten Unternehmen für die Geschäftsjahre 2015 und 2016 zeigt, dass die Effekte insgesamt zurückhaltend dargestellt werden. Nur wenige Unternehmen berichten bisher über erwartete quantitative Auswirkungen der Standard Einführung.

KOR1253249

S. 513

IFRS/Rechnungslegung

Prinzipien- oder regelbasierte IFRS? Eine Analyse möglicher regelungstechnischer Vorteile

Prof. Dr. Manfred Kühnberger /

Prof. Dr. Peter Zaumseil, beide Berlin

Regel- und prinzipienbasierte Systeme weisen, abhängig vom nationalen Kontext, verschiedene Stärken und Schwächen auf. Für die transnationalen IFRS sind Prinzipien eine geeignetere Regelungsform, insb. wenn sie sich auf ein (klares) Ziel orientieren, die Informationsfunktion der Rechnungslegung.

KOR1252202

S. 518

Rechnungslegung

Wie deutsche Unternehmen über den bevorstehenden Brexit berichten

Prof. Dr. Klaus Henselmann / Andreas Seebeck, M.Sc. /

Sabine Braunmiller, B.A., alle Erlangen-Nürnberg

Die Ergebnisse der in dem Beitrag durchgeführten Analyse zeigen, dass die Brexit-Berichterstattung in den Geschäftsberichten von Unternehmen des HDAX und SDAX zwischen 2015 und 2016 deutlich zugenommen hat. Dennoch werden einige Schwächen insb. in der Lageberichterstattung offenbart.

KOR1255329

S. 526

IFRS/Rechnungslegung

Berichterstattung zu latenten Steuern in der Bilanzierungspraxis (Teil 2)

Alfred Nickisch, M.Sc., Bayreuth

Nachdem im ersten Teil die steigende Bedeutung latenter Steuern im Untersuchungszeitraum 2007-2015 dargestellt und auf die bilanzpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten eingegangen worden ist, wird in Teil 2 die Heterogenität der Berichterstattung im Anhang innerhalb der untersuchten Stichprobe sowie bei Einzelbetrachtung von Unternehmen im Zeitablauf aufgezeigt. Trotz der Vielzahl verpflichtender Angaben in IAS 12, kommen der Berichterstattungspflicht nicht sämtliche untersuchte Unternehmen nach.

KOR1240182

S. 534

IFRS/Rechnungslegung

Enforcement in Österreich: Ergebnisse und Analysen nach dem zweiten Prüfungsjahr

Dr. David Grünberger / Dipl.-Kfm. Ulf Kühle, beide Wien

In dem Beitrag werden die Ergebnisse der österreichischen Rechnungslegungskontrolle analysiert. Nach einer Verbesserung von 41% auf 33% liegt die Fehlerquote noch deutlich über dem europäischen Durchschnitt. Im Rahmen der Präventionsmaßnahmen gehen die Enforcer nun direkt auf Unternehmen zu.

KOR1252561

S. 540

FALLSTUDIE

Controlling/Rechnungslegung

Erfolgsfaktoren ganzheitlicher Unternehmenssteuerung

Dr. Heike Markus / Vera Stelkens, beide München

Eine ganzheitliche Unternehmenssteuerung beinhaltet die Integration der Strategie über Zielsysteme und Kennzahlen in die interne Unternehmenssteuerung sowie eine darauf aufbauende externe Berichterstattung. Dabei werden Aspekte einer nachhaltigen Entwicklung in Form von nichtfinanziellen Kennzahlen berücksichtigt. Am Beispiel der Flughafen München GmbH wird erläutert, wie die Umsetzung einer auf Nachhaltigkeitsprinzipien basierenden Unternehmensentwicklung als zentraler Teil der Konzernstrategie aussehen kann.

KOR1253693

S. 546

TAGUNGSBERICHT

Rechnungslegung

CSR-Berichterstattung nimmt Fahrt auf

Dipl.-Kfm. Dr. Hans-Jürgen Hillmer, Coesfeld

Das Postulat der Nachhaltigkeit setzt sich in der Unternehmensführung zwar immer mehr durch, wird aber häufig noch unterschätzt: Unternehmen gefährden damit ihre Marktposition und ihre Zukunftsfähigkeit. Vor diesem Hintergrund wurden am 19.10.2017 in Frankfurt/M. fünf Unternehmen mit dem „Building Public Trust Award“ für vorbildliche Berichterstattung ausgezeichnet.

KOR1255820

S. 552

RECHNUNGSLEGUNG & INVESTOR RELATIONS

Investor Relations

Finanzkommunikation in Deutschland von 2014-2017: Defizite und Perspektiven

Prof. Dr. Henning Zülch, Leipzig

KOR1256284

S. 554

REPORTS

International

S. 556

National

S. 557

SERVICE

Zeitschriftenspiegel

M3

Neue Bücher/Impressum

M4

AUFsätze

STEUERRECHT

Umsatzsteuer

Aktueller (Zwischen-)Stand bei der umsatzsteuerrechtlichen Organschaft**RA/StB Dipl.-Fw. (FH) Dr. Carsten Höink /****RA Marius Langenhövel, LL.M., beide Münster**

Die umsatzsteuerrechtliche Organschaft bereitet in der Praxis sowohl dem Unternehmer als auch steuerlichen Beratern seit jeher Probleme. Es ist zu empfehlen, bestehende Strukturen regelmäßig auf das Bestehen oder Entfallen einer Organschaft zu prüfen und ggf. zu reagieren. Da die neuen Regelungen z.T. sofort ihre Wirkung entfalten, besteht akuter Handlungsbedarf, um nicht „organschaftsrechtlich überrascht“ zu werden.

DK1252105

S. 469

BILANZRECHT/RECHNUNGSLEGUNG

Rechnungslegung

Die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Standardsetzung des DRSC am Beispiel des DRÄS 8 zur Änderung des DRS 20**Dr. Rüdiger Schmidt / Dr. Thomas Schmotz, beide Berlin**

Mit dem durch DRÄS 8 geänderten DRS 20 steht nun eine umfassende Konkretisierung der neuen gesetzlichen Anforderungen zur Verfügung und bietet den Unternehmen die vielfach gewünschte Hilfestellung bei der Erfüllung der neuen Berichtspflichten. Der Beitrag stellt den Prozess zur Anpassung des DRS 20 an die geänderten gesetzlichen Vorschriften dar, zeichnet dabei das Standardsetzungsverfahren des DRSC anhand der Entwicklung des DRÄS 8 nach und zeigt den Einfluss der im Konsultationsprozess vorgebrachten Ansichten auf die Standardentwicklung auf.

DK1252808

S. 476

Rechnungslegung

Ausgewählte Aspekte bei der Bankbilanz- und Kennzahlenanalyse im Mehrjahresvergleich (2014–2016)**WP/StB Wolfgang Weigel / WP Lukas Sierleja, beide Frankfurt/M.**

Die Analyse von Bankabschlüssen stellt die Bilanzleser vor Herausforderungen. Hierbei stehen Fragen zur Generierung, Interpretation und Vergleichbarkeit der relevanten Datenbasis bzw. des Zahlenwerks im Zeitablauf sowie zwischen den einzelnen Banken in deren Peergroup im Fokus. Der vorliegende Beitrag ergänzt den früheren Beitrag der Autoren insb. um die Analyseergebnisse zum 31.12.2016. Hier werden insb. die finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren im Rahmen der (Konzern-)Lageberichterstattung, die Besonderheiten der Segmentberichterstattung, die Auswahl geeigneter Kennzahlen sowie Ermessensspielräume und Schätzungsunsicherheiten erörtert.

DK1252634

S. 481

ENTSCHEIDUNGEN

KONZERNRECHT

Aktienrecht

Bestimmung der angemessenen Barabfindung beim Squeeze-out**OLG Düsseldorf, Beschluss vom 15.12.2016 –****I-26 W 25/12 [Akte]**

DK1243690

S. 498

STEUERRECHT

Gewerbesteuer

Gewerbesteuerliche Hinzurechnungen bei der KGaA**FG Münster, Urteil vom 28.01.2016 – 9 K 2420/14**

DK1252524

S. 498

Gewerbesteuer

Zur Hinzurechnung von Tätigkeitsvergütungen gem. § 8 Nr. 4 GewStG – Folgeentscheidung zu FG Münster vom 28.01.2016 – 9 K 2420/14 (mit Anm. von Prof. Dr. Dietmar Gosch, Hamburg/München)**BFH, Beschluss vom 02.01.2017 – I B 34/16**

DK1250412

S. 504

Körperschaftsteuer

Mindestlaufzeit eines Gewinnabführungsvertrags bei körperschaftsteuerrechtlicher Organschaft**BFH, Urteil vom 10.05.2017 – I R 19/15**

DK1251242

S. 507

Körperschaftsteuer

Anerkennung einer körperschaftsteuerrechtlichen Organschaft**BFH, Urteil vom 10.05.2017 – I R 51/15**

DK1251243

S. 510



D3-Z25

92. Jahrgang / 10. Dezember 2017 / Nr. 35

SWK

Steuer- und Wirtschaftskartei



Bewertung

Durchschnittspreis im Internetzeitalter

Vermietung an Gesellschafter

Nachweispflichten des funktionierenden Mietmarktes

Versicherungssteuer

Wann liegt ein Versicherungsverhältnis vor?

Umsatzsteuer

VwGH zu Großreparaturen

USt-Update: Aktuelles auf einen Blick

Verfahrensrecht

Nachforderung anfechtbar – Vorsoll unanfechtbar?

Kapitalzuflüsse

Bankkonten im Fokus

Spendensammelnde Organisationen

Ist die Rechnungslegung ausreichend transparent?

IN DIESEM HEFT

| | |
|---|------|
| Ermittlung des Durchschnittspreises im Internetzeitalter (<i>Varro</i>) | 1465 |
| Steuertermine im Jänner | 1468 |
| Der funktionierende Mietenmarkt – ergänzende Überlegungen (<i>Prodinger</i>) | 1469 |
| Das „Versicherungsverhältnis“ im Rahmen der Versicherungs- und Umsatzsteuer (Teil I) (<i>Capelare / Schaubig / Zopf</i>) | 1477 |
| VwGH zum Begriff der umsatzsteuerlichen Großreparatur (<i>G. Moser</i>) | 1485 |
| Umsatzsteuer-Update Dezember 2017: Aktuelles auf einen Blick (<i>M. Mayr</i>) | 1491 |
| Nachforderung anfechtbar – Vorsoll unanfechtbar? (<i>Ritz</i>) | 1496 |
| Lückenlose Überprüfung von Kapitalzuflüssen (<i>Knechtl</i>) | 1500 |
| Ist die Rechnungslegung spendensammelnder NPO ausreichend transparent? (<i>R. Schauer</i>) | 1507 |
| Dezembersession des VfGH | 1511 |
| Glossar (Betriebs-)Wirtschaft: Nichtfinanzieller Bericht (<i>Baumüller</i>) | 1512 |
| Aus der jüngsten Rechtsprechung (aktuelle Steuerjudikatur) | 1516 |

- USt: Rechnungsberichtigung
- Verdeckte Ausschüttung
- USt: Durchschnittssatzbesteuerung

- Vorsteuerabzug: Beratungsleistung
- USt: Istbesteuerung
- ESt: Dienstwohnung

Impressum:
Siehe letzte Umschlagseite

Inhaltsverzeichnisdienst per E-Mail.
Anmeldung unter <https://www.lindeverlag.at/newsletter>

SWK

Steuer- und Wirtschaftskartei

Redaktion: Prof. Gerhard Gaedke/Dr. Gerhard Kohler
Dr. Christa Lattner/Mag. Stefan Menhofer
Dr. Michael Tumpel

Tel. Redaktion: +43 1 24 630, **Fax:** DW 51

E-Mail Redaktion: redaktion@lindeverlag.at

Tel. Verlag: +43 1 24 630 Serie, **Fax:** DW 23

Adresse: 1210 Wien, Scheydgasse 24

BBK

SCHNELL GELESEN

- 1132 ► Wegfall der handelsrechtlichen
Going-concern-Prämisse

KURZNACHRICHTEN

- 1133 Steuerrecht aktuell
Bernd Rätke

BEITRÄGE

- 1139 Buchführungs-Seminar
**Entnahme fremdfinanzierter
Wirtschaftsgüter**
Julia Breer und Karin Goy

- 1143 Jahresabschluss
**Wegfall der handelsrechtlichen
Going-concern-Prämisse**

Karl Sikora

► *Kurzfassung Seite 1132*

- 1160 Buchführung
Die Kassen-Nachschau kommt!

Tobias Teutemacher

- 1168 Buchführung
**Was bedeutet die Kassen-Nachschau ab
1.1.2018 in der Praxis?**

Dr. Bernhard Bellinger

- 1175 Neuerscheinungen

- 1176 Impressum



Literatur



Weblink



Informationen



Audio



Galerie



Siehe auch



Quelle



Community



Video



Berechnung



Merksatz

D3-749

GStB Gestaltende Steuerberatung

Steuerplanung · Steueroptimierung · Gestaltungsmodelle



Ihr Plus im Netz: gstb.iww.de | S. 427 – 462
 Online | Mobile | Social Media



12 | 2017

Kurz informiert

Verlängerung der Investitionsfrist bei Neubau eines Gebäudes?..... 427
 Übergang nicht verbrauchter verteilter Erhaltungsaufwendungen 428
 Anerkennung einer Pensionsrückstellung mit Abfindungsklausel..... 429
 Beitrittsaufforderung an das BMF: Nachträgliche Anschaffungskosten bei Gesellschaftereinlagen „in letzter Minute“ 429

Umsatzsteuer

Ein Grillstand-Betreiber ist kein Breznläufer – oder vielleicht doch?..... 430

Drittes Quartal 2017

FG-Rechtsprechung kompakt: Die „Top 10“ für die Gestaltungsberatung 432

Kapitalgesellschaften

Keine steuerliche Berücksichtigung eigenkapitalersetzender Darlehen und Bürgschaften mehr..... 438

Lohnsteuer

Übernommene Weiterbildungskosten: Schädliche Bonuszahlungen unbedingt vermeiden!..... 444

Musterfall

Die Errichtung eines Betriebsgebäudes auf dem „Ehegattengrundstück“ als Gestaltungschance? 446

Haftungsrisiken

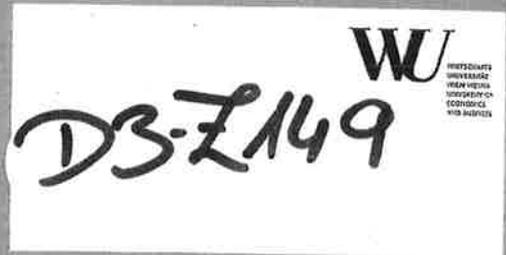
„Vorsicht Falle“: Drei große Risiken bei der Unternehmensnachfolge..... 451

Der praktische Fall

Die Liquidation einer GmbH optimal meistern 454

Europäische GRUNDRE

Zeitschrift



EuGRZ

in Verbindung mit

Prof. Dr. Dr. h. c. Thomas Buergenthal, GWU, Washington, DC; vorm. Richter am IGH; vordem Präsident des IAGMR, San José

Dr. h. c. Hans Danelius, vorm. Richter am Obersten Gerichtshof, Stockholm, und am VerfGH von Bosnien-Herzegowina, Sarajevo

Tim Eicke, Richter am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, Straßburg

Prof. Dr. Dr. h. c. Jochen Abr. Frowein, vorm. Vize-Präsident der Europ. Komm. f. Menschenrechte, vorm. Direktor am MPI, Heidelberg

Prof. Dr. Dr. Christoph Grabenwarter, Wirtschaftsuniversität Wien, Richter am Verfassungsgerichtshof, Wien

Prof. Dr. Constance Grewe, Professorin an der Université de Strasbourg; Richterin am Verfassungsgerichtshof von BiH, Sarajevo

Univ.-Prof. Dr. Gerhart Holzinger, Präsident des Verfassungsgerichtshofes, Wien

Prof. Dr. Christine Langenfeld, Richterin des Bundesverfassungsgerichts, Karlsruhe; Professorin an der Universität Göttingen

The Right Hon. Lord Mance, Richter am Supreme Court of the United Kingdom, London

Prof. Dr. Jörg Paul Müller, Ordinarius für öffentliches Recht an der Universität Bern

Prof. Dr. Dr. h. c. Gil Carlos Rodríguez Iglesias, vorm. Präsident des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg

Prof. Dr. László Sólyom, vorm. Präsident der Republik Ungarn; vordem Präsident des Verfassungsgerichtshofs, Budapest

Prof. Dr. Dr. h. c. Christian Tomuschat, Professor für öffentl. Recht, insb. Völker- und Europarecht an der Humboldt-Universität zu Berlin

Herausgegeben von **Dr. h. c. Norbert Paul Engel**

Schriftleitung **Rechtsanwältin Dr. h. c. Erika Engel**

EuGRZ

29. Dezember 2017

, Register-Heft (Nr. 24) und Innenteil, Seiten 1-724 (Nr. 1-23)

Seiten I-XX

44. Jg. Heft 24

Hinweis für den Buchbinder

Der 44. Jg. (2017) der EuGRZ umfasst die Hefte 1-23 sowie **dieses Register** als Heft 24, das römisch paginiert ist und **an den Anfang des Jahresbandes zu nehmen ist**.

Der Glanzumschlag des Registers muss mitgebunden werden.

Von den Heften 1-23 sind vor dem Binden jeweils die Glanzumschläge sowie die gelben Inseratseiten zu entfernen.

ang 2017

ister



Bestell-Coupon auf der Rückseite

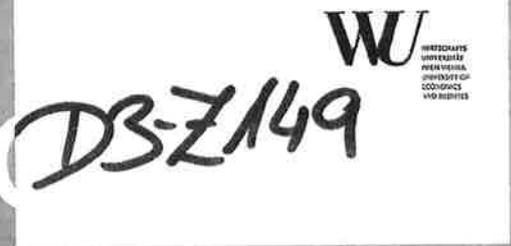
Z.info

e-mail: N.P.Engel@EuGRZ.info

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|--------|
| A. Autorenregister | |
| 1. Entscheidungsbearbeitungen | S. II |
| 2. Aufsätze, Anmerkungen und Dokumentationen | S. II |
| B. Entscheidungsregister | |
| I. Internationale Gremien | |
| – EGMR, Straßburg | S. II |
| – EuGH, Luxemburg | S. II |
| – EuG, Luxemburg | S. III |
| II. Bundesrepublik Deutschland | |
| – BVerfG, Karlsruhe | S. III |
| – BVerwG, Leipzig | S. IV |
| III. Österreich | |
| – VfGH, Wien | S. IV |
| IV. Schweiz | |
| – BGer, Lausanne | S. IV |
| C. Fundstellenverzeichnis der in der EuGRZ abgedruckten Entscheidungen in der amtlichen Entscheidungssammlung | |
| 1. Schweizerisches Bundesgericht, Lausanne | S. V |
| 2. Verfassungsgerichtshof, Wien | S. V |
| 3. Bundesverfassungsgericht, Karlsruhe | S. V |
| D. Dokumentationsregister | S. V |
| E. Laufende Verfahren | S. VI |
| F. Informativische Zusammenfassungen | S. VI |





in Verbindung mit

- Prof. Dr. Dr. h. c. **Thomas Buergenthal**, GWU, Washington, DC; vorm. Richter am IGH; vordem Präsident des IAGMR, San José
 Dr. h. c. **Hans Danelius**, vorm. Richter am Obersten Gerichtshof, Stockholm, und am VerfGH von Bosnien-Herzegowina, Sarajevo
Tim Eicke, Richter am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, Straßburg
 Prof. Dr. Dr. h. c. **Jochen Abr. Frowein**, vorm. Vize-Präsident der Europ. Komm. f. Menschenrechte, vorm. Direktor am MPI, Heidelberg
 Prof. Dr. Dr. **Christoph Grabenwarter**, Wirtschaftsuniversität Wien, Richter am Verfassungsgerichtshof, Wien
 Prof. Dr. **Constance Grewe**, Professorin an der Université de Strasbourg; Richterin am Verfassungsgerichtshof von BiH, Sarajevo
 Univ.-Prof. Dr. **Gerhart Holzinger**, Präsident des Verfassungsgerichtshofes, Wien
 Prof. Dr. **Christine Langenfeld**, Richterin des Bundesverfassungsgerichts, Karlsruhe; Professorin an der Universität Göttingen
 The Right Hon. **Lord Mance**, Richter am Supreme Court of the United Kingdom, London
 Prof. Dr. **Jörg Paul Müller**, Ordinarius für öffentliches Recht an der Universität Bern
 Prof. Dr. Dr. h. c. **Gil Carlos Rodríguez Iglesias**, vorm. Präsident des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg
 Prof. Dr. **László Sólyom**, vorm. Präsident der Republik Ungarn; vordem Präsident des Verfassungsgerichtshofs, Budapest
 Prof. Dr. Dr. h. c. **Christian Tomuschat**, Professor für öffentl. Recht, insb. Völker- und Europarecht an der Humboldt-Universität zu Berlin
- Herausgegeben von **Dr. h. c. Norbert Paul Engel** Schriftleitung **Rechtsanwältin Dr. h. c. Erika Engel**

EuGRZ

14. Dezember 2017

44. Jg. Heft 21-23

ISSN 0341/9800

Seiten 633-724

1. Aufsätze

- Angelika Nußberger**, Straßburg
 Terrorismus und Menschenrechte: Zur Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte 633
- Koen Lenaerts**, Luxemburg
 Die Werte der Europäischen Union in der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union: eine Annäherung 639
- Thomas Roeser**, Frankfurt (Oder)
 Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Asyl- und Flüchtlingsrecht sowie zum Ausländerrecht (einsch. Auslieferungsrecht) 2015 und 2016 642

2. Entscheidungen

- EGMR – 23. 3. 17 – Erbrechtliche Diskriminierung nichtehelicher Kinder, die vor dem 1. Juli 1949 geboren wurden und deren Väter vor dem 28. Mai 2009 verstorben sind / Neuregelung von 2011 konventionswidrig / *Wolter und Sarfert gegen Deutschland* 673
- EuGH – 17. 10. 17 – Klagen auf Richtigstellung unrichtiger Angaben im Internet über juristische Person und auf Schadensersatz / *Rs. Bolagsupplysningen und Ilsjan* 681
- BGer – 18. 4. 17 – Verletzung des Rechts auf Familienleben wegen vollständiger Verweigerung (1 J., 8 M.) des strafprozessualen Haftbesuchsrechts inhaftierter Partner Steinmann 685
- BGer – 26. 4. 17 – Ausländerrechtliche Administrativhaft (Dublin-Haft) von ausreisepflichtigen Eltern bei gleichzeitiger Fremdplatzierung von deren drei Kindern (8, 6 und 3 Jahre alt) verletzt Recht auf Familienleben (Art. 8 EMRK) Steinmann 689
- VfGH – 30. 6. 17 – Legalenteignung des Geburtshauses von Adolf Hitler verfassungskonform Pöschl 692
- BVerfG – 10. 10. 17 – Intersexualität / Personenstandsrecht mit Zuordnung nur zum weiblichen oder männlichen Geschlecht verfassungswidrig / Neuregelungsfrist bis Ende 2018 702
- BVerfG – 26. 7. 17 – Abschiebung eines radikal-islamistischen Gefährders verfassungskonform 711
- BVerfG – 22. 10. 17 – Versagung der Anwaltszulassung wegen massiver Beleidigung des ausbildenden Staatsanwalts im Referendardienst / Fehlende Prognoseentscheidung 714
- BVerfG – 28. 9. 17 – Keine Alleinzuständigkeit des Senatsvorsitzenden eines LSG in Eilverfahren bei bestehender Gelegenheit zur Vorbefassung im Senat 716
- BVerfG – 27. 9. 17 – Missbrauchsgebühr von 600 Euro wegen unrichtigen Beschwerdevertretungs 719

3. Dokumentation

- EuRat – 14. 12. 17 – Russland testet das Rückgrat des Europarates N.P. Engel 720

4. Laufende Verfahren

- EuGH – 14. 11. 17 – Bestimmung des Verbrauchergerichtsstands bei Datenschutzklage gegen Facebook / Schlussanträge von GA Bobek / *Rs. Schrems gegen Facebook Ireland Ltd* 722



Wirtschaft und Recht in Osteuropa

WiRO 12/2017 · 26. Jahrgang

Ständige Mitarbeiter und Korrespondenten: *Albanien:* VRiBPatG Wolfgang Stoppel – *Belarus:* Jegor Zelianouski, RA Alexander Liessem – *Bosnien und Herzegowina:* RA Tomislav Pintarić – *Bulgarien:* RAin Stela Ivanova – *Estland:* Mirjam Vili, LL.M., RA Mark Butzmann – *Kasachstan:* Dmitry Marenkov – *Kosovo:* Prof. Dr. Dr. h.c. Herbert Küpper – *Kroatien:* RA Tomislav Pintarić – *Lettland:* Elisabete Krivcova, LL.M., RA Theis Klauberg, LL.M., MBA – *Litauen:* Ruta Motiejunaite, RA Frank Heemann – *Moldawien:* RA Axel Bormann – *Mongolei:* Dr. Dietrich Nelle – *Polen:* RAin Tina de Vries – *Rumänien:* RA Axel Bormann – *Russische Föderation:* Antje Himmelreich – *Serbien:* RA Tomislav Pintarić – *Slowakische Republik:* RA Dr. Petr Bohata – *Slowenien:* RA Tomislav Pintarić – *Tschechische Republik:* RA Dr. Petr Bohata – *Ukraine:* Antje Himmelreich – *Ungarn:* Prof. Dr. Dr. h.c. Herbert Küpper

INHALT

Aufsätze und Berichte

| | | |
|--------------|--|-----|
| L. Häusser | Controlling in mittelständischen Unternehmen in Russland: Status Quo | 353 |
| P. Černý | Rechtsmissbrauch und Steuerbetrug in der Tschechischen Republik | 361 |
| M. Wietzorek | Abschaffung der ordre public-Kontrolle in Verfahren zur Aufhebung von Schiedssprüchen in Bulgarien | 363 |
| T. Vukolova | Rechtsfragen zu Fotodrohnen in Russland – rechtsvergleichende Analyse | 369 |

Literaturhinweis

| | | |
|----------------|--|-----|
| A. Himmelreich | Richterliche Unabhängigkeit in der Russischen Föderation | 373 |
|----------------|--|-----|

Dokumente und Materialien

| | | |
|----------------------|--|-----|
| R. Ruban, F. Cileček | Oberstes Gericht der Tschechischen Republik: Wirkungen der wiederholten Anfechtung eines Beschlusses der Mitgliederversammlung | 374 |
|----------------------|--|-----|

IOR-Chronik

| | | |
|-----------------------|--|-----|
| Polen | Rentenversorgungsgesetz | 379 |
| Tschechische Republik | Gesetze über Nachrichtendienste, über die Linderung von Vermögensschäden, Beschäftigungsgesetz | 379 |
| Slowakische Republik | Handelsgesetzbuch, Gesetz über die Europäische Ermittlungsanordnung, Strafgesetzbuch | 380 |
| Ungarn | RegB über Familienangelegenheiten, Urteil zum Rechtsfahrgebot, internationale Rechtsbeziehungen | 381 |
| Rumänien | Mehrwertsteuer und Steuerverfahrensrecht, DBA mit China | 381 |
| Kosovo | RegVO über Überprüfung von kommunalen Rechtsakten, DBA mit Schweiz | 382 |
| Kirgisische Republik | Verwaltungsprozessgesetz, Gesetze über den Status von Abgeordneten, über Ordnungswidrigkeiten, über Wirtschaftsprüfer, über Zahlungssysteme, Zivilprozessordnung, Familiengesetzbuch, Strafvollzugsgesetz u.a. | 382 |

Aus der Tätigkeit der IRZ

| | | |
|----------|--|-----|
| Armenien | Strafvollzug, Bewährungshilfe, Notariat u.a. | 383 |
|----------|--|-----|